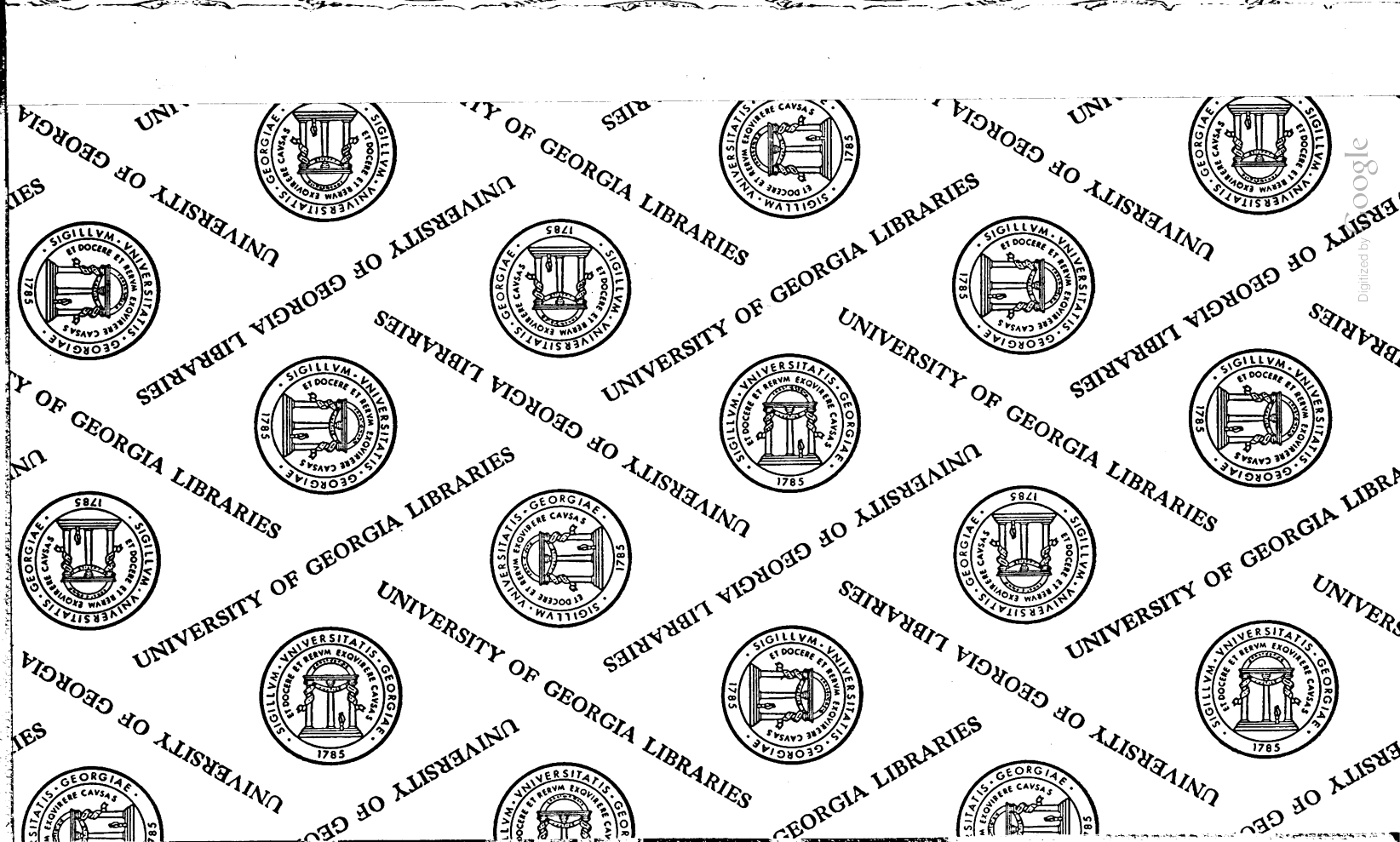
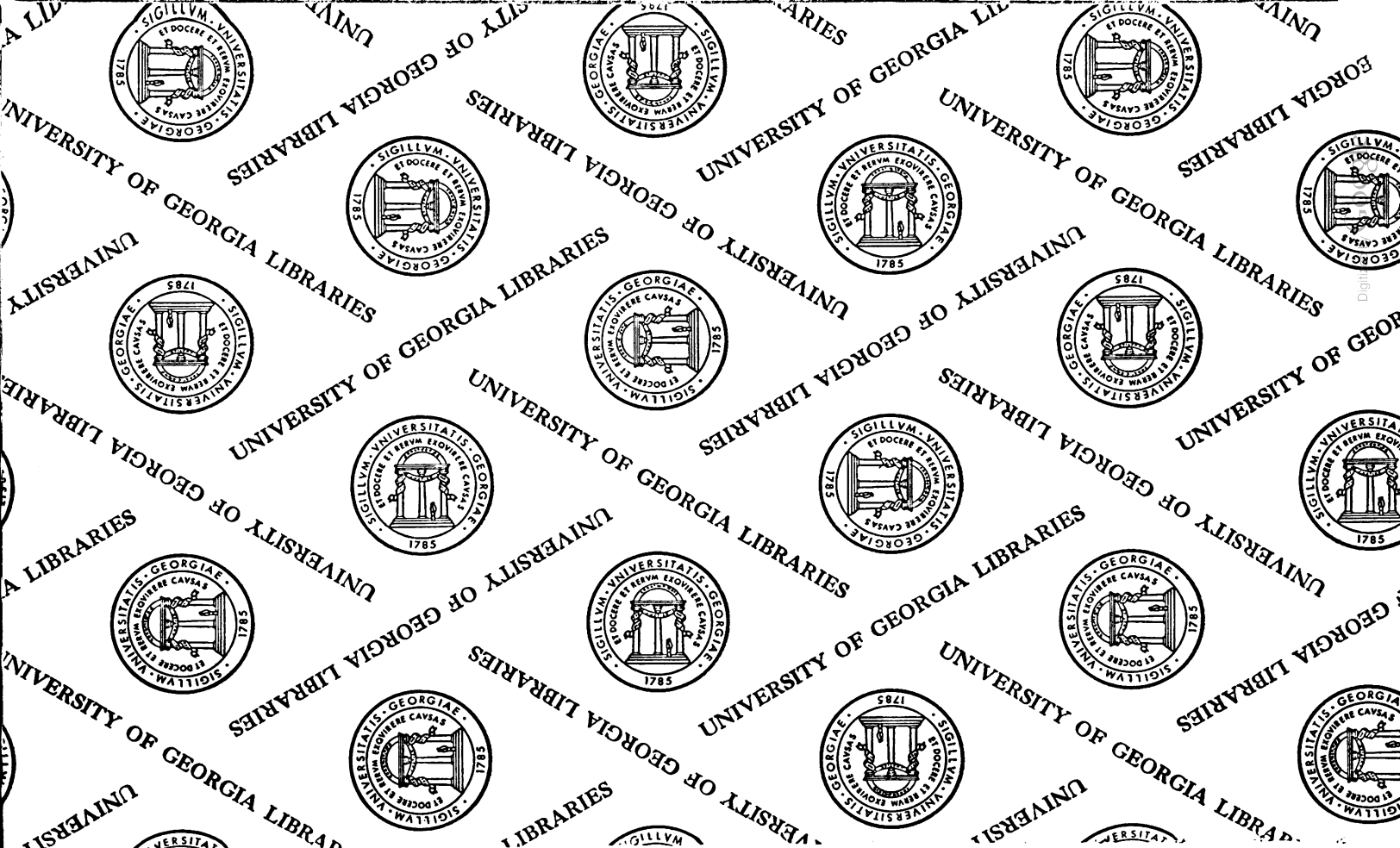
Digitized by Google



Digitized by Google


UNIVERSITY OF GEORGIA LIBRARIES
SIGILLVM · VNIVERSITATIS · GEORGIAE
ET DOCERE ET REERVM EXQVIRERE CAVSAS
1785

Digitized by Google

Digitized by Google

Chinapolitik und Sozialdemokratie vor dem Reichstag.

Reden der Regierungsvertreter und der Abg. Bebel und Singer in den Reichstagssitzungen vom 19., 22. und 23. November 1900 mit einer Einleitung: **Die Kaiserreden.**

Aus dem amtlichen stenographischen Bericht.

Bibliothek der Gewerkschafts-Commission der vereinigten Gewerkschaften zu Husum

Berlin 1900
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Ch. Glocke in Berlin.)

Digitized by Google

Digitized by Google

A B. V. L.

ese
Kar

Einleitung.

In den nachstehend wiedergegebenen Reichstagsreden wird wiederholt auf die Reden Bezug genommen, in denen Kaiser Wilhelm II. seine Stellung zur Frage der Weltpolitik und zur Chinaexpedition klargelegt hat. Wir glauben den Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir — zum besseren Verständniß für sie — diese Reden in ihrem bezüglichen Wortlaut hier voranschicken, wobei wir freilich bemerken müssen, daß von einzelnen Reden verschiedene Lesarten existiren, da bekanntlich die vom offiziösen Wolff'schen Telegraphenbureau verbreiteten Kaiser-Reden vor ihrer Veröffentlichung durch die Zeitungen erst vom Auswärtigen Amt einer Durchsicht und Korrektur unterzogen werden.

* * *

Rede Wilhelms II. zu Wilhelmshaven am 2. Juli 1900

bei der Parade über das nach China abgehende Seebataillon.

„Mitten in den tiefsten Frieden hinein, für mich leider nicht unerwartet, ist die **Brandfackel des Krieges** geschleudert worden. Ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schaudererregend durch seine Grausamkeit, hat meinen bewährten Vertreter getroffen und ihn dahingerafft. Die Gesandten anderer Mächte schweben in Lebensgefahr, mit ihnen die Kameraden, die zu ihrem Schutze entsandt waren; vielleicht haben sie schon heute ihren letzten Kampf gekämpft.

Die deutsche Fahne ist beleidigt und dem Deutschen Reiche Hohn gesprochen worden. Das verlangt exemplarische Bestrafung und Rache. Die Verhältnisse haben sich mit einer furchtbaren Geschwindigkeit zu tiefem Ernst gestaltet und, seitdem ich Euch unter die Waffen zur Mobilmachung berufen, noch ernster. Was ich hoffen konnte, mit Hilfe der Marine-Infanterie wieder herzustellen, wird jetzt eine schwere Aufgabe, die nur durch geschlossene Truppenkörper aller zivilisirten Staaten gelöst werden kann. Schon heute hat der Chef des Kreuzergeschwaders mich gebeten, die **Entsendung einer Division** in Erwägung zu nehmen.

Ihr werdet einem Feinde gegenüberstehen, der nicht minder todesmuthig ist wie Ihr. Von europäischen Offizieren ausgebildet, haben die Chinesen die europäischen Waffen brauchen gelernt. Gott sei Dank haben Eure Kameraden von der Marine-Infanterie und meiner Marine, wo sie mit ihnen zusammengekommen sind, den alten deutschen Waffenruf bekräftigt und bewährt und mit Ruhm und Sieg sich vertheidigt und ihre Aufgaben gelöst. So sende ich Euch nun hinaus, **um das Unrecht zu rächen, und ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen, vereint mit denen der anderen Mächte, siegreich über den chinesischen wehen und auf den Mauern Pekings aufgepflanzt, den Chinesen den Frieden diktiren.**

Ihr habt gute Kameradschaft zu halten mit allen Truppen, mit denen Ihr dort zusammenkommt, Russen, Engländern, Franzosen, wer es auch sei; sie fechten Alle für die eine Sache, **für die Zivilisation. Wir denken auch noch an etwas Höheres, an unsere Religion** und die Vertheidigung und den Schutz unserer Brüder da draußen, die zum Theil mit ihrem Leben für ihren Heiland eingetreten sind. Denkt auch an unsere Waffenehre, denkt an Diejenigen, die vor Euch gefochten haben, und zieht hinaus mit dem alten brandenburgischen Fahnenspruch:

Vertrau auf Gott, Dich tapfer wehr',
Daraus besteht Dein ganze Ehr'!

Denn, wer's auf Gott herzhaftig wagt,
Wird nimmer aus der Welt gejagt.

Die Fahnen, die hier über Euch wehen, gehen zum ersten Mal ins Feuer. **Daß Ihr mir dieselben rein und fleckenlos und ohne Makel zurückbringt!** Mein Dank und mein Interesse, meine Gebete und meine Fürsorge werden Euch nicht fehlen und Euch nicht verlassen, mit ihnen werde ich Euch begleiten!

Eine Reihe von Tagesblättern hatte diese Rede in folgendem Wortlaut gebracht:

„Verbrechen, Frechheit, schauderregende Grausamkeit herrscht jetzt in China. Mein Vertreter ist durch **schändliche Hinterlist** dahingerafft worden in der Blüthe seiner Jahre. Dem deutschen Recht ist Hohn gesprochen, das deutsche Volksbewußtsein ist verletzt und verlangt **eine exemplarische Bestrafung aller Uebelthäter.** Seitdem ich Euch zu den Waffen gerufen, [illegible]

THE UNIVERSITY OF GEORGIA LIBRARIES

Mobilmachung meiner Seebataillone angeordnet, ist die Situation leider eine viel ernstere geworden. Ich hoffe zwar, **den Frieden wiederherstellen mit dem Schwert und Rache zu nehmen, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat;** aber schwere Aufgaben harren bis dahin noch den Truppentheilen aller zivilisirten Staaten, die sich jetzt in China befinden. Mein Geschwader-Chef hat mich heute um Entsendung einer Division gebeten: daraus ersieht Ihr, wie ernst die Lage ist. Vergeßt nicht, daß Ihr einem Feind gegenübersteht, der nicht minder tapfer ist als Ihr und von europäischen Offizieren die Waffenkunst erlernt hat. Gott sei Dank, Eure Kameraden in China haben sich in altem deutschen Waffenruhm bewährt, sich ruhm- und siegreich vertheidigt. Ich aber schicke Euch hinaus, die an dem Vaterland begangene **Schmach** zu tilgen, die uns **von Barbaren zugefügt** worden ist. **Ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen auf den Mauern von Peking flattern und dort den Frieden diktiren.** Ihr habt dort treue Kameradschaft zu halten mit allen Truppen, sie seien Russen, Franzosen, Engländer oder Japaner. Sie alle verfolgen dasselbe Ziel. **Wir kämpfen aber auch für unsere Religion, für unsere Brüder, die Missionare, die den Märtyrertod gestorben sind.** Nun geht und bringt die Fahne, die ich Euch rein übergebe, fleckenlos zurück. Mein Gebet wird Euch begleiten, und mein kaiserlicher Dank wird Euch nicht fehlen!"

* * *

Rede Wilhelms II. im Offizierskasino zu Wilhelmshaven

am 2. Juli 1900 anläßlich der Anwesenheit des Prinzen Rupprecht von Bayern.

„... Eure Königliche Hoheit haben in diesen Tagen Gelegenheit gehabt, wichtigen Entschlüssen beizuwohnen und der Zeuge historischer Augenblicke zu sein, die einen Markstein in der Geschichte unseres Volks bedeuten. Eure Königliche Hoheit haben sich dabei überzeugen können, wie **mächtig der Wellenschlag des Ozeans an unseres Volkes Thore klopft und es zwingt, als ein großes Volk seinen Platz in der Welt zu behaupten, mit einem Wort zur Weltpolitik. Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe.** Aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm **ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf.** Ich bin nicht der Meinung, daß unser deutsches Volk vor 30 Jahren unter der Führung seiner Fürsten gesiegt und geblutet hat, um sich bei großen auswärtigen Entscheidungen beiseite schieben zu lassen. Geschähe das, so wäre es ein für allemal mit der Weltmachtstellung des deutschen Volks vorbei, und ich bin nicht gewillt, es dazu kommen zu lassen. Hierfür die geeigneten und, wenn es sein muß, auch **die schärfsten Mittel rücksichtslos anzuwenden** ist meine Pflicht nur, mein schönstes Vorrecht. Ich bin überzeugt, daß ich hierbei Deutschlands Fürsten und das gesammte Volk festgeschlossen hinter mir habe...."

* * *

Rede Wilhelms II. in Kiel am 10. Juli

an die Mannschaft des auslaufenden Linienschiffs „Kurfürst Friedrich Wilhelm".

„Ihr seid die erste Panzerdivision, welche ich in das Ausland sende. Bedenkt, daß Ihr mit **hinterlistigen, aber mit modernen Waffen ausgerüsteten Gegnern** kämpfen müßt und **rächt vergossenes deutsches Blut.** Schonet Weiber und Kinder. Ich **werde nicht ruhen, bis China nieder, geworfen ist und alle Blutthaten gerächt sind.** Ihr werdet mit den Mannschaften verschiedener Nationen zusammen kämpfen, haltet stets gute Kameradschaft."

* * *

Rede Wilhelms II. zu Bremerhaven am 27. Juli 1900

an die nach Ostasien abgehenden Freiwilligen-Truppen.

Ueber diese Rede existiren drei Lesarten: Die erste spät in der Nacht vom 27. auf dem 28. vom offiziösen Wolff'schen Bureau veröffentlichte, der kurz darauf die zweite korrigirte Lesart folgte, die dann als offizielle Lesart vom Reichsanzeiger übernommen wurde, und endlich die vom Berichterstatter der „Nordwestdeutschen Zeitung" in Bremerhaven gelieferte, die keiner Korrektur seitens des Auswärtigen Amtes unterlegen war.

Digitized by Google

Diese drei Lesarten lauten:

Erste Lesart des Wolff'schen Bureaus.

In der Ansprache, mit welcher der Kaiser sich von den nach Ostasien gesandten Truppen verabschiedete, wies der Kaiser zunächst auf die Aufgaben hin, die dem Deutschen Reich in den letzten Jahrzehnten auf überseeischem Gebiet erwachsen seien, und führte dann aus, die Truppen sollten nunmehr vor dem Feinde Probe ablegen, ob die Richtung, in der Deutschland sich in militärischer Beziehung bewegt habe, die rechte sei. Die Kameraden von der Marine hätten bereits gezeigt, daß die Ausbildung und die Grundsätze, nach denen die militärischen Streitkräfte Deutschlands ausgebildet seien, die richtigen seien; Sache der jetzt nach Ostasien gehenden Truppen sei es, es ihnen gleich zu thun.

Der Kaiser erwähnte dann, es erfülle alle Deutschen mit Stolz, daß gerade aus dem Munde auswärtiger Führer den deutschen Streitern das höchste Lob zuerkannt sei, und wies auf die Größe der Aufgabe hin, die die Truppen zu lösen hätten.

Daß ein Volk, wie es die Chinesen gethan hätten, im Stande gewesen sei, tausendjährige alte Völkerrechte umzuwerfen und der Heiligkeit der Gesandten und der Heiligkeit des Gastrechts in so abscheulicher Weise Hohn zu sprechen, sei in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommen, noch dazu bei einem Volk, welches stolz sei auf eine vieltausendjährige Kultur.

Der Kaiser betonte hierauf, **daß jede Kultur, die nicht auf dem Christenthum aufgebaut sei, zu Grunde gehen müsse,** und fuhr dann etwa fort: „So sende ich Euch hinaus, daß Ihr be-

Zweite Lesart des Wolff'schen Bureaus, übernommen vom „Reichs-Anzeiger".

Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reich zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. Die Aufgaben, welche das alte römische Reich deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das neue Deutsche Reich in der Lage zu lösen. Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Heer. In dreißigjähriger treuer Friedensarbeit ist es herangebildet worden nach den Grundsätzen meines verewigten Großvaters. Auch Ihr habt Eure Ausbildung nach diesen Grundsätzen erhalten und sollt nun vor dem Feinde die Probe ablegen, ob sie sich bei Euch bewährt haben. Euere Kameraden von der Marine haben diese Probe bereits bestanden, sie haben Euch gezeigt, daß die Grundsätze unserer Ausbildung gute sind, und ich bin stolz auf das Lob auch aus dem Mund auswärtiger Führer, das Euere Kameraden draußen sich erworben haben. An Euch ist es, es ihnen gleich zu thun.

Eine große Aufgabe harrt Euerer: Ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts Hohn gesprochen. Es ist das um so empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist.

Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt Euch als Christen im freudigen Ertragen von Leiden, möge Ehre und Ruhm Eueren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und

„Nordwestdeutsche Zeitung" in Bremerhaven.

„Die Aufgabe, zu der ich Euch hinaussende, ist eine große. Ihr sollt **schweres Unrecht sühnen!** Denn ein Fall in der Art, wie es die Chinesen gethan haben, die es gewagt, tausendjährige alte Völkerrechte umzuwerfen und der Heiligkeit des Gesandten, der Heiligkeit des Gastrechts in so abscheulicher Weise Hohn zu sprechen, ist ein Vorfall, wie er in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommen ist, und dies hat sich noch dazu ein Volk geleistet, welches stolz ist auf seine vieltausendjährige Kultur!

Aber Ihr könnt daraus ersehen, **wohin eine Kultur kommt,** die **nicht** auf dem Boden des **Christenthums** aufgebaut ist; **jede heidnische Kultur, mag sie noch so schön und herr-**

Digitized by Google

währen sollt, einmal Eure alte deutsche Tüchtigkeit, zum zweiten die Hingebung, die Tapferkeit, das freudige Ertragen jedweden Ungemachs und zum dritten Ehre und Ruhm unsrer Waffen und unsrer Fahnen. Ihr sollt ein Beispiel abgeben der Manneszucht und Disziplin, der Selbstüberwindung und Selbstbeherrschung. Ihr sollt fechten gegen einen gut bewaffneten und gut ausgerüsteten Feind. Aber **Ihr sollt auch rächen** nicht nur den Tod der Gesandten, sondern auch den vieler Deutschen und Europäer."

Disziplin aller Welt ein Beispiel. Ihr wißt es wohl, Ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapfern, gut bewaffneten, grausamen Feind.

lich sein, wird bei der ersten Kraftprobe erliegen!

Der Kaiser sagte dann noch ungefähr Folgendes: **Noch nach tausend Jahren möge der Name Deutschlands in China in solcher Weise bekannt sein, daß niemals wieder ein Chinese wage, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.**

Kommt Ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Führt Eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.

. . . Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! **Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen! Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihren König Etzel, sich einen Namen gemacht,** der sie noch jetzt in Ueberlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, **so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise bethätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!**

Der Kaiser ermahnte weiter, daß die Truppen mit einer Uebermacht zu kämpfen haben würden. Das seien die deutschen Truppen aber gewöhnt, wie die deutsche Kriegsgeschichte beweise.

Die Rede schloß dann folgendermaßen: „Der **Segen des Herrn** sei mit Euch, die Gebete eines ganzen Volkes begleiten Euch auf allen Euren Wegen. Meine besten Wünsche für Euch, für das Glück Eurer Waffen werden Euch folgen. Gebt, wo es auch sei, Beweise Eures Muthes. Möge sich der Segen Gottes an Eure Fahnen heften und er **Euch geben, daß das Christenthum in jenem Lande seinen Eingang findet. Damit steht Ihr mit Eurem Fahneneid ein.** Und nun glückliche Reise. Adieu, Kameraden!

Wahrt Manneszucht, der Segen Gottes sei mit Euch, die Gebete eines ganzen Volks, meine Wünsche begleiten Euch, jeden Einzelnen. **Oeffnet der Kultur den Weg ein für alle Mal!** Nun könnt Ihr reisen! Adieu Kameraden!

Ihr werdet mit einer Uebermacht zu fechten haben; doch dies sind wir gewohnt, unsre Kriegsgeschichte beweist es! Ihr habt es gelernt aus der Geschichte des Großen Kurfürsten und aus Eurer Regimentsgeschichte. Heftet neuen Ruhm an Eure Fahnen; der Segen des Herrn sei mit Euch! Die Gebete der Euren, eines ganzen Volkes begleiten Euch auf allen Euren Wegen! Meine besten Wünsche für Euch, für das Glück Eurer Waffen! Eure Leistungen werden Euch folgen, wohin es auch sei! Und Gottes Segen möge an Eure Fahnen sich heften und **dieser Krieg den Segen bringen, daß das Christenthum in jenem Lande seinen Einzug hält, damit solch traurige Fälle nicht mehr vorkommen! Dafür steht Ihr mir mit Eurem Fahneneid!** Und nun glückliche Reise! Adieu, Kameraden!

Digitized by Google

Rede Wilhelms II. in Bremerhaven am 3. August 1900

an die Werftarbeiter des „Norddeutschen Lloyd".

„Ihr seid hier versammelt worden, um meinen kaiserlichen Dank zu empfangen für die Hingabe und Aufopferung, mit der Ihr an der Fertigstellung der Dampfer für meine Offiziere und Soldaten gearbeitet habt. Dank Eurem rastlosen Bemühen ist die prompte pünktliche Absendung der Transporte möglich geworden, dadurch habt Ihr es einmal ermöglicht, daß unsere Truppen möglichst schnell auf den Kampfplatz kommen, zum andern habt Ihr unsere Leistungsfähigkeit auf diesem bisher von uns noch nicht betretenen Gebiete vor der ganzen Welt ins beste Licht gesetzt, und dadurch nach beiden Richtungen hin unserem Vaterlande unschätzbare Dienste erwiesen. Die Auszeichnungen, die ich Euch dafür verleihe, sollen meine Anerkennung sein, aber auch zugleich ein Ausdruck meiner Zufriedenheit, daß **Ihr nicht dem schlechten Beispiel der durch vaterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seid, sondern den Patriotismus des deutschen Arbeiters fleckenlos gewahrt und wacker mitgearbeitet** habt für die Schlagfertigkeit unserer braven Armee. **Ehrlos Der, welcher im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stich läßt!** Erhaltet Euch den guten deutschen Geist, den Ihr bewiesen, dann wird der Dank des deutschen Volks und meine Anerkennung Euch nie fehlen."

Abweichend von diesem Wortlaut des Wolff'schen Bureaus lautet eine andere Lesart der Tagespresse:

„Die Medaille, die Ihr erhaltet, ist jedoch nicht nur ein Zeichen meines Dankes für Eure Arbeit an sich, sie spricht Euch auch meine Anerkennung dafür aus, daß Ihr **nicht dem Beispiel der vaterlandslosen Gesellen gefolgt seid,** die gerade jetzt die Arbeit niedergelegt haben. Ehrlos, wer sein Vaterland im Stiche läßt. Ihr habt gezeigt, daß Ihr Ehrenmänner seid."

* * *

Rede Wilhelms II. in Bielefeld am 6. August 1900

bei Enthüllung des Denkmals Friedrichs I. auf dem Sparrenberg.

„. . . . . Aus dem von ihm (dem „Großen Kurfürsten") begründeten Staat hat sich das Königreich Preußen entwickelt und durch Preußen ist das Deutsche Reich zusammengeführt und geschweißt. Der Große Kaiser, des großen Ahnen großer Nachfolger, hat das ausgeführt, was der andere sich gedacht. Woher ist es wohl möglich gewesen, daß bei dem kurzen Rückblick auf die Geschichte unseres Landes und Hauses diese wunderbaren Erfolge unseres Hauses zu verzeichnen sind? Nur daher, weil ein jeglicher Hohenzollernfürst sich von Anfang an bewußt ist, daß er nur Statthalter auf Erden, daß er Rechenschaft abzulegen hat von seiner Arbeit vor einem höheren König und Meister, daß er ein getreuer Arbeitsführer sein muß im allerhöchsten Auftrage. Daher auch die felsenfeste Ueberzeugung von der **Mission,** die jeden einzelnen meiner Vorfahren erfüllte. **Daher die unbeugsame Willenskraft, das durchzuführen, was man sich einmal zum Ziel gesetzt.**

So möge es denn auch mir vergönnt sein, zum Wohle nicht nur des gesammten Reichs, sondern auch gerade dieses schönen Ländchens, denselben Fußtapfen zu folgen, die dieser große Ahn uns vorgezeichnet hat. (Bravo!) **Mir ist es vielleicht vergönnt, den Theil seines Trauma auszuführen,** der durch die späteren Kämpfe in unserer Entwickelung zurücktreten mußte, **den Weg über die See!** Was damals der große Kurfürst nur angedeutet und begonnen, das vermögen wir jetzt im Großen aufzunehmen, weil wir ein geeintes großes deutsches Vaterland haben. (Lautes Bravo!) Wir haben es jüngst erlebt: Deutsche Heere unter dem Schutz deutscher Fahnen ziehen hinaus, bestehend aus Gliedern und Söhnen unseres Vaterlandes aus allen Gauen, von den Schären des Belts bis zum Wasgau, gemeinsam für die schwarz-weiß-rothe Fahne zu kämpfen, die Größe und den Ruhm unseres Vaterlandes im Auslande zu besiegeln, zu zeigen, daß der **Arm des deutschen Kaisers auch bis in die entferntesten Theile der Welt reicht.** (Bravo!) Alles dieses wäre unmöglich gewesen, ohne

Digitized by Google

den großen Kurfürsten und sein Werk, und deswegen hoffe ich, daß auch ein jeder meiner Unterthanen von demselben Geiste beseelt, in demselben Sinne an seiner Aufgabe fortarbeiten wird, mir zu helfen. Einem Jeden ist seine Aufgabe und sein Ziel gesetzt, und wenn Jeder es so auffaßt wie der große Kurfürst und wie Alle aus meinem Hause, in der Ueberzeugung, daß er verantwortlich ist und dereinst oben Rechnung ablegen muß von dem, was er gethan, dann bin ich fest davon überzeugt, daß unserem deutschen Vaterland **noch große Zeiten bevorstehen!**

Dann werde ich **unbekümmert um die dunklen Wolken,** die über uns dahinziehen, wie einst Eberhard der Greiner, von meinen Ravensbergern sagen, daß **ich unbekümmert einem Jeden von ihnen mein Haupt in seinen Schoß legen kann.**"

* * *

Depesche Wilhelms II. vom 6. Juli 1900

an den Chef des chinesischen Kreuzergeschwaders, den Gouverneur von Kiautschou, den Generalgouverneur von Schantung und die Vizekönige von Nanking und Wutschang:

„Ich verpflichte mich auf mein kaiserliches Wort, für jeden der zur Zeit in Peking eingeschlossenen Fremden jeder Nationalität, welcher lebend einer kaiserlich deutschen oder sonstigen fremden Behörde übergeben wird, Demjenigen, der die Auslieferung herbeiführt, 1000 Taels auszuzahlen. Auch übernehme ich alle Kosten, welche jedwede Uebermittelung meiner Zusage nach Peking verursacht.

gez. Wilhelm."

* * *

Ansprache des Militär-Oberpfarrers Konsistorialraths Wölfing

bei der Weihe der Chinafeldzeichen im Zeughause zu Berlin am 31. August 1900.

„..... Und endlich das geflammte Kreuz im Fahnentuch — es mag uns sagen: **'s ist ein Kreuzzug, 's ist ein heiliger Krieg!** Das Völkerrecht ist gebrochen, die Gesetze der Menschlichkeit sind mit Füßen getreten. Morgenländische Barbarei lehnt gegen abendländische Kultur sich auf. Es gilt dem Schutz und Sieg von Recht und Wahrheit, von Treue und Glauben, von Bildung und Sitte. Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter! — und kämpfen wir nicht für das Kreuz, so kämpfen wir doch unter dem Kreuz und mit dem Kreuz und sind darin getrost und wissen: So wahr Gott Gott ist und Sein Wort, muß Teufel, Welt und Höllenpfort, und was dem thut anhangen, endlich doch werden zu Hohn und Spott. Gott ist mit uns und wir mit Gott, den Sieg woll'n wir erlangen! Amen!

Und nun senkt diese Fahnen und Standarten vor dem Herrn der Heerschaaren droben! Die auf den Herrn harren, kriegen neue Kraft, daß sie auffahren mit Flügeln des Adlers.

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs weihe ich diese Fahnen und Standarten Pro gloria et patria! als Denkzeichen stolzer Erinnerungen, als Wahrzeichen heiliger Verpflichtungen, als Wahrzeichen großer Verheißungen ihren Truppentheilen hier und draußen zum unverletzlichen Eigenthum und hohem Heiligthum im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes! Amen."

Digitized by Google

Stenographischer Bericht.

3. Sitzung

am Montag, den 19. November 1900.

Präsident: Wir gehen über zum dritten Gegenstand der Tagesordnung: **erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900,** nebst Anlagen (Nr. 8 der Drucksachen).

In der eröffneten ersten Berathung hat das Wort der Herr Reichskanzler.

Graf **v. Bülow**, Reichskanzler: Meine Herren, ich wünschte, die erste Gelegenheit, welche sich mir bietet, zu ergreifen, um mich vor diesem hohen Hause auszusprechen über diejenige Frage, welche im Vordergrunde des öffentlichen Interesses steht, nämlich über unser Vorgehen in China. Sie werden es verstehen, meine Herren, wenn ich auch heute nicht wohl Dinge sagen kann, welche schwebende Unterhandlungen gefährden oder die von den Mächten in China unternommene gemeinsame Aktion beeinträchtigen könnten. Ich bin aber viel zu sehr durchdrungen von der Nothwendigkeit, daß zwischen den verbündeten Regierungen und diesem hohen Hause und zwischen den verbündeten Regierungen und dem deutschen Volke die Fühlung nicht verloren gehen darf, und ich erkenne das Recht des Landes und des Reichstages, zu wissen, wohin die Fahrt geht, viel zu willig an, als daß ich nicht gerne bereit sein sollte, so offen und so deutlich zu reden, wie das Staatsinteresse dies nur irgendwie zuläßt.

Was die Vorgeschichte der Wirren in China angeht, so beziehe ich mich in dieser Hinsicht auf das Zirkular, welches ich im Juli an die Bundesregierungen gerichtet habe. Ich habe mich bemüht, in diesem Zirkular darzulegen, wie wir in China zu dem Zustande gelangt sind, dem sich die zivilisirte Welt dort plötzlich gegenüber sah. Ich habe auch damals schon die Ziele bezeichnet, welche sich die deutsche Politik in China gesteckt hat, die Ziele, an denen wir nach wie vor festhalten. Bevor ich jedoch zu dem, was wir in China verfolgen, was wir in China erreichen wollen, übergehe, möchte ich zwei Punkte vorwegnehmen, welche in der publizistischen Diskussion des Inlandes und vielleicht noch mehr des Auslandes über unsere Chinapolitik eine gewisse Rolle gespielt haben.

Es ist gesagt worden, daß wir die Krisis, welche in China ausgebrochen ist, nicht vorausgesehen hätten. Darauf könnte ich zunächst erwidern, daß sich jedenfalls die meisten der übrigen Regierungen in der gleichen Lage wie wir befunden haben dürften, und daß die meisten der fremden Regierungen im vergangenen Frühjahre auch nicht angenommen haben, daß das über Ostasien ausgebrochene Ungewitter so heftig und daß es so rasch eintreten würde. Die Anzeichen, welche diesem Ungewitter vorausgingen, sind aber gerade uns nicht entgangen. Wir haben die Vertreter in China und wir haben die anderen Kabinette mehr als einmal auf diese Wetterzeichen hingewiesen. Alles, was von den Vertretern in China, den diplomatischen und konsularischen wie militärischen Vertretern, als nothwendig für die Aufrechterhaltung der Ordnung bezeichnet wurde, ist von uns sofort gewährt worden; wir haben insbesondere an militärischen Schutzmaßnahmen und an militärischen Schutzdetachements sogleich Alles zur Verfügung gestellt, was von den Vertretern an Ort und Stelle als wünschenswerth bezeichnet wurde — wir haben in dieser Richtung sogar mehr angeboten, als letztere forderten und für nöthig hielten. Meine Herren, ich möchte keinerlei Vorwurf erheben gegen Männer, welche in schwerer, in sehr schwerer Nothlage heldenhafte Ausdauer, welche Muth, welche die höchste Tapferkeit an den Tag gelegt haben; fern sei es von mir vor Allem, auch nur ein Wort, auch nur eine Silbe des Tadels zu sagen gegen unseren ritterlichen Gesandten in Peking, den Freiherrn von Ketteler, der in treuester Pflichterfüllung in Vertretung eines

Digitized by Google

allgemeinen — nicht eines speziell deutschen — Interesses in letzter, in zwölfter Stunde den Versuch unternahm, die chinesische Zentralgewalt durch Darlegung des wüsten Treibens, das im Gange war, zur Besinnung zurückzuführen, und der dann bei diesem Versuche fest und unerschütterlich, wie es seine Art war, in den Tod gegangen ist, der gefallen ist wie ein Offizier vor der Front, würdig des Landes, das er vertrat, und würdig des historischen Namens, den er trug. (Lebhaftes Bravo.)

Aber, meine Herren, die Europäer in Peking haben sich mehr oder weniger und fast Alle getäuscht in der Beurtheilung der Tragweite der Boxerbewegung, die hier von Anfang an ernster aufgefaßt wurde, als dies in den europäischen Niederlassungen in China meistens der Fall war. Wir werden in Zukunft auch darauf unsere Aufmerksamkeit, unser Augenmerk zu richten haben, über die Vorgänge in China und über die Pläne und Absichten der chinesischen Beamten und Militärs schneller unterrichtet zu werden, als dies bisher geschehen. Inzwischen konstatire ich aber, daß von deutscher Seite nichts vernachlässigt worden war und nichts verabsäumt worden ist, was den Ereignissen in China eine andere Wendung hätte geben können, weder in militärischer noch diplomatischer Hinsicht.

Meine Herren, ich komme nun zu dem anderen Vorwurf, der uns gemacht worden ist. Es ist im Auslande gesagt worden, daß wir die Schuld trügen an den Ereignissen in China, und es ist speziell gesagt worden, daß diese jüngsten Wirren in China zurückzuführen wären auf unsere Festsetzung in Kiautschou. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Ich glaube, ich habe den Zwischenruf „sehr richtig!" gehört. Meine Herren, in deutschfeindlichen, in ausländischen Blättern habe ich den in Rede stehenden, völlig unbegründeten Vorwurf schon seit lange gelesen, ich glaubte aber nicht, daß er ein Echo finden würde in diesem Saale hier. — (Lebhafter Beifall. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Warum soll denn die Abtretung, die pachtweise Ueberlassung von Kiautschou an Deutschland das chinesische Reich mehr erschüttert haben und das chinesische Volk mehr erbittert haben, als die Abtretung von Hongkong und Birma an England (sehr richtig!), von Tonkin und Anam an Frankreich (sehr richtig!), vom Pamir- und dem Amurgebiet an Rußland (sehr richtig!), von Formosa an Japan, von Port Arthur und Wai-hai-Wai ganz zu schweigen? (Sehr richtig!) Es hat Exzesse in China gegen Missionare gegeben, und es hat Verfolgungen eingeborener chinesischer Christen gegeben, lange bevor wir nach Kiautschou gingen, in einer Zeit, wo der Name Deutschlands in China ziemlich unbekannt war, und es hat auch Expeditionen nach China und Züge nach Peking gegeben, lange bevor wir in Kiautschou festen Fuß faßten. (Lebhafter Beifall.) Die Wahrheit ist, daß von den jetzt in China engagirten Mächten wir uns am meisten und am längsten zurückgehalten haben. (Sehr richtig!) Erst als wir uns davon überzeugen mußten, daß Andere, ohne unsere Zurückhaltung und ohne unsere rührende Bescheidenheit nachzuahmen, sich in China wichtige Vortheile, werthvolle Konzessionen ausbedangen, als es den Anschein gewann, daß ohne uns an die Aufth[illegible]lung von China gegangen werden sollte, und als gleichzeitig wiederholte Angriffe auf die deutsche Mission in Schantung — Angriffe, die gipfelten in der Ermordung zweier deutscher Missionare — uns zwangen, für die Sicherheit unserer Staatsangehörigen und unserer Interessen selbst zu sorgen, erst dann sind wir aus unserer Reserve herausgetreten, nicht aus Abenteuerlust, nicht aus Willkür, sondern in der Erkenntniß einer unabweisbaren Nothwendigkeit. (Sehr richtig!) Unsere Festsetzung in Kiautschou haben wir sodann in einer Weise durchgeführt, daß durch sie der Friede in keiner Weise gestört worden ist, weder direkt, noch indirekt. Unsere Position in China, meine Herren — das möchte ich doch bei diesem Anlaß noch sagen —, beruht nicht auf gewaltsamer Eroberung, sondern sie beruht auf einem völkerrechtlichen Vertrage. Wir stehen in China nicht als Eindringlinge, wir stehen in Kiautschou nicht als räuberische Eindringlinge da, sondern als Besitzer einer mit der chinesischen Regierung in freiem Einverständniß vereinbarten Konzession.

Deutschland hat sich überhaupt gegenüber China immer freundlich und wohlwollend benommen. Der beste Beweis dafür ist die Haltung, die wir noch vor vier Jahren in einem für China recht kritischen Augenblick ihm gegenüber eingenommen haben, in dem Augenblick, wo China à la merci eines siegreichen Gegners war. Wir haben auch in China, und gerade hier, festgehalten an dem

Digitized by Google

von mir mehr als einmal vor Ihnen dargelegten Prinzip, den Rechten Anderer nicht zu nahe zu treten, dafür aber die eigenen Rechte unbedingt zu wahren. Darum befinden wir uns gegenüber China im Stande einer legitimen Abwehr, im Stande einer legitimen Nothwehr.

Die chinesische Zentralregierung hat die Boxerbewegung, die nicht zum Mindesten durch ihre eigene Schuld, durch die Schuld ihrer jämmerlichen Verwaltung entstandene Boxerbewegung weiter und weiter um sich greifen lassen in offenbarem Mangel an gutem Willen. Sie hat von Anfang an gegenüber den maßvollen und berechtigten Vorstellungen der fremden Gesandten eine theils zweideutige, theils lässige Haltung eingenommen; sie hat endlich ohne jede Provokation von unserer Seite durch das Gewährenlassen der schnöden Ermordung des deutschen Gesandten nicht nur das Völkerrecht, sondern auch unsere nationale Würde schwer verletzt (sehr richtig!); und die chinesische Regierung hat sich hinterher vergeblich bemüht, durch allerlei Winkelzüge und Ausflüchte und offenbare Unwahrheiten diesen klaren Sachverhalt zu verdunkeln. Mit gutem Gewissen durften wir daher einem solchen Verhalten gegenüber diejenigen Maßnahmen treffen, die nothwendig waren, um unsere Rechte und Interessen zu schützen und unsere Ehre zu wahren.

In derselben Nothlage wie wir befanden sich alle übrigen Regierungen, und zu demselben Werke der Nothwehr sahen sich alle anderen zivilisirten Völker gezwungen; denn, meine Herren, darüber kann der ruhige, unparteiische Beobachter doch nicht im Zweifel sein, die jüngsten Ereignisse in China sind weder zurückzuführen auf Kiautschou noch auf Hongkong, weder auf Tonkin noch auf Port Arthur, weder auf diese noch jene fremde Macht, sondern die Krisis, die wir jetzt in China durchmachen, ist eine Etappe, welche die europäische Kultur überwinden muß in ihrem unaufhaltsamen Vordringen in alle Welttheile und zu allen Völkern. Der Sturm, der sich jetzt in China erhoben hat, richtet sich nicht allein gegen Deutschland, überhaupt gegen keine einzelne fremde Macht, sondern gegen alle gesitteten Völker; er richtet sich auch nicht allein gegen die Gesandten oder Konsuln, sondern er richtet sich gegen die Ingenieure und Missionare, gegen die Kaufleute und Eisenbahnarbeiter: er richtet sich gegen alle Fremden. Es ist die europäische Zivilisation, der sich zu ihrer Ehre die intelligente und zukunftsreiche japanische Nation angeschlossen hat; diese stand und steht der Barbarei der Boxerbewegung gegenüber.

Meine Herren, ich komme nunmehr zu der Frage, die ich vorhin nur flüchtig gestreift habe, nämlich zu der Frage, was wir in China wollen. In zwei Worten gesagt: wir wollen in China keine Politik der Abenteuer, aber wir wollen unsere Interessen und unsere Rechte so behaupten, wie ein großes Volk seine Interessen und seine Rechte und seine Ehre behaupten soll. (Bravo!) Wir führen in China keinen Eroberungskrieg; aber wir wünschen eine möglichst rasche und möglichst gründliche Beilegung der chinesischen Krisis durch Sühne für die begangenen Unthaten und Wiederherstellung und Sicherstellung geregelter Zustände. Sühne verlangen wir aus dem einfachen Grunde, weil, wenn keine Strafe eintritt, damit ein Freibrief ausgestellt werden würde für ähnliche Unthaten (sehr richtig!), und wir und alle interessirten Mächte der Gefahr ausgesetzt sein würden, unsere Interessen und unsere Staatsangehörigen bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit in gleicher Weise verletzt zu sehen. Wir akzeptiren auch jede Regierung in China, die fähig und bereit ist, Garantien zu geben für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die begangenen Frevel zu sühnen. Wir wollen, daß die europäische Kulturbewegung und die europäische Zivilisation in China nicht gehemmt wird, und daß Deutschland innerhalb dieser Bewegung den ihm zukommenden Einfluß ausübt. An dem, meine Herren, was in China zu gewinnen ist, wollen wir auch unseren Antheil haben, Niemand übervortheilen und uns von Niemand übervortheilen lassen. Deutschland hat nach meiner Ansicht kein Interesse an einer Auftheilung von China, wir drängen garnicht auf eine solche Auftheilung, wir glauben auch garnicht, daß China schon dem Untergang geweiht ist, daß für uns besondere Eile geboten ist, um uns dort neue Ländergebiete zu sichern; wir haben gar kein Interesse daran, die Auflösung von China herbeizuführen, wir wünschen eine solche Auflösung garnicht; unser Interesse ist, daß China Zeit erhalte, sich in die neue Ordnung der Dinge, in die allmälige und friedliche Aufnahme der europäischen Kultur hineinzuleben, und daß wir Zeit erhalten, unsere Position in China auszubauen, zu entwickeln und zu kräftigen. Wir fahren, meine Herren, nach meiner Ueberzeugung am besten, wenn China

Digitized by Google

unter möglichst geregelter Verwaltung aufnahmefähig und zahlungsfähig bleibt (Heiterkeit links), im Uebrigen aber seine Verwaltung möglichst in eigener Hand behält. So fern die anderen Mächte in China nicht über den Rahmen ihrer jetzigen Politik hinausgehen, wollen auch wir uns in China auf die Behauptung unserer gegenwärtigen Position beschränken. Wir wollen das thun, weil wir das chinesische Reich nicht unnöthig erschüttern wollen; wir wollen das aber auch deshalb thun, weil wir uns an das französische Sprichwort erinnern: „qui trop embrasse mal étreint". Wir haben gar keinen Grund, ohne Noth über die Linien hinauszugehen, die wir uns im deutsch-chinesischen Vertrag vom Frühjahr 1898 freiwillig gezogen haben. Wir haben keinen Grund, ex abrupto Gebietserweiterungen anzustreben, die unsere finanziellen, militärischen und politischen Kräfte unverhältnißmäßig in Anspruch nehmen könnten, und deshalb wollen wir in China nicht ohne zwingendste Veranlassung Annexionspolitik treiben, weil wir gar kein Interesse daran haben, uns in China auf ein bestimmtes Ländergebiet festnageln zu lassen. Wir haben in Kiautschou den nothwendigen Stützpunkt gefunden für unsere Schifffahrt, für unsere Marine. Wir haben in Shantung ein weites Feld gefunden für kommerzielle und industrielle Thätigkeit. Aber lange bevor wir nach Kiautschou gingen, hatte sich der deutsche Kaufmann angesiedelt in Hankau, Tientsin, Shanhai, am Golf von Petschili, im weiten Stromgebiet des Yangtse. Dieser weiten Ausbreitung unseres Handels in allen Theilen des chinesischen Reichs und dem friedlichen Wettbewerb aller Völker in China im Zeichen von „Leben und Lebenlassen", dem wollen wir nicht präjudiziren.

Das, meine Herren, war das Motiv und das ist die Tendenz des deutsch-englischen Abkommens vom 16. Oktober d. J., mit dessen leitenden Grundsätzen sich inzwischen die anderen Kabinette einverstanden erklärt haben. (Bravo!) Natürlich, meine Herren, setzen wir bei allen dem voraus, daß auch Andere nicht in China zu eigenen Territorialerwerbungen schreiten. Sofern diese Voraussetzung von allen Theilen loyal eingehalten wird, — und es ist gar kein Grund, anzunehmen, daß dies nicht der Fall sein wird, — ist es unser Wunsch und ist es unsere Absicht, uns auf dem Boden des Vertrags vom 6. März 1898 zu halten und nicht über diesen Vertrag hinauszugehen. Deshalb haben wir von Anfang an uns bemüht, unsere Ziele so abzugrenzen, daß sie weder eine Unklarheit für die Zukunft noch einen Konflikt mit den berechtigten Interessen anderer Mächte aufkommen lassen konnten. Wir werden auch in Zukunft unsere Schritte genau, sehr genau abmessen; denn wir wissen sehr wohl, daß wenn ein Schritt zu kurz uns distanziren könnte, ein Schritt zu weit uns bloßstellen würde. Wir wollen weder das Eine noch das Andere.

Von den Zielen, meine Herren, die ich im Juli dieses Jahres, durch Zirkularerlaß vom 11. Juli, aufgestellt habe, ist bisher nur das eine, und freilich das dringendste, erreicht worden: die Befreiung der in Peking eingeschlossenen Europäer. Es bleiben noch andere und hochwichtige Ziele zu erledigen übrig: die Sicherstellung von Leben, Person, Eigenthum und Besitz der in China lebenden Fremden, Garantien für die Zukunft, angemessene Genugthuung für die verübten Unthaten, Entschädigung für die gehabten Auslagen und Kosten, die Sicherstellung unseres eigenen Besitzes. Wie diese Ziele im Einzelnen zu erreichen sind, darüber schweben, wie Ihnen bekannt sein wird, zur Zeit Verhandlungen zwischen den fremden Gesandten in Peking. Ueber das Ergebniß dieser Verhandlungen, welche zur Einstimmigkeit über die wesentlichsten Punkte geführt haben, bin ich in der Lage, dem hohen Hause die nachstehende Mittheilung zu machen, in welcher das bisher schon darüber in der Presse Bekanntgegebene auf Grund der letzten bei uns eingegangenen Telegramme nach dem heutigen Stande vervollständigt ist. Mittelst einer von allen Mächten gemeinsam an die chinesische Regierung zu richtende Note sollen an dieselbe folgende Forderungen gestellt werden:

Art. I. Eine außerordentliche Mission unter Führung eines Kaiserlichen Prinzen ist nach Berlin zu entsenden, um das Bedauern des Kaisers von China und der chinesischen Regierung über die Ermordung des Freiherrn v. Ketteler auszudrücken. An dem Platze des Mordes ist ein des Ermordeten würdiges Denkmal zu errichten mit einer Inschrift in lateinischer, deutscher und chinesischer Sprache, welche das Bedauern des Kaisers von China über den begangenen Mord ausdrückt.

Art. IIa. Die Todesstrafe ist zu verhängen über die Prinzen Tuan und Tschiwang, den Herzog Lan, ferner über Yingnien, Kanghi, Tschaotschukiao,

Digitized by Google

Tungfuhsiang, Yühsien und weitere von den Vertretern der Mächte noch zu benennende Rädelsführer.

Art. IIb. In allen Orten, wo Fremde getödtet oder mißhandelt worden sind, haben alle offiziellen Prüfungen auf die Dauer von fünf Jahren auszufallen.

Art. III. Die chinesische Regierung hat auf jedem der fremden oder internationalen Friedhöfe, welche geschändet oder deren Gräber zerstört worden sind, ein Sühnedenkmal zu errichten.

Art. IV. Das Verbot der Einfuhr von Waffen nach China wird bis auf Weiteres aufrecht erhalten.

Art. V. China hat gerechte Entschädigung an Regierungen, Gesellschaften und Privatpersonen, sowie auch an solche Chinesen zu leisten, welche im Lauf der jüngsten Ereignisse an ihrer Person oder ihrem Vermögen durch den Umstand Schaden erlitten haben, daß sie im Dienste von Fremden standen.

Ich bemerke dazu, daß über die Prinzipien bei Geltendmachung der Schadenersatzansprüche insbesondere auch derjenigen von Missionaren, später unter den Mächten ein Einverständniß hergestellt werden soll.

Art. VI. Jede einzelne fremde Macht erhält das Recht, für ihre Gesandtschaft eine ständige Schutzwache zu halten und das Gesandtschaftsviertel in Vertheidigungszustand zu setzen. In dem letzteren dürfen Chinesen nicht wohnen.

Art. VII. Die Forts von Taku und diejenigen Forts, welche die freie Verbindung zwischen Peking und dem Meere hindern könnten, sollen entfestigt werden.

Art. VIII. Die Mächte erhalten das Recht, zum Zwecke der Aufrechterhaltung der freien Verbindung zwischen der Hauptstadt und dem Meere gewisse, durch Einvernehmen unter ihnen zu bestimmende Punkte besetzt zu halten.

Art. IX. Die chinesische Regierung wird verpflichtet, während zweier Jahre in allen Unterpräfekturen Kaiserliche Dekrete anzuschlagen, worin

a) die Mitgliedschaft einer fremdenfeindlichen Sekte bei Todesstrafe für immer verboten wird,

b) die über die Schuldigen verhängten Strafen aufgezählt werden,

c) in denen, um neuen Unruhen vorzubeugen, ausgesprochen wird, daß die Vizekönige, sowie die Provinzial- und Lokalbeamten verantwortlich gemacht werden für die Aufrechterhaltung der Ordnung in ihren Amtsbezirken, und daß sie im Falle neuer fremdenfeindlicher Unruhen oder anderer von ihnen nicht sofort beseitigter und durch Bestrafung der Schuldigen gesühnter Verletzungen der Verträge sofort abgesetzt werden sollen und weder mit neuen amtlichen Funktionen betraut noch mit neuen Ehrenstellen bekleidet werden dürfen.

Art. X. Die chinesische Regierung wird verpflichtet, sich auf Verhandlungen einzulassen über solche Abänderungen der bestehenden Handels- und Schifffahrtsverträge, welche die fremden Regierungen für nützlich erachten, sowie über andere Gegenstände, welche eine Erleichterung der Handelsbeziehungen betreffen.

Art. XI. Die chinesische Regierung wird verpflichtet, das chinesische Auswärtige Amt zu reformiren und das Hofzeremoniell für die Empfänge der fremden Vertreter in demjenigen Sinne abzuändern, den die fremden Mächte bezeichnen werden.

Die vorstehenden elf Artikel werden, sobald jeder einzelne Gesandte von seiner Regierung dazu ermächtigt sein wird, der chinesischen Regierung in Form einer Kollektivnote sämmtlicher Mächte übermittelt werden. Ueber die Erzielung gleicher Einstimmigkeit für einzelne weitere Forderungen schweben noch die Verhandlungen.

Meine Herren, die weitere Entwickelung der Dinge im Einzelnen voraus zu sagen, ist heute wohl nicht möglich. Wir halten an der Hoffnung fest, daß es den gemeinsamen Bestrebungen der Mächte gelingen wird, die angestrebten Ziele zu erreichen. Wir werden uns auch weiter nur leiten lassen von dem gemeinsamen Interesse der Zivilisation, soweit sich dasselbe deckt mit unserem speziell deutschen Interesse, was Gott sei Dank jetzt der Fall ist. Alle Mächte haben das gleiche Bedürfniß, daß Ordnung und Friede und Ruhe in China wieder hergestellt wird; der Wiederkehr solcher Vorkommnisse vorzubeugen, wie dasjenige, welches wir im Sommer beklagt haben, liegt im Interesse aller Mächte. Desinteressiren können wir uns in China nicht; unsere Interessen sind dort zu

Digitized by Google

bedeutend, unser Handel steht in China an zweiter Stelle, die Interessen unserer Missionen sind uns zu heilig, es stehen für uns zu wesentliche ethische und materielle Werthe auf dem Spiel, als daß wir ohne Weiteres bei Seite treten könnten. Wenn wir das thäten — ich sage das mit der höchsten Ueberlegung —, so würden wir in wirthschaftlicher und politischer Hinsicht die Zukunft des deutschen Volkes in unverantwortlicher Weise preisgeben, in einer Weise, welche uns die Geschichte nicht verzeihen würde.

Wenn wir aber bei der Neuregelung der chinesischen Verhältnisse ein Wort mitzusprechen hatten, so war es geboten, dort in einer Form aufzutreten, die einer Großmacht würdig war. Deshalb haben wir gerade so viele Schiffe und genau so viele Mannschaften nach China geschickt, wie nothwendig war, um unsere Stelle im Rahmen der internationalen Aktion anständig auszufüllen, um für die uns widerfahrene Unthat entsprechende Genugthuung zu erlangen und unsere vertragsmäßige Position gegen weitere Beeinträchtigung zu sichern. Eine nur maritime Machtentfaltung konnte in diesem Falle nicht genügen, es mußten auch die entsprechenden militärischen Streitkräfte dazu kommen. Unsere militärische Superiorität mußte den Chinesen deutlich ad oculos demonstrirt werden, wenn es nicht für lange und vielleicht für immer vorbei sein sollte mit der Thätigkeit und der Ausbreitung unseres Handels, mit der segensvollen Wirksamkeit unserer Missionen. Wären wir nicht rasch vorgegangen, so würde der Aufstand sich viel weiter ausgebreitet haben, er würde die Mitte und den Süden von China, er würde insbesondere Shantung erreicht haben. Gegenüber solcher Gefahr, einer so brennenden und plötzlichen und zweifellosen Gefahr konnte nicht anders gehandelt werden.

Ich möchte aber dabei betonen, daß meinem Herrn Amtsvorgänger jede Absicht fern gelegen hat, die Rechte des Reichstages zu verkürzen. (Lachen links.) — Gewiß, meine Herren, hat ihm diese Absicht vollständig fern gelegen. — Dafür bürgt die lange und sehr ehrenvolle Laufbahn meines hochverehrten Herrn Amtsvorgängers und auch sein Allen bekannter patriotischer und versöhnlicher Sinn. (Sehr richtig! rechts.) Ich will aber vor Allem für meine Person als derzeitiger verantwortlicher Reichskanzler hier die Erklärung abgeben, daß mir selbstverständlich nichts ferner liegt, als das verfassungsmäßige und von Niemandem bestrittene Recht des Reichstags zu beeinträchtigen, daß für alle Ausgaben die Zustimmung des Reichstags in Form einer Etatsforderung einzuholen ist, und zwar, wo dies nur immer möglich und angängig ist, im Voraus; und ich erkläre ferner, daß ich in Gemäßheit dieser meiner Auffassung an dieses hohe Haus das Ersuchen richte, für diejenigen Ausgaben, hinsichtlich deren die Zustimmung des Reichstags noch nicht eingeholt worden ist, uns durch nachträgliche Genehmigung Indemnität zu ertheilen. (Bravo! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen; Lachen links.) — Ihre Heiterkeit, meine Herren, scheint mir eine gewisse Enttäuschung zu maskiren über das, was ich soeben gesagt habe. (Sehr gut! rechts, Lachen links.) Sie scheinen sich auf einen Konflikt gespitzt zu haben. Zu einem solchen Konflikt wird es aber nicht kommen, dank der bewährten Einsicht der Mehrheit dieses hohen Hauses und dank auch — wenn ich das sagen darf, der Verständigkeit der Regierung. (Lachen links.) Wenn, meine Herren, der Reichstag Werth legen sollte auf eine, das Wort „Indemnität" ausdrücklich enthaltende Formulirung des § 3 der Gesetzesvorlage, so werde ich meine Hand dazu bieten, und ich werde das Meinige thun, ähnlich wie dies vom ersten Kanzler des Reiches in wiederholten Fällen geschehen ist, hierüber eine Verständigung herbeizuführen zwischen dem Reichstag und dem Bundesrath. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Endlich erkläre ich, daß während meiner Amtsdauer an der, soeben von mir vor Ihnen dargelegten Auffassung und Ueberzeugung von dem verfassungsmäßigen Ausgabebewilligungsrecht des Reichstags unbedingt festgehalten und dementsprechend auch thatsächlich verfahren werden wird. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Meine Herren, schließlich haben wir in China auch Alles gethan, was möglich war, und wir werden trotz manchen entgegenstehenden Schwierigkeiten auch fernerhin das Unserige thun, um das Einverständniß unter den Mächten aufrecht zu erhalten. Ueberzeugt, daß Frieden und Freundschaft und Eintracht unter den Mächten nicht nur ein Weltinteresse, sondern auch ein deutsches Interesse ist, haben wir nach Möglichkeit ausgesondert, was Anlaß zu Miß-

Digitized by Google

trauen oder gar Mißhelligkeiten bieten konnte, und als Ziele solche positive Aufgaben hingestellt, deren Erreichung dem Interesse Aller entspricht. Daß die Loyalität unserer Politik überall anerkannt wird, hat die Thatsache bewiesen, daß die übrigen Mächte uns im Gouvernement Petschili das Oberkommando übertragen haben. Wir wären sehr gern bereit gewesen, unsere Truppen jedem Oberbefehl unterzuordnen, über welchen sich die anderen Mächte geeinigt haben würden, und ich habe das namentlich nach Rußland hin zu erkennen gegeben. Als eine solche Einigung nicht zu ermöglichen war, wohl aber an verschiedenen Stellen der Wunsch hervortrat, das Oberkommando einem deutschen Offizier anzuvertrauen, konnte sich Deutschland nicht einer Wahl entziehen, die ehrenvoll war für unser militärisches Ansehen und ehrenvoll war auch für das Vertrauen, welches unsere Politik den anderen Mächten einflößt. Indem die anderen Mächte das Oberkommando uns anvertrauten, bekundeten sie doch die Ueberzeugung, daß die deutsche Politik, wie sie von uns öffentlich proklamirt war im Zirkularerlaß vom 11. Juli, nichts enthielt, was irgendwelchen Anlaß bieten könnte zu Befürchtungen von Seiten der anderen Mächte. Die anderen Mächte würden uns nicht ein solches Vertrauensvotum ertheilt haben, namentlich nicht in einem einigermaßen kritischen Augenblick der chinesischen Frage, wenn sich unsere Politik nicht im Einklang gehalten hätte mit den Intentionen und Aspirationen der anderen Mächte. Das, meine Herren, gilt namentlich von Rußland. Daß gerade von russischer Seite Einwände gegen ein deutsches Oberkommando nicht erhoben werden würden, war vorauszusehen bei den guten und vertrauensvollen Beziehungen, die glücklicherweise schon vor der Zuspitzung der chinesischen Verhältnisse zwischen uns und Rußland bestanden. Daß aber Se. Majestät der Kaiser von Rußland, dessen baldige und völlige Genesung wir mit ganz Europa und mit der ganzen Welt wünschen (Bravo!), daß dieser edle und erleuchtete Souverän derjenige Monarch war, der vor allen anderen Staatsoberhäuptern den Oberbefehl in unsere Hände legte, das haben wir mit besonderem Dank anerkannt, und das ist mir ein Beweis mehr für die Richtigkeit des von mir stets festgehaltenen Grundsatzes, daß zwischen einer gut geleiteten deutschen Politik und einer gut geleiteten russischen Politik kein tiefergehender und keinesfalls ein irgendwie unüberbrückbarer Gegensatz bestehen kann. (Bravo!) Aber, meine Herren, wenn die Uebertragung des Oberkommandos an uns schmeichelhaft für uns war, so wird dadurch doch der Gesammtcharakter unserer Politik in keiner Weise verändert. Durch die Uebernahme des Oberkommandos wird weder unser Verhältniß zu anderen Mächten noch die Linie, welche wir uns in China vorgezeichnet haben, verschoben. Unsere Politik in China bleibt genau dieselbe, wie sie war, bevor ein deutscher General das Oberkommando übernommen hatte. Wir denken nicht daran, uns über das Programm hinausdrängen zu lassen, das ich im vergangenen Juli aufgestellt habe; im Gegentheil, die Thatsache, daß wir den Oberbefehl führen, legt uns nach meiner Meinung die Verpflichtung auf, nun erst recht vernünftig und besonnen zu bleiben. (Sehr richtig! und Bravo!)

Meine Herren, wir werden auch in Ostasien unsere Ziele nicht zu hoch spannen. Wir werden nirgends über die Grenzen unserer wohlerwogenen Leistungsfähigkeit hinausgehen; wir werden uns nicht von der Grundlage entfernen, auf welcher das Deutsche Reich aufgebaut worden ist. Wir kennen viel zu gut die deutsche Geschichte und haben die Lehren der deutschen Geschichte viel zu wohl beherzigt, um nicht zu wissen, daß es kein Glück für Deutschland war, als es sich im Mittelalter ganz ins Fremde verlor, anstatt alle seine Kräfte zu konzentriren auf die Entwickelung eines starken nationalen Königthums, eines in sich selbst ruhenden starken nationalen Gemeinwesens. (Sehr gut!) Aber, meine Herren, nachdem wir uns jetzt seit einem Menschenalter das Staatswesen zurechtgezimmert haben, das unseren nationalen Bedürfnissen entspricht, wo wir uns von der realen und gesunden Basis dieses Staatswesens nicht entfernen werden, können wir uns nur freuen, daß auf unsere staatliche Einigkeit ein gewaltiger wirthschaftlicher Aufschwung gefolgt ist, und daß wir in diesem wirthschaftlichen Aufschwung unsere überseeischen Interessen, unser überseeisches Ansehen, unser Ansehen und unsere Stellung in der Welt, unsere Weltstellung mächtig gehoben haben. Diese unsere Weltstellung werden und müssen wir schützen.

Wir werden aber nicht vergessen, daß unser Zentrum in Europa ist. Ich habe schon vor einem Jahre, als ich bei der ersten Lesung des Etats für

Digitized by Google

die Flottenvermehrung eintrat, ungefähr gesagt, unser Zentrum wäre in Europa, und wir hätten zunächst die Pflicht, für die eigene Sicherheit zu sorgen. Das wiederhole ich auch heute. Wir werden nichts thun, wodurch die Sicherheit der Heimath, wodurch die Wehrkraft des deutschen Volkes irgendwie geschwächt werden könnte. Diese Wehrkraft ist auch heute völlig intakt. Durch die Truppensendung nach China ist unsere Aktionsfähigkeit, unsere Schlagfertigkeit in Europa in keiner Weise beeinträchtigt worden. Das sage ich nicht nur für dieses hohe Haus, das sage ich pro urbe et orbe. Wir werden uns auch wohl hüten, in China die Geschäfte Anderer zu besorgen. (Lebhaftes Bravo.)

Wir nehmen, wie ich vorhin die Ehre gehabt habe darzulegen, ehrlich theil an der gemeinsamen Aufgabe aller Kulturvölker; aber wir denken nicht daran, für irgend eine andere Macht den Blitzableiter abzugeben (Bravo), und wir denken auch nicht daran, meine Herren, die Vorsehung auf Erden spielen zu wollen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Es hat einen Souverän gegeben, meine Herren, der das versucht hat; es war Napoleon III. Es ist ihm nicht gut bekommen! (Heiterkeit rechts.) Sein Beispiel reizt uns nicht zur Nachahmung. Die Hohenzollern werden nicht die Wege der Bonapartes gehen, niemals werden undeutsche Tendenzen verfolgt werden von dem Hause der Hohenzollern, dessen größter Sohn gesagt hat, daß der Fürst der erste Diener des Staats und des staatlichen Interesses ist. (Bravo! — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber wir wollen uns doch unsere Stellung, unser Ansehen in der Welt so weit wahren, als dies dem deutschen Vortheil entspricht. Daß wir uns nicht ohne Noth in fremde Händel einmischen, das haben wir ja bewiesen während des südafrikanischen Krieges und während des spanisch-amerikanischen Krieges. Wir haben damals eine Politik ehrlicher Neutralität innegehalten, weil das den deutschen Interessen entspricht, und wir wollen jetzt unser Ansehen in Ostasien hochhalten und unsere Stellung in Ostasien wahren, eben weil das dem deutschen Interesse förderlich ist. Eine andere Richtschnur, als das Interesse des Landes, giebt es nicht für uns. Wir werden den Teufel thun, es so zu machen wie die Franzosen in Mexiko oder die Italiener in Abessinien! Weder in militärischer noch in diplomatischer Beziehung werden wir uns einlassen auf Sonderaktionen, die im Widerspruch stehen würden mit dem von uns von Anfang an aufgestellten Prinzip des Zusammengehens der Mächte, oder die uns gar auf den Isolirschemel bringen könnten. Wir werden die deutsche Macht immer nur dann und immer nur so weit einsetzen, als dies dem deutschen Interesse entspricht und mit der Wohlfahrt des deutschen Volkes verträglich, für die Wohlfahrt des deutschen Volkes förderlich ist.

Meine Herren, auf weitere Einzelfragen einzugehen, wird sich wohl noch im Laufe der Debatte Gelegenheit finden. Für jetzt möchte ich blos noch Folgendes sagen. Die Schnelligkeit, mit der unser Expeditionskorps aufgestellt, mit der es ausgerüstet und über See geschickt worden ist, die Art und Weise, wie bei dieser ersten Entsendung deutscher Landungstruppen über das Weltmeer Alles klappte, das war eine Leistung, auf welche unsere Militärverwaltung, unsere Kriegsmarine, unsere trefflichen Rhedereien, auf welche wir Alle mit Befriedigung zurückblicken können. (Sehr richtig!) Wenn es im Auslande Leute gegeben haben sollte, nicht im Schoße der fremden Regierungen — diese sind dazu viel zu korrekt —, aber außerhalb der fremden Regierungen, die geglaubt haben, daß Deutschland in dreißig Friedensjahren eingebüßt habe an militärischer Spannkraft, so sind solche Leute eines Besseren belehrt worden. (Sehr gut!) Daß wir, was unsere Wehrfähigkeit angeht, nicht zurückgegangen sind, das hat trotz ihres partiellen Charakters diese Mobilmachung bewiesen. Sie hat aber auch durch den Andrang der Freiwilligen, durch den Geist, welcher diese Freiwilligen beseelte, gezeigt, daß, was die Waffenfreudigkeit angeht, wir nicht zurückgegangen sind. Vor Allem aber hat die Haltung unserer Leute da drüben, die Art und Weise, wie sie, Matrosen und Landsoldaten, Offiziere und Mannschaften, alle Strapazen ertragen haben, und die Art und Weise, wie die Leute überall im Feuer ihren Mann gestanden haben, gezeigt, daß der deutsche Soldat noch der alte ist, und darüber wenigstens, meine Herren, wollen wir uns Alle freuen. (Bravo!)

Die verbündeten Regierungen haben nur das gethan, was unbedingt geschehen mußte, wenn Deutschland im fernen Osten sein gutes Recht wahren und seine Stellung bewahren wollte. Wir durften die uns wiederfahrene Verletzung ebensowenig ungestraft und wir durften das Blut unseres ermordeten

Digitized by Google

Gesandten ebensowenig ungesühnt lassen, als Strafe und Sühne Anderen übertragen. Das durften wir nicht, denn da gilt — unbeschadet der Waffenbrüderschaft mit anderen Mächten — doch das Wort: „Selbst ist der Mann". Auch der nüchterne und ruhige Beobachter kann nicht im Zweifel darüber sein, wie viel für unser Ansehen, für unseren Einfluß und für unsere Stellung in der Welt davon abhängt, wie wir jetzt in China, militärisch und diplomatisch, abschneiden.

Im Namen der verbündeten Regierungen bitte ich dieses hohe Haus, durch Annahme der Vorlage uns die Mittel zu gewähren, um die chinesischen Händel auszutragen mit Umsicht, mit ruhiger Besonnenheit, aber auch mit Kraft und in Ehren, wie es der deutsche Name gebietet. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem der Abg. **Lieber** im Namen der Zentrumspartei — unter Mißbilligung der Nichteinberufung des Reichstags bei Beginn des Chinafeldzugs — für die Regierungspolitik sich ausgesprochen hatte, erhält der Abg. Bebel das Wort.

Bebel, Abgeordneter: Meine Herren, wir haben aus den heutigen politischen Ausführungen, die der Herr Reichskanzler uns machte, nichts Neues zu hören bekommen. (Sehr richtig! links.)

Alles, was er uns hier sagte, war eine etwas breitere Umschreibung der Ausführungen der Thronrede, der Denkschrift, die dem dritten Nachtragsetat vorausgeschickt ist, seiner Zirkularnote vom 11. Juli dieses Jahres und endlich verschiedener anderer offizieller und offiziöser Mittheilungen, die uns in den letzten Wochen zugegangen sind, insbesondere auch bezüglich jener Entscheidung der Gesandten in Peking, in der sogenannten décision irrévocable, worin er höchstens nur einige kleine Nebensächlichkeiten als Neuigkeiten uns mitgetheilt hat.

Es wird nun meine Aufgabe sein, zu untersuchen, inwieweit die Behauptungen des Herrn Reichskanzlers, daß Angriffe gegen die deutsche Politik in der Chinafrage, wie er hier betonte, nur im Auslande erhoben worden seien, auf Wahrheit und Richtigkeit beruhen.

Zunächst aber möchte ich mich mit ein paar Worten der formalen Seite der Sache zuwenden. Der Herr Reichskanzler hat mit großer Genugthuung der rechten Seite und der Mitte dieses Hauses erklärt, daß er nichts dagegen haben würde, wenn das Haus nach einer Kommissionsberathung des Nachtragsetats beschließen sollte, daß ausdrücklich die Forderung der Indemnität in den § 3 des Etatsentwurfs aufgenommen werde. Es ist ja sehr freundlich und liebenswürdig von dem Herrn Reichskanzler — und er ist immer freundlich und liebenswürdig — (Heiterkeit), daß er Ihnen, meine Herren — einen solchen Herzenswunsch befriedigt. Das liegt ja mit in seinem eigenen Interesse; denn er wird sich mittlerweile überzeugt haben, daß, ohne daß eine förmliche Indemnitätsnachsuchung gestellt und seitens des Reichstags in dem Etatsentwurf ausgesprochen wird, ein Theil der linken Seite des Hauses, mit Ausnahme meiner Freunde, die überhaupt nichts bewilligen (Heiterkeit), für die jetzige Vorlage nicht zu haben wäre, daß sie unter allen Umständen auf die Forderung einer Indemnität besteht. Aber verwunderlich ist die Bescheidenheit des Hauses, daß man mit einer solchen nachträglichen Konzession sich zufrieden erklärt, (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wie wir es bereits im Uebermaß aus den Worten des Herrn Vorredners gehört haben. Der Herr Vorredner war offenbar selbst etwas konsternirt, als ihm von Seiten meiner Freunde ein lebhaftes „sehr richtig" entgegen tönte, als er ausführte, man werde draußen im Lande sagen: da hält man ein paar Tage donnernde Reden über die Formlosigkeit des Verhaltens der Reichsregierung, und schließlich bewilligt man doch! Und so ist es in Wahrheit, meine Herren. Sie werden hier noch ein paar donnernde Philippiken halten, Sie werden in der Budgetkommission das Gleiche thun, und schließlich sind Sie Alle ein Herz und eine Seele: Sie bewilligen, was gefordert wird, ohne zu empfinden, welch eine Schmach dem Deutschen Reichstag mit der Vorlage geboten wird. (Große Unruhe und lebhafte Zurufe.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bebel, Sie dürfen nicht sagen, daß seitens der verbündeten Regierungen dem Deutschen Reichstage eine Schmach angethan wird. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Bravo!)

Bebel, Abgeordneter: Es handelt sich um das rücksichtslose Verhalten der verbündeten Regierungen, das auf nichts weniger als auf einen klipp und klaren **Verfassungsbruch**, nicht blos auf eine Verfassungsverletzung hinausläuft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, in jedem anderen Parlament der Welt würde man auf Grund dieses Vorgehens denjenigen oder

Digitized by Google

diejenigen Beamten, die sich eines solchen Verfassungsbruchs schuldig gemacht haben, zur Verantwortung ziehen. Wir haben ja auch eine sogenannte Verantwortung des Reichskanzlers im Artikel 17 der Reichsverfassung, aber es ist nur eine papierne Verantwortung; sie besagt nichts weiter, als daß der Reichskanzler verantwortlich sei: wie er verantwortlich ist, wie ihn vor allen Dingen der Reichstag verantwortlich machen will, wenn er einmal unverantwortlich gehandelt hat, davon steht nichts in der Verfassung, darüber haben wir keine Gesetze. Es hängt also nur davon ab, ob wir einen Mann an der Spitze des Reichs haben, der mit der nöthigen Rücksichtslosigkeit ausgestattet ist, um auch in späteren Fällen wieder so zu verfahren, wie diesmal verfahren worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Täuschen Sie sich doch nicht, meine Herren! Es ist in dieser Beziehung mit vollem Recht ausgeführt worden, daß gar kein Zweifel bestehen konnte, daß der Reichstag einberufen werden müsse, einerlei, ob der Zeitpunkt, wo er zusammenzutreten hatte, aus irgend welchen Gründen den verbündeten Regierungen genehm oder nicht genehm war. Der Reichstag mußte befragt werden über die Mittel, insbesondere auch in Bezug auf die Neuformationen, die geschaffen sind. Meine Herren, Sie wissen auch, daß etwas, was geschaffen ist, sich viel schwerer beseitigen läßt, als etwas verhüten, was erst geschaffen werden soll. Diese Neuformationen sind geschaffen, sie bilden sicher die erste Grundlage für eine Kolonialarmee, und ich bin sehr neugierig, wenn wir den nächsten Reichsetat für das Jahr 1901 bekommen, ob nicht da bereits in sehr markanter Weise Forderungen aufgestellt werden, die darauf abzielen, die gegenwärtig in China operirende Armee als Grundlage für eine sogenannte Kolonialarmee zu benutzen. Ich bin weiter neugierig, was alsdann die Herren vom Zentrum machen werden, die in den Sitzungen der Budgetkommission des letzten Winters, als es sich um die neue Flottenvorlage handelte, mit aller Energie dem Kriegsminister erklärten, daß, wenn er etwa in Bälde kommen und sich einfallen lassen sollte, die noch rückständigen siebentausend Mann aus der letzten Heeresverstärkung zu fordern, das Zentrum nicht zu haben sei. Hier werden Sie vor ein „hic Rhodus, hic salta“ gestellt, wo Sie noch etwas höher springen müssen als bei den 7000 Mann. (Heiterkeit links.)

Aber, meine Herren, es war auch nothwendig, daß der Reichstag die Gelegenheit hatte, bei einer solchen außerordentlich wichtigen Frage einmal selbst seine Meinung kund zu thun, wie er zu dieser Frage stehe, was er von dieser Politik halte, ob er die Politik des Reichskanzlers theile oder nicht. Da genügt es nicht, daß die Herren sagen, sie glaubten im Sinne des Reichstags zu handeln, sie seien überzeugt, daß der Reichstag in seiner Mehrheit zustimmen werde. Und noch ein Anderes mußte klargestellt werden: wir mußten doch endlich einmal klipp und klar hören, was denn das eigentlich für ein Zustand ist, in dem wir uns gegenwärtig mit China befinden. Da wird von den Wirren in China gesprochen, von der Revolution, von der Revolte; aber daß wir uns mit ihm in einem wirklichen Kriege befinden, das wird nicht gesagt. Unzweifelhaft sind auch nach dieser Richtung hin die Bestimmungen der Verfassung verletzt, wenn feststeht, daß ein derartiger Schritt nur geschehen konnte unter Zustimmung des Bundesraths, und das scheint mir ebenfalls zweifellos zu sein. Wenn die Herren vom Bundesrath sich in die Ecke drücken lassen, dann ist es ihre Sache; aber der Reichstag hat jedenfalls auch für die Herren im Bundesrath einzutreten und dafür zu sorgen, daß die Verfassungsbestimmungen dem Bundesrath gegenüber gehandhabt werden. Also auch hier hätte der Reichstag mit der größten Entschiedenheit seinen Standpunkt zu vertreten.

Freilich, meine Herren, wenn Sie das hätten thun wollen, dann mußte das bereits beim Ausbruch dieser aktuellen Streitigkeiten geschehen. Der Herr Vorredner hat auf die Presse der verschiedenen Parteien hingewiesen. Ich habe diese Presse auch verfolgt, und ich muß sagen, zu meiner Beschämung habe ich gefunden, daß ein großer, ja der weitaus größte Theil der deutschen Presse sich in der Frage, ob der Reichstag einberufen werden müsse oder nicht, nahezu gleichgiltig und apathisch verhalten hat. (Sehr richtig! links. Zuruf.) Wenn die Presse der verschiedenen Parteien — und dahin zu wirken, Herr Kollege Bachem, ist in erster Linie Sache der Führer der verschiedenen Parteien dieses Hauses (sehr richtig! links) — mit aller Energie und allem Nachdruck die Einberufung des Reichstags verlangt hätte, ich bin überzeugt, die Herren dort am Regierungstisch würden sich zehnmal besonnen haben, ehe sie thaten, was sie nunmehr

Digitized by Google

gethan haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird nur wieder einmal der Beweis geliefert, daß im Gegensatz zu der Haltung früherer Jahrzehnte mehr und mehr die bürgerlichen Parteien, insbesondere auch der Reichstag in seinen Mehrheitsparteien in Bezug auf die Wahrung seiner eigenen Rechte schlapp wird, daß er die Dinge mehr und mehr laufen läßt, wie sie wollen, daß er nicht mehr diejenige Energie besitzt, die er von Rechts wegen besitzen müßte, um den Regierungen zu zeigen, was es bedeutet, Deutscher Reichstag zu sein. (Sehr richtig! links.)

Das ist der große Fehler, in den wir allmälig in Deutschland gekommen sind. Es hat erst des Hinweises auf die Vorgänge der Jahre 1873 und 1883 in der Presse bedurft, die sich mit den jetzigen Vorgängen in gar keinen Vergleich stellen lassen, damit man von Seiten der Mehrheit der Reichstagsparteien wagte, die Forderung zu erheben, daß Indemnität gefordert werden müsse. Ohne jene Vorgänge der Jahre 1873 und 1883 — ich bin davon überzeugt — würde eine Mehrheit im Reichstage sich nicht finden, die auch im vorliegenden Falle darauf besteht, daß unter allen Umständen Indemnität zu fordern sei. Meine Herren, wir, die Sozialdemokratie, stehen nach unserer Stellung dieser Frage im Großen und Ganzen kühl gegenüber. Ob die Indemnität gefordert wird,, ob sie nicht gefordert wird, wir werden die Forderungen unter allen Umständen verweigern, und zwar werden wir sie verweigern aus den allgemeinen Ursachen, die für uns maßgebend sind, um diejenige Politik auf das Schärfste zu bekämpfen, die zu den Chinawirren und zu dem, was weiter darauf gefolgt ist, geführt hat.

Der Herr Reichskanzler hat in seinem Exposee, welches er uns heute gab, die Dinge so dargestellt, als seien die revolutionären Ausbrüche in China sozusagen über Nacht eingetreten, als ob nicht seit vielen Jahren Vieles vorausgegangen sei, was schließlich diese Ausbrüche hervorgerufen hat; als seien insbesondere weder von Seiten Deutschlands noch von Seiten der übrigen europäischen Weltmächte China gegenüber Handlungen begangen worden aktueller oder passiver Art, die bei einem großen Theile der Bevölkerung Chinas, dieses Riesenreiches, jene Stimmung erzeugten, die schließlich die revolutionären Zuckungen, wie wir sie insbesondere seit Mitte Juni dieses Jahres gesehen haben, hervorriefen.

Meine Herren, diese Auffassung des Herrn Reichskanzlers ist eine falsche. Solange wir nicht dazu übergehen, einmal an der Hand der geschichtlichen Thatsachen zu prüfen, was diesen Ereignissen in einem gewissen Zeitraum von Jahren vorausgegangen ist, sind wir gänzlich außer Stande, ein wirklich klares und gewissenhaftes Urteil über jene Vorgänge zu erhalten.

Die Thronrede stellt die Sache so hin, daß sie sagt:

> Fanatischer Haß und finsterer Aberglaube, angestachelt von gewissenlosen Rathgebern des Pekinger Hofes, hatten mißleitete Massen des chinesischen Volkes zu Greuelthaten getrieben gegen die friedlich unter ihnen weilenden Vorposten abendländischer Zivilisation und christlicher Kultur.

Und in der Begründung zum Etat heißt es, das revolutionäre Element, die Boxer, habe

> zweifellos von Seiten des chinesischen Hofes Begünstigung erfahren, wenn es auch noch der näheren Aufklärung bedarf, inwieweit bestimmten Persönlichkeiten eine spontane Betheiligung beizumessen, oder die zweideutige Haltung der Einen, das thätig fördernde Eingreifen Anderer einer Zwangslage zuzuschreiben ist, in der sie sich befinden mochten.

Meine Herren, wenn Sie die beiden eben vorgetragenen Sätze miteinander vergleichen, werden Sie einen gewissen Widerspruch in ihnen finden. In der Denkschrift wird mit großer Vorsicht zu Werke gegangen; man wagt nicht auszusprechen, daß dem chinesischen Hofe nahestehenden Personen sich aktuell an der Revolte betheiligt hätten; man giebt sogar die Möglichkeit zu, daß diese Personen, soweit sie unter dem Verdacht stehen, die revolutionäre Bewegung begünstigt zu haben, unter einem Einflusse gestanden haben, dessen sie sich nicht erwehren konnten. Ganz anders die Thronrede; da heißt es mit dem bekannten Temperament, es ist „fanatischer Haß und finsterer Aberglaube, angestachelt von gewissenlosen Rathgebern des Pekinger Hofes", was die Bewegung verursachte. Gegenüber den zurückhaltenden Worten der Begründung bin ich etwas verwundert gewesen, heute im Gegensatz dazu aus den Ausführungen des Herrn Reichskanzlers zu vernehmen, daß wenigstens die Person des Prinzen Tuan in erster Linie als diejenige bezeichnet wird, welcher der unheilvolle Einfluß zuzuschreiben sei, und

Digitized by Google

dessen Kopf deshalb von den verbündeten Mächten gefordert wird. Es geht natürlich hier ebenso wie in anderen Fällen: die Nürnberger hängen Keinen, sie hätten ihn denn. (Heiterkeit.)

Ob die chinesische Regierung in der Lage sein wird, eine solche Forderung zu erfüllen, neben den anderen Bedingungen, die von den verbündeten Mächten gefordert werden, ist sehr fraglich; darauf werde ich noch im Laufe meiner Ausführungen zu sprechen kommen. Aber, meine Herren, es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß nicht erst seit heute und gestern, und, wie ich anerkenne, nicht erst seit der Besetzung von Kiautschou durch Deutschland, sondern schon durch eine geraume Reihe von Jahren, die man unter Umständen auf sechs Jahrzehnte zurückdatiren kann, unausgesetzt von Seiten der europäischen Regierungen — ich klage keine besonders an, ich mache hier alle gleich verantwortlich, nur Deutschland kam früher als 1897 noch nicht in Frage — gegenüber China ein Verfahren eingeschlagen worden ist, das allmälig insbesondere bei den herrschenden Klassen Chinas und auch in anderen Schichten der chinesischen Bevölkerung die feste Ueberzeugung erwecken mußte, daß Alle darauf hinarbeiteten, das große chinesische Reich in die vollständigste Abhängigkeit von den auswärtigen Mächten zu bringen. Man ging in seinem Verhalten so weit, daß man eben feierlich abgeschlossene Verträge nach kurzer Zeit brach und immer neue Forderungen stellte. Kurz, man schlug China gegenüber so außerhalb alles völkerrechtlichen Verfahrens liegende Wege ein, daß Kenner von Land und Leute wiederholt und nachdrücklich erklärt haben, daß dies einmal ein böses Ende nehmen müsse; wenn die Bevölkerung immer mehr gereizt würde und schließlich zum Bewußtsein ihrer Kraft komme, werde eine Bewegung eintreten, die sich dann nicht mehr eindämmen lasse. Ich verweise hierfür auf ein gutes Buch, das bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von einem Engländer Gilles erschien, der lange in China thätig war, und worin er auf die fortgesetzten Mißhandlungen Chinas seitens der Weltmächte und die nothwendig eintretenden Folgen aufmerksam macht. Ich weise ferner auf ein Buch hin, das im Jahre 1891 von dem bekannten Missionar Faber verfaßt worden ist, in welchem er ausführt, daß die im Jahre 1891 bereits ausgebrochene Bewegung nicht die letzte und stärkste Bewegung sein werde, es würden noch stärkere ihr folgen mit der Nothwendigkeit der Aeußerungen einer starken Naturkraft. Ich erinnere ferner an die Aeußerungen, die der bekannte Baron v. Korff bereits im Jahre 1893 in einem Buche über seine Weltreise machte, bei der er auch eine Reihe chinesischer Häfen besuchte. Darin erzählt er, wie er mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört, wie in den chinesischen Häfen Europäer und Amerikaner unausgesetzt die chinesische Bevölkerung mißhandeln, wie es als eine selbstverständliche Sache angesehen werde, daß ein Chinese, der auch nur irgendwie in die Nähe eines Fremden, eines Europäers oder Amerikaners, komme, gepeitscht oder mit Stöcken geschlagen werde, wie man den Leuten ihre aus Bambus gefertigten Karren und Wagen bei Seite schleudere und mit den Füßen zertrete, wie man auf den Schiffen die Leute mißhandle, sodaß dadurch nothwendig eine hochgradige Erbitterung, Haß und Rachelust angesammelt werden müsse und sich eines Tages schwer an den Europäern und Fremden rächen werde. Das Vorausgesagte ist jetzt eingetroffen. Ich klage hiermit Europa und die Vereinigten Staaten an, daß sie die wirklichen Urheber der Wirren sind, die wir in China haben. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unbestreitbare Thatsache, daß der Fremde sich die größten Gewaltthätigkeiten, das größte Unrecht gegen die Chinesen zu Schulden kommen lassen darf, ohne daß der mißhandelte Chinese einem Europäer gegenüber Recht bekommt. Noch mehr, sobald der Europäer von einem Chinesen belangt werden soll, und der Europäer hat Unrecht, dann versteht es der Europäer kraft seiner Stellung und Geldmittel, die elende chinesische Gerichtsbarkeit zu bestechen und auch auf diese Weise es dahin zu bringen, daß der Kuli unter keinen Umständen sein Recht behält. So ist nach allen Richtungen hin an diesem Volke seit Jahrzehnten gesündigt worden. Bei jedem anderen Volke der Welt, außer bei diesem außerordentlich geduldigen, füg- und schweigsamen chinesischen Volk würden solche Mißhandlungen schon längst den Ausbruch des Zorns und der Rache hervorgerufen haben, deren Zeugen wir in den letzten Monaten gewesen sind. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann wird — und daß muß ich im Gegensatz zu dem Herrn Reichskanzler erklären: nicht blos von Ausländern, also nicht blos von Nichtdeutschen,

Digitized by Google

nein, auch von einer großen Zahl Männer, welche als Deutsche im Auslande gelebt haben und zum Theil in hohen Stellungen waren — gesagt, daß auch die Missionen einen großen Theil der Schuld trügen. Nach den Erklärungen, die heute der Herr Reichskanzler hier abgab, und nach den Erklärungen in der Denkschrift, wo es heißt:

> Das deutsche Missionswesen in China hat im Wettbewerbe mit den älteren, französischen, englischen und amerikanischen Anstalten, besonders in Schantung und im Hinterlande von Kanton und Swatau Fuß gefaßt und erfreuliche Fortschritte gemacht, sodaß der Hoffnung Raum gegeben wurde, es werde sich mit der Zeit das Mißtrauen zerstreuen lassen, wodurch die Thätigkeit der deutschen wie der Missionare aus anderen Nationen weit weniger aus Gründen religiöser Natur gehemmt wird, als wegen des Argwohns, die christliche Propaganda diene zum Deckmantel politischer Bestrebungen —

soll dem nicht so sein. Und doch hatten die Ereignisse der letzten Jahre für die entgegengesetzte Ansicht reichlich Beweise erbracht. Ich bin erstaunt, daß gegenüber den vorliegenden Thatsachen der Herr Reichskanzler dies heute hier in Abrede zu stellen sucht und so thut, als wenn gegen die Missionen nicht der geringste Vorwurf erhoben werden könne. Ich stehe den Missionen sehr indifferent gegenüber; mir ist die katholische wie die protestantische Mission gleich lieb und gleich unlieb. Wenn die Anhänger dieser Religionen das Bedürfniß empfinden, in einem fremden Lande Propaganda für ihre religiöse Ueberzeugung zu machen, so ist das ihre Privatsache. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sollte der Staat, oder das Reich, welchem sie als Unterthanen angehören, sie nicht in Schutz nehmen; sie selbst sollten für das, was sie als Missionare thun oder lassen die Verantwortung zu tragen haben. Wenn sie dabei Schritte thun, welche zu internationalen Verwickelungen führen, so sollte der Staat, dem sie angehören, erklären: um das, was die Missionen thun, oder nicht gethan haben, kümmere ich mich nicht, behandle du sie so, wie du glaubst nach deinen Sitten, Gebräuchen und Gesetzen sie behandeln zu müssen. Dieser Standpunkt wird auch von einer Anzahl namentlich protestantischer Geistlicher getheilt, welche in den letzten Monaten sich verschiedentlich in diesem Sinne erklärten. Aber es ist so nicht in China verfahren worden. Im Gegentheil, von einem großen Theil der Missionare — und da muß ich sagen, nach meinem genauen Studium dieser Sachen im Sommer dieses Jahres, daß es vorzugsweise die katholischen Missionen sind — sind Handlungen begangen worden, die in hohem Grade dazu beitragen mußten, den Mißmuth, den Zorn und in gewissem Maße geradezu den Haß der Chinesen gegen die Vertreter der christlichen Religion und Lehre hervorzurufen. Unter anderem wird ein großer Theil der Missionare beschuldigt, daß, obgleich Diejenigen, welche sich ihnen als Gläubige anschließen, die chinesischen Konvertiten, Leute seien, die den schlechtesten Elementen der chinesischen Gesellschaft angehören, Leute, die zum Christenthum übertreten, nur um den Schutz zu erhalten, den die Missionare ihnen zu gewähren im Stande seien, von diesen auch nach jeder Richtung ge- und beschützt würden. Ich hebe insbesondere hervor, daß es den katholischen Missionaren mit Hilfe der französischen Regierung, die bis 1890 ihren Schutz in China ausschließlich übernommen hatte, gelang, das Recht zu erhalten, die Uniform chinesischer Beamten tragen zu dürfen. Diese Vertreter des Christenthums fanden also nichts darin, das Amtskleid eines in ihren Augen heidnischen Volkes zu tragen. Aber hierdurch erhielten die Missionare eine bedeutende Machtstellung, die vielfach mißbraucht wurde, indem sie die Gerichte bei Rechtssprechungsfällen einschüchterten, und so ein großer Theil der schlechten Elemente, wenn er vor Gericht zitirt wurde, durch den Einfluß der Missionare freigesprochen würde. Dieser Einfluß auf die Beamten wie auf das Gerichtswesen soll vielfach so mißbraucht worden sein, daß dadurch in hohem Grade der Haß der Bevölkerung gegen die Missionare hervorgerufen wurde.

Auf der anderen Seite ist von Seiten einzelner Missionare geradezu in provokatorischer Weise vorgegangen worden, so provokatorisch, daß, wenn etwa umgekehrt chinesische Missionare nach Deutschland kommen sollten und hier ihre religiöse Propaganda vorführten und ein ähnliches Verhalten einzuschlagen sich erlaubten, wie ein Theil der katholischen Missionare in China es gethan hat, dann auch ähnliche Szenen seitens der deutschen Bevölkerung eintreten würden, wie wir sie in China erlebt haben. (Sehr richtig! links.)

Digitized by Google

Ich muß hier insbesondere auf einen Vorgang hinweisen, der sich mit dem bekannten Missionar, dem Bischof Anzer, zugetragen hat. Der Bischof Anzer spielt in der Affäre der letzten Jahre speziell Deutschland gegenüber eine große Rolle, und zwar, wie ich sofort hinzusetzen will, eine verhängnißvolle Rolle. Dem Bischof Anzer ist — und ich stütze mich hierbei nicht auf fremde Berichte, nicht auf Hörensagen, sondern auf die Berichte des Bischofs Anzer selbst, die er veröffentlichte — dem Bischof Anzer ist, wie Sie Alle wissen, die katholische Mission im Süden der Provinz Schantung unterstellt. Der Süden der Provinz Schantung enthält die heiligen Orte der Chinesen, die Stadt Kiufu, in der Konfutse geboren wurde, und die Stadt Yentschufu, in der er lebte und lehrte, zwei Orte, die den Chinesen als heilig gelten, und von denen sie naturgemäß wünschen, daß ihnen jeder fremde religiöse Einfluß fern bleibt. Umgekehrt war es aber gerade der christliche Ehrgeiz des Bischofs Anzer, daß er in Yentschufu, der Stadt des Konfucius, auch seinen Sitz aufschlagen könne, was unzweifelhaft eine Provokation gegen das ultrachinesische Religionswesen bilden mußte. Bischof Anzer erzählt, daß er bereits zu der Zeit, als Herr von Brandt noch deutscher Gesandter in Peking war, der ihm sehr wohl wollte, Alles aufgeboten habe, um von der chinesischen Regierung die Erlaubniß zu bekommen, sich in Yentschufu niederlassen zu können. Herr von Brandt hat ihn gewarnt, er solle das unterlassen, das könne bedenkliche Konsequenzen haben. Der Bischof that es nicht, er hat fortgesetzt gedrängt und es endlich fertig gebracht, daß der Kaiser Kwangsü die Erlaubniß gab, daß er in Yentschufu sich etabliren durfte, und daß die Beamten der Stadt angewiesen wurden, ihm die seinem Range als Mandarin gebührenden Ehren zu Theil werden zu lassen. Bischof Anzer geht also nach Yentschufu. Er erzählt, wie ruhig die Stadt war, wie er ungenirt über die Straßen wandeln konnte; da begeht er aber die unerhörte Provokation, daß er sich in den Tempel des Konfucius begab. (Hört! hört! links.) Derselbe war voller Menschen.

Kaum waren wir
— er und seine Begleiter —
eingetreten, da wurden wir mit einem ohrenzerreißenden Geschrei des angesammelten Pöbels empfangen, der „Tod den Teufeln!" rief.

Anzer wollte aber nicht weichen, und so wurde der Unmuth und das Geschrei der Massen immer größer, bis er schließlich gezwungen war, zu flüchten, und zu seinem Wagen eilte, wobei er, um dort sicher zu sein, einen Mandarinen beim Arm packte und ihn zwang, sich zum Kutscher auf den Bock zu setzen, und so sich durch dessen Gegenwart vor dem Pöbel, wie er sagt — zu sichern.

Meine Herren, wenn ein chinesischer Missionar nach dem Wohnort oder Geburtsort des Bischofs Anzer nach Altbayern käme und dort in der gleichen Weise in einen katholischen Tempel eindränge, wie Anzer es in China machte — bei der Berserkerwuth, die den Altbayern in einem solchen Falle erfassen würde — ich habe sie kennen gelernt — (Heiterkeit), würde es dem chinesischen Missionar sehr schlecht ergehen und er würde froh sein, wenn er noch mit dem Leben davon käme. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das hätte sich der Bischof Anzer auch sagen sollen! Es war eine Provokation der allerstärksten Art und nicht die Art, wie ein Missionar aufzutreten hat. Wenn aber ein Mann in einer solchen hervorragenden Stellung eine solche provokatorische Rolle in einem fremden Lande spielt, dann werden Sie es auch vielleicht begreifen, wie es zuging, daß vor drei Jahren in der Provinz, in der Bischof Anzer thätig ist, die bekannten zwei Missionare ermordet wurden, was alsdann den längst erwarteten Vorwand lieferte, damit Deutschland seine Expedition nach Kiautschou in Szene setzen und jene Provinz an sich reißen konnte.

Und hier komme ich zu der zweiten Seite der Frage. Die Missionare spielen auch eine bedeutende politische Rolle im Lande; viele unter ihnen sind sogar Redakteure chinesischer Zeitungen und greifen als solche Beamte und Regierung an, erregen also auch damit das stärkste Mißvergnügen. Wie man von Seiten der Missionare selbst über ihre Stellung im Lande denkt, dazu will ich Ihnen eine Mittheilung vorführen, welche ich dem Buche des Dr. Paul Goldmann: „Ein Sommer in China" entnommen habe, über eine Reise, die er im Sommer 1898 durch China machte. Goldmann kommt auf seiner Reise eines Tages in das Jesuitenkloster Si-ka-wai, spricht mit einem der dortigen Priester, und im Laufe des Gespräches hört er, daß einer der Konfratres tief im Innern des Landes seine Missionsthätigkeit ausübe. Als nun Goldmann äußerte, das

Digitized by Google

sei eine sehr gefährliche Sache, der Mann sei ja keinen Tag seines Lebens sicher, da antwortet der Jesuitenpater: das ist wohl richtig, aber wenn er eines Tages massakrirt wird, dann bekommt man eine schöne Eisenbahn dafür. (Hört! hört! links.)

Wenn also ein Missionar ermordet wird, dann kommt sofort der Staatsmann, der Diplomat aus dem Auswärtigen Amt irgend eines Landes, dem der Missionar zufällig angehört, und sagt: dafür brauche ich eine Entschädigung! Gebt eine Eisenbahnkonzession oder dergleichen! In Deutschland hat man sich bekanntlich auch nicht damit begnügt, daß die chinesische Regierung 500 000 Taels hergab, damit in der Gegend, in der die beiden Missionare ermordet wurden, eine Reihe von Kirchen errichtet werden konnten, — nein, die Eroberung, die Wegnahme von Kiautschou war die zweite und die Hauptentschädigung, die man sich genommen hat.

Nun ist von Seiten des Herrn Reichskanzlers in seinen Ausführungen gesagt worden, es sei ein Unrecht, wenn man im Ausland behaupte, daß die Wegnahme oder die Pachtung, wie man die Sache nennen will, von Kiautschou seitens Deutschlands eine der wesentlichsten Ursachen für die gegenwärtigen Zustände in China sei. Auch hierin muß ich dem Herrn Reichskanzler in der entschiedensten Weise widersprechen, und zwar bin ich nicht allein in der Lage, mich hier auf das Zeugniß von Ausländern zu berufen, sondern auch von Inländern, und vor allen Dingen, Herr Reichskanzler, auf das Zeugniß desjenigen Mannes, der der eigentliche Urheber gewesen ist, daß Sie Kiautschou genommen haben, des bereits mehrfach genannten Bischofs Anzer. Der Bischof Anzer erklärt — und ich habe hier ebenfalls den offiziellen Bericht vor mir —, daß er es gewesen sei, der im Gegensatz zu den Anschauungen des damaligen deutschen Gesandten v. Heyking und auch des damaligen Konsuls in Shanghai oder Hongkong, Dr. Stübel, desselben, der gegenwärtig Kolonialdirektor im Kolonialamt ist, welche Herren bei der Sondirung seitens des Auswärtigen Amts, ob und an welcher Stelle Deutschland in die erwünschte Position in China kommen könne, um einen chinesischen Hafen zu bekommen, sich für einen kleinen Hafen in der Nähe von Amoy, im Südosten von China, ausgesprochen hätten — Kiautschou in Vorschlag brachte. Der Bischof kam damals, zufällig oder auch nicht zufällig — der Herr reist ja beständig —, nach Berlin, er wurde vom Kaiser empfangen und hatte eine lange Unterredung mit diesem. Bei dieser Gelegenheit hat er, wie er selber des Ausführlichen erzählt, dem Deutschen Kaiser den Vorschlag gemacht, nicht den Hafen in der Nähe von Amoy zu nehmen, der nach keiner Richtung entsprechend sei, sondern in der Provinz Schantung Kiautschou zu nehmen, das sich viel besser eigne, nach jeder Richtung ein viel würdigeres und besseres Objekt für die Machtstellung Deutschlands bilde. Darauf ist dann im Gegensatz zu dem Vorschlag des deutschen Gesandten und des Herrn Dr. Stübel von Seiten des Auswärtigen Amts beschlossen worden, daß man Kiautschou in der Provinz Schantung nehmen wolle. So ist also in erster Linie auf den Rath des Bischofs Anzer Deutschland in den Besitz von Schantung gelangt. Derselbe Mann nun, der diesen maßgebenden Rath der Reichsregierung gegeben, derselbe Mann hat nun, sobald die Wirren in China ausbrachen, wiederum — und diese Offenheit ist geradezu zu bewundern — erklärt: was jetzt passirt sei, habe er vorausgesehen.

Der erste und bedeutendste Grund

— so heißt es in dem letzten Neujahrsgruß von 1900 des Bischofs Anzer —

der Verfolgung war die Besetzung von Kiautschou. Die Einnahme von Kiautschou war für den chinesischen Nationalstolz eine tief schmerzliche Wunde. (Hört! hört! links.)

Er führt dann weiter aus:

Da seien die bekannten Reisenden nach Schantung gekommen und erhielten vielfach falsche Eindrücke über die Zustände in China. Daß darauf eine Reaktion eintreten mußte, war vorauszusehen; denn die Wunde, welche durch Kiautschou geschlagen war, war noch lange nicht ausgeblutet: Port Arthur, Wai-hei-wei, die Zeitungsnachrichten über die bevorstehende Theilung von China, all das datirt von Kiautschou.

(Hört! hört! links.)

Das sagt, Herr Reichskanzler, Bischof Anzer, derselbe Mann, der uns nach Kiautschou geführt hat, der den Vorschlag gemacht hat, Kiautschou zu nehmen! Und nun hören Sie noch eine zweite, allerdings ausländische Stimme aus „la

Digitized by Google

Voce della Verità", dem offiziösen Organ des Papstes, vom 7. Juni dieses Jahres, das ebenfalls über diese Wirren sich ausspricht und erklärt:

Man muß bekennen, daß der Haß der Chinesen gegen die Europäer und die Christen im Allgemeinen seit dem Zeitpunkte, wo man in das althergebrachte System des Schutzes der Missionen Aenderungen einführen wollte, bis heute zu wilder Raserei sich gesteigert hat.

Der Satz spielt auf das Jahr 1890 an, jenes Jahr, in welchem das Protektorat der französischen Gesandtschaft über die deutschen katholischen Missionen aufhörte, und diese deutschen Missionen unter den Schutz des Reichs gestellt wurden. Weiter heißt es:

Bischof Anzer

— er ist also auch für den Vatikan eine Autorität in dieser Sache —

habe schon geraume Zeit in Unterredungen mit kirchlichen und weltlichen Würdenträgern, beginnend mit Kaiser Wilhelm II., nicht verheimlicht, daß die deutsche Besetzung von Schantung bei der Regierung des himmlischen Reiches Mißstimmung und Gährung verursacht habe, daß sich für die nächste Zeit nichts Gutes ahnen ließe; und billig gedacht, haben die Chinesen hierin ganz unrecht?

(Hört! hört! links.)

Es frägt also das offiziöse Organ des Vatikans, ob sie die Chinesen etwa unrecht hätten, daß sie diese Mißstimmung hegten.

Deutschland sei allerdings eine große bedeutende Macht, aber es sei gefürchtet, und so müßte es ungefähr die gleichen Gefühle einflößen, wie ein gewaltiger, bis an die Zähne bewaffneter Mann, der mit Gewalt in das Haus eines Andern eindringt.

(Hört! hört! links.)

Das ist wieder die Aeußerung der „Voce della Verità".

Und nun kommt man in dem Artikel auf die politischen Beziehungen der Mission. Ist es denn vielleicht nothwendig, heißt es darin, daß jede Mißhandlung eines Missionars die Besitzergreifung einer Provinz nach sich zieht? — Gewiß nicht! Und dennoch schlug dies tiefe Wurzeln, nachdem Deutschland mit seinem Beispiel vorangegangen war.

Und, meine Herren, was war weiter die Folge von Kiautschou? Wir wollen uns doch nicht täuschen: kaum war Kiautschou weggenommen, da folgte Rußland und nahm Port Arthur und Talienwan, d. h. zwei Orte, womit es die Halbinsel Liaotung beherrschte und der faktische Besitzer jener Provinz wurde, die Japan im Jahre 1895 als Siegespreis verlangte, wobei ihm aber damals Deutschland, Rußland und Frankreich in den Weg traten und dies verhinderten. Wie Rußland dort vorging, so ging England mit Wei-hei-wei vor, Frankreich mit Kuangschauwan, Italien mit San Mun, Japan mit der Fukienküste und England nochmals, indem es das Hinterland von Hongkong kaufte. Kurzum: im Zeitraum von zwei Jahren hat man China einen Fetzen Land nach dem anderen vom Leibe gerissen, hat man die besten Häfen ihm weggenommen, hat man es ihm unmöglich gemacht, heute noch einen irgend nennenswerthen Hafen zu besitzen, um seinen Handel selbst betreiben zu können. Während alle Länder der Welt — ich erinnere nur an Rußland — mit den unendlichsten Opfern konsequent streben, an das Meer zu gelangen und eigene Häfen zu besitzen, weil das eine Lebensfrage für ein großes Reich ist, sehen wir hier, daß einem Lande, das viel Häfen und mächtige Küstenstrecken besitzt, systematisch kraft der Gewalt des Stärkeren von Fremden seine besten Landstriche, seine größten Städte, seine besten Häfen weggenommen werden, weil dieser Staat kraft seiner militärischen Ohnmacht nicht im Stande ist, irgend etwas dagegen zu thun! (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, seien Sie doch gerecht! — seien Sie gerecht, mehr verlange ich von Ihnen nicht! — Glauben Sie wirklich, daß irgend ein Volk in der Welt sich etwas Aehnliches hätte bieten lassen, wie die Chinesen viele Jahre lang es sich haben gefallen lassen? Was würde Deutschland thun, wenn ein auswärtiger Feind ihm auch nur einen Fuß breit Landes nähme? Die ganze Nation würde aufstehen wie ein Mann und das zurückweisen! Und was Sie nicht sich, nicht der eigenen Heimath zumuthen, dürfen Sie auch von Fremden nicht verlangen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der erste Grundsatz eines ehrlich und rechtlich Denkenden, der auch der Grundsatz jedes Staatsmannes

Digitized by Google

sein sollte, ist: thue du nicht einem Andern, was du nicht willst, daß man dir selber thue! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Was haben wir statt dessen aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers, als er noch Staatssekretär war, bezüglich dieser Angelegenheiten gehört? Da kam das schöne poetische Beispiel von dem „Platz an der Sonne", den Deutschland brauchte, und der „Platz an der Sonne" war natürlich nirgendwo anders als in Ostasien, in Kiautschou. (Große Heiterkeit.)

Da kam ferner das Gleichniß von dem „Kuchen, der zu vertheilen sei, und von dem Deutschland auch ein Stück haben wolle". Ja, aber der Kuchen, Herr Reichskanzler, war fremder Leute Besitz! Würden Sie geneigt sein, einen Kuchen, den Sie besitzen, mit mir in der Form zu theilen, daß ich Ihnen davon ein Stück wegnehme und genieße? (Große Heiterkeit.)

Ebensowenig konnte China Geschmack daran finden, daß man das Land als einen großen Kuchen betrachtete, bei dem die Welt, die europäischen Mächte, kraft der brutalen Gewalt, die sie besaßen, das Land unter sich theilten und sagten: so, das ist der Kuchen, der uns schmeckt, der uns behagt, die und die Stücke nehmen wir, und du hast einfach den Mund zu halten und zu schweigen, wenn wir so an dir handeln. (Sehr gut! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So ist die Situation, so ist die Wahrheit in Bezug auf diesen Punkt. Da braucht man sich doch wahrhaftig nicht zu wundern, wenn die Dinge so gegangen sind, wie sie gegangen sind. (Sehr richtig! links.) Und dann, meine Herren, noch eins! Alles das, was ich seither über die Stellung der Mächte zu China dargelegt habe, und noch vieles Andere, wem entspringt das? Ganz einfach dem brutalen Machtbewußtsein der Mächte und der souveränen Verachtung, die sie gegen China und die Chinesen haben! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist dieselbe souveräne Verachtung, die unsere Kolonisatoren gegen den Neger und die Eingeborenen der Kolonien haben (sehr wahr! links), dieselbe souveräne Verachtung, die sie nicht veranlaßt, trotz ihres Christenthums in dem Fremden auch den Menschen zu sehen. (Sehr wahr! links.) Ich verlange nicht, daß sie auch den Bruder in ihm sehen; das ist ein Verlangen, das nirgend erfüllt worden ist und niemals erfüllt werden wird, solange Klassen- und Nationalitätengegensätze bestehen. Aber sie sollen den Menschen in ihm suchen; aber nein, der Chinese erscheint ihnen als eine lächerliche Figur, als ein unscheinbares Wesen, das sich Alles gefallen lassen muß, was die Europäer ihnen thun. Und dabei hat man ganz und gar vergessen, daß wir in den Hauptstädten chinesische Gesandtschaften haben, zusammengesetzt aus einem Personal, das an Bildung und Wissen es mit jedem anderen Staatsmann, auch mit unserem Reichskanzler, aufnimmt. (Große Heiterkeit.) — Der Herr Reichskanzler nickt mir zu, er giebt mir also Recht. (Heiterkeit.)

Meine Herren, daß diese Leute viel aufmerksamer fremde Länder und Sitten studiren, wie unsere Gesandten in Peking chinesische Zustände studirt haben, ist sicher; denn hätten die Letzteren diese studirt, dann wäre nicht möglich gewesen, was sich in Peking abgespielt hat. Ich sage, sie studiren die Länder, in denen sie sind, sie verfolgen ihre Entwickelung und sie berichten demgemäß nach Peking. Auch giebt es chinesische Zeitungen und bekanntermaßen eine sehr zahlreiche Klasse Gelehrter und Literaten, die also auch schreiben und lesen können, und Millionen und Abermillionen von Chinesen, selbst Kulis niederen Ranges, können lesen. Und diesen wird berichtet die schöne Kuchenrede des Grafen von Bülow von dem Platz an der Sonne u. s. w. (sehr gut! bei den Sozialdemokraten); diesen Lesern werden alle die Pläne und Vorschläge offenbar, die in den europäischen Zeitungen und Revuen über eine bevorstehende Auftheilung Chinas enthalten sind. Da aber die chinesische Bevölkerung alle diese Dinge zu hören und zu lesen bekommt, müßte sie doch kein Herz und kein Blut im Leibe haben, wenn sie nicht darüber auf das Höchste empört würde. (Sehr wahr! links.)

Alle diese Dinge haben also dazu beigetragen, die Aufregung in die breiten Massen der Bevölkerung zu tragen. Dadurch sind bereits Anfangs Oktober 1898 in Peking Volksaufläufe entstanden und wurden bei dieser Gelegenheit Mitglieder verschiedener Diplomatenkorps molestirt. Die Folge war, daß auf jene Molestationen hin auf Betreiben der Gesandten, zunächst Frankreichs, Deutschlands, Englands und Rußlands, eine sogenannte Schutztruppe nach Peking geschickt wurde und zwar je 30 Mann, mit Ausnahme Rußlands, das 66 schickte. Meine Herren, wenn in ein Land, mit dem man durch Verträge in freundschaftlichem

Digitized by Google

Verkehr steht, in dem Gesandtschaften akkreditirt sind, plötzlich die fremden Mächte, weil sie glauben, daß ihre Gesandten nicht mehr die nöthige Sicherheit besäßen, derartige Schutztruppen schicken, so ist das abermals eine schwere Provokation (Heiterkeit rechts — sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und wenn die Sendung solcher Schutztruppen erfolgt, ohne daß man die Genehmigung der fremden Regierung eingeholt hat, dann ist das ein völkerrechtswidriges Verfahren, ein Bruch des Völkerrechts, und dieser wird als Kriegsfall betrachtet und behandelt. Dann handelt die Regierung des fremden Landes so, wie es ihre Ehre und ihre Interessen ihr gebieten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Genau so würde die Regierung bei uns auch handeln. Lag die Sache so, daß man die Ueberzeugung hatte, die Gesandten seien nicht mehr sicher, weil die Revolution bevorstand, daß die chinesische Regierung nicht die Macht oder den Willen besäße, sie zu dämpfen oder ihr entgegen zu treten, dann mußten die verbündeten Mächte schon damals in der kategorischsten Weise an die chinesische Regierung herangehen und erklären: wenn wir jetzt nicht die ausreichendste Sicherheit für unseren Gesandten bekommen, dann ziehen wir unsere Gesandtschaften zurück, und wir befinden uns auf dem Kriegsfuße mit dir. Das wäre die einzige völkerrechtlich zulässige Maßnahme gewesen, die damals hätte ergriffen werden können und hätte ergriffen werden müssen. (Zuruf rechts.) — Und dann? Dann hatten die Chinesen, was ihnen gehörte, und wir hätten nicht gethan, was uns nichts anging und nicht zukam. (Lachen rechts.) Das ist die einzig richtige Lösung. (Zurufe rechts.) — Sie scheinen zu glauben, Herr Graf Arnim, wir hätten ein Recht auf irgend welches Stück Land in China. Nicht wahr, das scheinen Sie zu glauben? (Zurufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte keine Privatgespräche zu halten, meine Herren!

Bebel, Abgeordneter: Ein solches Recht erkenne ich in gar keiner Weise an, darin unterscheiden wir uns eben.

Nun aber weiter! Die Erbitterung wuchs, endlich konnten sich auch die Gesandten über die Zustände nicht mehr täuschen. Wie es in der Note, die Graf Bülow im Juli d. J. veröffentlichte, heißt, hatten die Gesandten bereits am 27. Januar der chinesischen Regierung Vorstellungen gemacht und verlangt, daß die geheimen Gesellschaften als staats- und fremdenfeindlich erklärt würden, und ihre Mitglieder dem Gesetz verfallen sein. Die Frage war aber, ob die Regierung die Macht hatte, das zu thun. Wir haben in Deutschland ja auch Strafgesetze gegen geheime Verbindungen, alle Strafgesetze aber und alle Verfolgungen der Regierungsbeamten haben es nicht verhindern können, daß unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes Hunderte und aber Hunderte geheimer Verbindungen in Deutschland bestanden haben. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So wenig kann auch die chinesische Regierung derartige geheime Verbindungen unterdrücken; sie hat einfach nicht die Macht dazu, meine Herren, am Ende war das erwähnte ein ähnliches Verlangen wie jenes, das nach 1809 Napoleon hier in Berlin stellen ließ, als er verlangte, die preußische Regierung solle den „Tugendbund" unterdrücken, was man als eine Frechheit ansah. Der Tugendbund war auch eine geheime Verbindung, die auf Wiederherstellung Preußens und auf den Hinauswurf Napoleons hinarbeitete, genau wie die Boxer heute in China die Fremden aus dem Lande treiben wollen. Die chinesischen Boxer, meine Herren, sind von ihrem Standpunkt aus Patrioten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Lachen rechts.) — Die Herren rechts lachen. Ach, meine Herren, es ist furchtbar billig, zu lachen. (Sehr richtig! links.) Aber studiren muß man die Sachen, und da beziehe ich mich auch wieder nicht auf mein eigenes Wissen — das würde nicht reichen —, ich beziehe mich auf jenen Artikel, den Sir Robert Hart, der Verwalter der chinesischen Seezölle seit 39 Jahren, in der „Fortnightly Review" veröffentlicht hat, ein langer, der Stellung des Mannes angemessen höchst ruhig gehaltener Artikel. In diesem Artikel wird als Ursache des Aufstandes alles das bezeichnet, was ich hier bisher angeführt habe, und zugleich auch gesagt, daß es eine durchaus verkehrte Auffassung sei, wenn man die Boxer, wie es in Europa geschieht, einfach als Räuber, als Verbrecher, als Auswurf der Bevölkerung darstelle; das sei nicht der Fall, zu den Verbindungen, die die Boxer und andere ähnliche Sekten bilden, und jetzt die revolutionäre Bewegung in China repräsentirten, gehörte eine sehr große Zahl von Leuten, die aus chinesischem Patriotismus diesen Verbindungen beigetreten seien. Also ähnlich wie die geheimen Verbindungen seiner Zeit in

Digitized by Google

Deutschland zwischen 1807 und 1813 und in Italien bis 1866 der Zweck dieser geheimen Verbindungen ist, mit Hilfe ihrer Organisationen den fremden Eroberer aus dem Lande hinauszutreiben, also das zu thun, was Herr Graf Arnim und Herr Dr. Kropatscheck und wie alle die Herren sonst heißen — ich habe das Zutrauen zu ihrem deutschen Patriotismus — thun würden, wenn die Russen oder Franzosen Deutschland erobert hätten. (Sehr gut! links.) Dann würden auch Sie, meine Herren, so nehme ich an, geheime Verbindungen mit Gleichgesinnten bilden und Alles aufbieten, um den Feind aus dem Lande hinauszutreiben. (Zuruf rechts.) — Wenn Sie den Muth dazu, Herr Kropatscheck, nicht hätten, so bedaure ich Sie. (Lachen rechts. Heiterkeit links.) Dann kam die berühmte Kollektivnote vom 21. Mai, in der die Gesandten abermals der chinesischen Regierung ihre Forderungen stellten. Da wurde verlangt:

1. Verhaftung aller Mitglieder der Vereinigung der Boxer, welche auf den Straßen Unordnung veranlassen und Druckschriften und Aufrufe verbreiten, die Drohungen gegen die Ausländer enthalten;
2. Verhaftung solcher Personen, die ihre Räume den Aufrührern zu Versammlungen hergeben. Gleichstellung Aller mit Rebellen, welche den Aufstand schüren;
3. Strenge Bestrafung der Polizeibeamten, welche die Repressivmaßnahmen fahrlässig angewandt oder sich des Einverständnisses mit den Aufständischen schuldig gemacht haben;
4. Hinrichtung aller Personen, die sich eines Anschlags auf Leben und Eigenthum (Mord, Brandstiftung) schuldig machen;
5. Hinrichtung derjenigen Personen, welche die Handlungen der Boxer leiten und sie mit Geldmitteln unterstützen u. s. w.

Ganz schöne Forderungen, aber doch eigenthümlich, daß man solche Forderungen von Seiten fremder Gesellschaften einem Lande stellt, das kraft seiner eigenen Gesetze und staatlichen Machtmittel dafür zu sorgen hat, daß Derartiges geschieht, vorausgesetzt, daß die Staatsgewalt noch die Macht dazu hat. Wenn nicht, so hat das einzig Richtige zu geschehen, nämlich aus dem Lande wegzugehen, das diese Bedingung selbst nicht erfüllen kann oder nicht erfüllen will und damit außerhalb der Zivilisation sich stellt.

Was folgte nun weiter? Abermals eine Verstärkung der Schutztruppen. Am 3. Juni sind laut Denkschrift weitere 50 Mann Verstärkung der deutschen Schutztruppe in Peking eingetroffen. Die gleiche Zahl stellten die anderen Mächte. Mitte Juni waren 450 Mann fremder Schutztruppen vereinigt. Man hat die chinesische Regierung nicht gefragt, ob sie die Genehmigung zur Einführung dieser Schutztruppen gäbe, sondern so gethan, als existire die chinesische Regierung nicht mehr, als sei China landesherrenloses Gut. Das war abermals eine flagrante Verletzung der einfachsten völkerrechtlichen Bestimmungen und Pflichten seitens der fremden Mächte! Es sollten aber noch mehr Hilfstruppen hingeschickt werden. Die deutsche Regierung war bereit, weitere 350 Mann zu schicken. Darauf erklärte der Gesandte Herr v. Ketteler, er habe mehr nicht nöthig, was er jetzt besitze, genüge, um den nöthigen Schutz zu gewähren. Das war auch wieder eine der bekannten Täuschungen, in denen sich seit Jahren die Gesandten über die chinesischen und Pekinger Zustände befunden haben!

Am 12. Juli — das konnte wohl in der Zirkulardepesche vom 11. Juni nicht erwähnt werden — meldet der deutsche Gesandte, daß die Minister des Tsungli-Yamen verlangten, daß die Entsendung von 1000 Matrosen nach Peking aufgehalten werden sollte. Das war offenbar das Korps Seymour, das mit 2000 Mann nach Peking marschirte, aber bekanntlich nicht nach Peking kam. Nun ist es aber für die jetzt folgenden Ereignisse in Peking außerordentlich wichtig, uns einmal zu vergegenwärtigen, was die Schutztruppe, bevor es zur revolutionären Erhebung in Peking kam, gethan hat. Die Schutztruppe sollte, wie der Name sagt, die Gesandtschaft gegen revolutionäre Ueberfälle schützen. Statt dessen theilte u. A. Herr v. Brandt, der ehemalige deutsche Gesandte, in der „Nation" mit, daß schon vom 14. bis 17. Juni, noch ehe also irgend welche revolutionären Angriffe gegen die Angehörigen der Gesandtschaften oder Fremden in Peking vorgekommen waren, zahlreiche Chinesen, angeblich Boxer, von den Schutzwachen der Gesandtschaften und von Privatpersonen, die sich den Ersteren angeschlossen hatten, auf Straßen

Digitized by Google

und in Tempeln niedergemacht wurden (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), das heißt also, es wurden Morde begangen seitens unserer Schutztruppen noch vor dem 17. Juni, ehe irgend ein Angriff auf sie erfolgte. Das ist das schwerste Verbrechen, was die Angehörigen eines fremden Staates in einem fremden Lande gegen die Eingeborenen begehen konnten: gemordet wurde, man schoß die Eingeborenen nieder! (Hört! hört! links.)

Ich erinnere hier an die bekannte Geschichte von dem Bismarck, die fast durch die ganze Presse ging und auch vor dem 17. Juni sich zutrug. Er erzählte, wie er mit einem Anderen durch die Straßen Pekings in der Nähe der Gesandtschaft patrouillirte und einigen Boxern begegnete, die sofort ausreißen, als sie die beiden Deutschen sehen. Diese Letzteren freuten sich darüber, wie dabei die langen Zöpfe der Chinesen fliegen; dann aber legt Bismarck an und knallt einen der Boxer nieder, daß er sich nicht mehr rühren kann, das heißt er erschießt ihn. Meine Herren, das war ein Mord, begangen von einem Deutschen — ich weiß nicht, ob es ein deutscher Soldat war —, bevor auch nur das Geringste gegen die Gesandtschaften geschehen war. (Hört! hört! links.)

Noch schlimmer ist ein anderer Fall. Und hier berufe ich mich auf das Zeugniß des Dolmetschers Cordes, den Niemand der Parteilichkeit zeihen wird; ich berufe mich ferner auf den Bericht der „Kölnischen Zeitung", die auch nicht im Verdacht steht, die Partei der Chinesen zu nehmen. Die „Kölnische Zeitung" berichtet in Nummer 870 aus dem Tagebuch des Herrn Cordes, das dieser ihr überlassen hat, daß am 14. Juni deutsche Posten, auf der Stadtmauer in Peking stehend, beobachteten, wie in einer Entfernung von 300—400 Meter auf einem freien Platze eine Anzahl von Menschen, mit dem rothen Turban versehen, in friedlicher Weise auf dem Boden saßen, und in der Mitte dieser Menschen ein Mann stand, der, in lebhafter Weise gestikulirend, ihnen eine Rede hielt; es waren offenbar Sektirer, zu denen eine Art Vorbeter sprach.

Da knallte ein Dutzend fremder Gewehre in die Höhe, sieben bis acht Auserwählte brachen unter dem geweihten rothen Turban todt zusammen, andere schleppten sich verwundet von dannen und die Versammlung flog auseinander. (Große Bewegung. Hört! hört! links.)

Deutsche Soldaten haben also von der Mauer der Gesandtschaft ohne die geringste Provokation gegen einen Haufen friedlich versammelter Chinesen geschossen, haben 6—8 Mann getödtet, eine ganze Anzahl verwundet, während die Anderen geflohen sind. Sie haben damit das schwerste völkerrechtswidrige Verbrechen begangen, das man überhaupt zu thun im Stande war, sie begingen elenden, feigen Mord. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, denken Sie sich einmal den undenkbaren Fall, in Berlin hätte die chinesische Gesandtschaft Truppen, Unter den Linden oder irgendwo würde eine Volksversammlung in friedlicher Weise abgehalten; plötzlich schössen chinesische Truppen darunter, streckten 6—8 Mann nieder und verwundeten eine Anzahl. Wissen Sie, was die Antwort der Berliner Bevölkerung sein würde? Es würden keine zwei Stunden vergehen, und die Empörung der ganzen Stadt wäre erfolgt, das Haus der chinesischen Gesandtschaft würde erstürmt und zerstört werden, daß kein Stein auf dem anderen bliebe, und alles, was man darin lebend fände, würde niedergemetzelt werden. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre die Antwort des Berliner Volkes auf eine derartig unerhörte That, auf einen solchen Mord ohnegleichen, begangen von fremden Soldaten in der fremden Stadt.

Nun, meine Herren, stellen Sie sich die Stimmung vor, die in Peking speziell gegen die deutsche Gesandschaft entstanden sein muß, nachdem schon seit Jahren der ganze Haß, insbesondere gegen Deutschland, sich angesammelt hatte. Diese That schlug dem Faß den Boden aus, es ist eine so unerhörte, so schauderhafte, so schreckliche That, daß man hier wirklich mit dem Kaiser sagen kann: sie ist, so lange man denken kann, noch nie dagewesen, — während man allerdings Gesandte schon früher erschossen hat als jetzt, im Jahre des Heils 1900. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hat also in unerhörter Weise das chinesische Volk in Peking provozirt, es auf das Unerhörteste erbittert.

Digitized by Google

Meine Herren, die deutschen Soldaten hätten, das nehme ich an, nicht geschossen, wenn sie nicht dazu kommandirt worden wären, und der deutsche Offizier, der sie kommandirte, hätte nicht das Kommando gegeben, wenn er sich nicht vergewissert hätte, daß der deutsche Gesandte damit einverstanden war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So ist unter allen Umständen Herr v. Ketteler der moralisch Verantwortliche für diese Schandthat. (Bewegung. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß man seine Person dafür verantwortlich gemacht hat, war selbstverständlich und wäre in jedem anderen Lande der Welt, am allermeisten bei uns, als selbstverständlich angesehen worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will von Kleinigkeiten absehen, die übrigens ein merkwürdiges Licht auf unseren ermordeten Gesandten werfen. Es war am 13. Juni, als zwei 17 bis 18jährige Burschen ein chinesisches Mädchen auf einem Karren an der Gesandtschaft vorbeifuhren und dabei lärmten. In demselben Moment kommt Herr v. Ketteler herausgestürzt, läuft nebst dem Kanzleidiener hinter den beiden jungen Leuten her, packt den einen 18jährigen Burschen am Kragen, während die anderen ausreißen, schleppt ihn in die Gesandtschaft — ihn, der nur gesungen hatte und vergnügt war! — und steckt ihn ein. Er giebt die Erklärung ab beim Tsungli-Yamen, wenn nicht binnen 24 Stunden Genugthuung gegeben werde, wird der betreffende Bursche erschossen werden. (Hört! hört! links.)

Da fragt man sich: welche Auffassung hat der deutsche Gesandte von seiner Stellung gehabt? Hiernach erklärt es sich ganz natürlich, daß die Vorgänge so gekommen sind, wie sie kamen.

Kurz darauf erfolgte die Erstürmung der Takuforts! Meine Herren, Sie werden mir zugeben müssen: das war nach allen Völkerrechtsbegriffen eine Kriegserklärung in optima forma. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verbündeten greifen Taku an in der Nacht vom 17. Juni, erobern es, zerstören die Festung und die ganze Stadt, verwüsten Alles, was ihnen in den Weg kommt. Dabei ist eine unendliche Zahl von Menschen, Männern nicht blos, sondern auch Frauen und Kinder, von den Soldaten ermordet worden. (Hört! hört! links.) Auf diese That stellte am 19. Juni das Tsungli-Yamen, als es die Nachricht von diesem Ueberfall und der Eroberung Takus erhielt, die ganz korrekte Forderung an die Gesandten der Mächte, sie möchten binnen 24 Stunden Peking verlassen. Das war ganz in der Ordnung, denn die Eroberung von Taku war die Kriegserklärung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Natürlich haben die Gesandten nicht Folge geleistet, denn das brachte ihr Leben in Gefahr — das gebe ich zu; aber, meine Herren, warum hat man nicht vorher daran gedacht? Konnte man sich nicht selbst sagen, daß das die nothwendige Folge sein würde, nachdem man die Takuforts in dieser Weise überfiel und zerstörte, daß das ein Kriegsfall war? — Dann wurde bekanntlich bei den Gesandten der Vorschlag gemacht, nochmals eine Vorstellung zu machen, und eine Audienz im Tsungli-Yamen nachzusuchen. Das wurde selbstverständlich abgelehnt. Am 20. Juni Vormittags traten die Gesandten abermals zusammen und beriethen. Es wird der Vorschlag gemacht, in corpore in das Tsungli-Yamen zu ziehen; wer den Vorschlag gemacht hat, wird nicht gesagt — ich vermuthe, Herr v. Ketteler. Die sämmtlichen Gesandten bis auf einen lehnen den Vorschlag ab. Darauf unternimmt Herr v. Ketteler, nachdem er nachdrücklich von seinen übrigen Kollegen gewarnt worden, allein, auf eigene Faust das nach Allem, was vorausgegangen war, geradezu tollkühne Wagstück, in das Tsungli-Yamen zu gehen, und auf diesem Wege ist er erschossen worden. Nun, meine Herren, das war ein Verbrechen, das war genau so ein Verbrechen, wie die Mordthaten unserer Soldaten vorher, darin ist kein Unterschied. Aber ich sage gerade heraus: daß dieses Verbrechen gegen den deutschen Gesandten verübt wurde, war die Folge des ungeheuren Rachegefühls, des höchsten Maßes der Empörung, das die Masse der Bevölkerung in Peking erfassen mußte nach den Ereignissen, die ich Ihnen eben vorgetragen habe, und die sich vor dem 20. Juni zugetragen haben. Unter allen Umständen war der Mord des Gesandten ein Verbrechen — ich spreche das Wort ungenirt aus —, wo mildernde Umstände vorlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darüber ist man aber bei uns in Deutschland ganz außer sich gerathen. Da stieg

Digitized by Google

Alles in die höchste Entrüstung. Man konnte nicht eilig genug nach Peking kommen, um die fürchterlichste Rache zu nehmen. Und Derjenige, der das Signal für diesen Rachefeldzug mit den entsprechenden Worten gab, das ist ja bekanntlich der Kaiser gewesen, der beim Abgang der Seebataillone, die von Wilhelmshaven nach Ostasien gingen, jene bekannte Rede hielt, in der es heißt:

Mitten in den tiefsten Frieden hinein, für mich leider nicht unerwartet, ist die Brandfackel des Kriegs geschleudert worden.

— Heute will man von dem „Kriege" nichts wissen, und hier spricht der Kaiser ausdrücklich von Krieg. —

Ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schaudererregend durch seine Grausamkeit, hat meinen bewährten Vertreter getroffen und dahingerafft.

Weiter heißt es:

Die deutsche Fahne ist beleidigt, und dem Deutschen Reiche Hohn gesprochen worden. Das verlangt exemplarische Bestrafung und Rache .... So sende ich Euch hinaus, um das Unrecht zu rächen, und ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutsche Fahne vereint mit denen der anderen Mächte siegreich über den chinesischen weht und auf den Mauern Pekings aufgepflanzt den Chinesen den Frieden diktirt.

Endlich heißt es noch:

Wir denken auch noch an etwas Höheres, an unsere Religion, die Vertheidigung und den Schutz unserer Brüder da draußen, welche zum Theil mit ihrem Leben für ihren Heiland eingetreten sind.

Meine Herren, ich begreife diese Leidenschaft und diesen Zorn; aber, was ich schwerer begreife, ist, daß man das öffentlich und so rückhaltslos aussprach. Denn damit wurde ein Signal gegeben, bekleidet von der höchsten Autorität des Deutschen Reichs, das sowohl für die Truppen, die nach China zogen, wie für die, die im Lande zurückblieben, die allerschwersten Folgen haben mußte. Ich lasse es dahingestellt sein, ob es auch hier am Platze war, selbst gegenüber diesem Verbrechen von einem „Rachekrieg" zu sprechen. Das Wort ist sehr unchristlich (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und ein guter Christ will man doch sein und ist man auch, wie ich hinzusetze, in seiner Art. Aber es war sehr unchristlich, das zu sagen, und wenn die Christen mit einem so bösen Beispiel vorangehen, was sollen dann die Nichtchristen, zu denen ich mich rechne, sagen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) „Die Rache ist mein, spricht der Herr", — so steht es in der Bibel. (Zurufe rechts.) Ja gewiß, das steht in der Bibel; es wird ja von anderer Seite auch die Bibel angeführt, man kommt immer mit Bibelsprüchen und sucht damit seine Handlungen zu rechtfertigen, und da ich insbesondere das neue Testament in seinen Moralsätzen für ein hochsittliches Buch halte, so meine ich: wenn Jemand sich zu diesem hochsittlichen Inhalt des neuen Testaments bekennt, muß er auch als Christ danach handeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin nicht Christ, aber ich glaube allzeit in meinem Leben danach zu handeln, und ich würde mir Derartiges zu sagen an solcher Stelle nicht erlaubt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Außerdem aber, meine Herren, soll jetzt auch auf einmal die Vertheidigung der Religion in Frage sein. „Ein Kreuzzug ist's, ein heiliger Krieg", sagte einer der protestantischen Geistlichen, der den jungen Soldaten, die nach China gingen, die Abschiedsrede hielt. Nein, kein Kreuzzug ist's, kein heiliger Krieg; es ist ein ganz gewöhnlicher Eroberungskrieg und Rachezug und weiter nichts, eine Exekution, wo Rache geübt werden soll, die mit einem regelrechten Kriege nicht das Allermindeste zu thun hat. Da ist der Name Krieg wirklich zu anständig dafür; was hier passirt, ist ein gemeiner Rachezug. (Sehr gut! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Rachezug, so barbarisch, wie er niemals in den letzten Jahrhunderten und nicht oft in der Geschichte vorgekommen ist; schlimmer wenigstens ist nichts in der Geschichte vorgekommen, selbst bei den Hunnen nicht, selbst bei den Vandalen nicht, selbst bei Tschingiskhan und Tamerlan nicht, selbst nicht bei dem von protestantischen und liberalen Schriftstellern so verurtheilten Tilly, als er Magdeburg zerstörte. (Sehr wahr! Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das reicht nicht an das heran, was die deutschen und anderen Truppen der europäischen Mächte in Gemeinschaft mit den japanischen Truppen in China gethan haben. „Ein Kreuzzug ist's, ein

Digitized by Google

heiliger Krieg", und dabei sehen wir die Japaner an unserer Seite, die keine Christen sind, und die mit die Hauptarbeit in diesem Rache- und Exekutionszuge zu thun gehabt haben. Es ist endlich an der Zeit, daß wir uns energisch dagegen wehren, daß die Religion, daß die Kirche mit der Politik irgendwie verquickt wird. Wir haben es leider zu hören bekommen in jener Rede des Herrn Staatssekretärs — damals war er noch Staatssekretär — am 8. Februar 1898, als er hier vor dem Hause die sogenannte Pachtung von Kiautschou rechtfertigte, wobei er das Hauptgewicht darauf legte, daß es sich darum handle, Schutz den Missionen zu geben, Schutz der Ausbreitung des christlichen Glaubens, nicht weniger als drei-, viermal — ich habe die Rede vor ein paar Tagen nachgelesen —, sodaß man in der That glauben möchte, man hätte heute in der Welt nichts Anderes, Besseres zu thun, als sich um die Missionen zu kümmern und mit der gesammten Staatsmacht einzutreten, wenn die Missionen durch ihre Fehler böse Zustände herbeigeführt haben. Nein, meine Herren, ein Staat wie das Deutsche Reich ist ein paritätischer Staat, es ist kein christlicher Staat, das Christenthum bildet nicht die Grundlage dieses Staates. (Sehr wahr! Sehr richtig! links.) Wenn Sie christlich regieren wollten, dann müßten Sie in aller Ewigkeit in der Hölle braten, so verletzen Sie tagtäglich die christlichen Grundsätze. (Große Heiterkeit.) Es ist einfach ein moderner Kulturstaat, hervorgegangen aus dem Boden jahrhundertelanger geschichtlicher Entwickelung, die mit der religiösen Entwickelung nur in sehr losem Zusammenhange steht, und wo die Religion nur daraufgepfropft ist. Wir kennen keinen christlichen Staat, wir kennen nur einen paritätischen Staat, und am allerwenigsten steht in der Reichsverfassung, daß das Deutsche Reich die Aufgabe habe, das Christenthum in fremden Ländern zu verbreiten und Missionen zu schützen u. s. w. Und wenn das nicht in der Verfassung steht, weil es dem Wesen des modernen Staates widerspricht, dann erklären wir uns auch daraus mit aller Energie dagegen, wie es weiter in der Kaiserlichen Rede heißt:

> Vertheidigung und Schutz der Brüder draußen, welche zum Theil mit ihrem Leben für den Heiland eingetreten sind, zu übernehmen.

Hierbei möchte ich auf einen Punkt hinweisen, den wir bereits im vorigen Jahre in der Budgetkommission und dann im Frühjahr hier im Reichstage erörtert haben. Sie werden sich erinnern, daß auch da die Missionen insofern eine Rolle spielten, als die Mehrheit der Budgetkommission verlangt hatte, daß in Ostafrika, wenn es sich um die Heranziehung von Eingeborenen für niedere staatliche Verwaltungsstellen u. s. w. handele, nicht, wie die Reichsregierung beabsichtigte, das intelligente Element, die Muhamedaner, herangezogen würden, sondern diejenigen, die zum Christenthum übergetreten wären. Ich habe damals gegen diesen durchaus verkehrten Standpunkt meine Stimme erhoben und insbesondere darauf hingewiesen, wie Rußland in Ostasien seine Mission auffaßt. Rußland — und es ist doch ein sehr orthodoxes Land — der russische Kaiser als griechischer Papst hält von seinen eroberten Ländern jede Missionsthätigkeit systematisch fern. Es ist das ein vorzügliches Mittel gewesen, die fremden unterworfenen Völker dem Reich zu assimiliren. Ich habe denselben Weg Deutschland empfohlen. Am Allerersten durfte er angebracht sein in China. Die Chinesen haben eine Religion, die in vielen Beziehungen dem Christenthum nichts nachgiebt; sie haben in ihren Lehrern wie Konfucius u. s. w. eine Reihe von Männern, welche Moralsätze aufstellten, die in keiner Weise hinter den christlichen zurückstehen. (Sehr richtig! links.) Wenn diese Morallehren bis heute nicht überall in China befolgt werden, dann geht das dort gerade so wie bei uns. (Sehr wahr! Sehr richtig! links.) Wir sollten nicht so hochmüthig auf die Chinesen herabsehen; denn wenn wir uns einmal fragen wollten, wie es bei uns mit der Wahrung christlicher Grundsätze im staatlichen und bürgerlichen Leben stehe, bekämen wir eine böse Antwort. (Sehr wahr! links.) Rußland und Japan haben dieselbe Taktik bisher in China verfolgt, sie haben sich der Proselytenmacherei enthalten. Kein einziger russischer Geistlicher ist in dem ungeheuren Reich, selbst nicht in der Mongolei, anzutreffen zu dem Zweck, um dort Konvertiten zu machen. Ich stehe mit Rußland sehr schlecht, wie Sie wissen (Große Heiterkeit), ich bin ein entschiedener Gegner desselben; aber ich muß sagen: in diesem Punkte ist das Vorgehen der Russen sehr klug, und wir können uns dasselbe zum Beispiel nehmen.

Digitized by Google

Weiter, meine Herren, kam dann am 27. Juli die bekannte Rede, in der es hieß:

Kommt Ihr an, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Führt Eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.

Der Hinweis auf die Hunnen hat im „Reichsanzeiger" nicht gestanden, er ist aus irgend einem Grunde weggeblieben. (Heiterkeit.) Daß er gemacht wurde, davon bin ich überzeugt; die Berichterstatter saugen sich so etwas nicht aus den Fingern. Deshalb wird auch heute von hunnischer Kriegführung und von Hunnenbriefen gesprochen, im Anklang an jenes Wort, welches gefallen sein soll:

Gebt keinen Pardon! Gefangene werden nicht gemacht; führt Euch so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.

Und weiter heißt's wieder:

sorgt dafür, daß das Christenthum in jenem Lande seinen Eingang finde!

Also auch hier wieder der Hinweis, als gingen wir nach China, um es zu christianisiren. Ja, wenn Sie das wollen, dann machen Sie sich nur darauf gefaßt, unausgesetzt mit China Krieg führen zu müssen, solange das Deutsche und das chinesische Reich bestehen. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das würde die Folge sein. Sie können nicht ein Volk von 400 Millionen so mir nichts dir nichts in einigen Jahrzehnten christianisiren. Die Jesuiten, welche sehr geschickte Operateure sind auf dem Missionsgebiet und auf dem politischen Gebiet, arbeiten seit kurz nach ihrer Begründung, seit ca. 300 Jahren, in China. Was haben sie erreicht? Was haben die ganzen christlichen Missionen bis jetzt erreicht? Und was sie bisher mit den größten Mühen und Opfern an Geld, Menschen und Arbeitskraft erreicht haben, ist wie mit einem Federzuge ausgelöscht durch das, was sich jetzt dort zugetragen hat und noch zuträgt. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was in der letzten Zeit geleistet worden ist, alle die schönen Reden, die gehalten sind, die Art der Kriegführung, das gräbt sich auf Jahrhunderte von Generation zu Generation in die Herzen der Massen der chinesischen Bevölkerung ein. Das wird zur Folge haben, daß ein Haß gegen Alles, was Christen und Christenthum heißt, im chinesischen Volke großgezogen wird, wie er niemals zuvor dort geherrscht hat. (Sehr richtig! links.)

Das, meine Herren, sind die Früchte Ihrer Politik, die Früchte der bekannten Reden, die Früchte der jetzt in China ausgeübten Rachethaten! Daß Karl der Große einstmals bei Verden 5000 gefangene Sachsen abschlachten ließ, wird ihm noch jetzt in der Geschichte als eins der größten Verbrechen angerechnet. Nun, heute schon sind nach allen Angaben nicht nur von Deutschen, sondern von allen dort versammelten Armeen weit mehr als 5000 Chinesen — die Frauen und Kinder nicht eingerechnet — ermordet worden, ohne daß sie mit den Waffen in der Hand gefangen genommen wurden. Es ist ja das reine Treibjagen. Sobald ein Chinese innerhalb eines Militärrayons sich sehen läßt, wird er wie ein Hase, wie ein Stück Wild angeschossen. Das ist ein Zustand, daß, wenn man diese Dinge liest, einem das Herz im Leibe erstarrt. Und das Schlimmste ist, man fragt sich vergeblich: wo sind alle die Lehrer des Christenthums, die Hunderttausende von Männern, welche professionsmäßig die christliche Lehre zu verbreiten haben, mit ihrem Protest gegenüber solch widerchristlicher Barbareien? (Sehr gut! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bis heute habe ich keinen einzigen gehört. Ist denn immer noch nicht das christliche Rachegefühl gestillt? Sind dem christlichen Gott immer noch nicht Dankopfer genug an Männern, Frauen, Kindern geopfert worden? Sind noch nicht genug Städte und Dörfer niedergebrannt und verwüstet worden? Müssen noch immer mehr zu Grunde gerichtet werden? Jetzt steht der Winter vor der Thür; Hunderttausende von Menschen sind des Nothwendigsten beraubt, sie irren hungernd auf den Feldern umher. Da werden Tausende und aber Tausende erbarmungslos zu Grunde gehen. Und all das in Folge eines mörderischen Rachezuges, ausgeübt im Namen des Christenthums! (Bewegung. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich muß jetzt einen kleinen Abstecher in meinen Ausführungen machen und zu einer Erörterung kommen, die ebenfalls mit der

Digitized by Google

Chinaangelegenheit in nächster Beziehung steht, aber, wie ich nachweisen werde, fälschlich damit in Verbindung gebracht worden ist. Am 3. August d. J. war der Kaiser in Bremerhaven. Dort hielt er eine Ansprache an die Arbeiter der Werften des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie, von denen ein Theil mit Ehrenzeichen bedacht wurde für die fleißige Arbeit, die sie bei den Chinadampfern geleistet hatten. Im weiteren Verlaufe der Rede führte der Kaiser aus, daß

„die Auszeichnungen, die er den Arbeitern verliehen, eine Anerkennung sein sollten, aber auch zugleich ein Ausdruck seiner Zufriedenheit, daß sie nicht dem schlechten Beispiele der durch vaterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seien, sondern den Patriotismus des deutschen Arbeiters fleckenlos gewahrt und wacker mitgearbeitet hätten, damit die Schlagfertigkeit unserer braven Armee erhalten werde. Ehrlos"

— heißt es dann —

„wer im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stiche läßt."

Meine Herren, wir Sozialdemokraten sind gewöhnt, von gewisser Stelle als vaterlandslose Gesellen bezeichnet zu werden. Diese Beschuldigung läßt uns sehr kalt. Wenn es sich also im vorliegenden Falle ausschließlich um Sozialdemokraten handelte, die durch diese Rede getroffen werden sollten, würde ich kein Wort an dieser Stelle sagen; das geht wie so vieles Andere ins Land hinaus und wirkt nur agitatorisch für uns. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber hier handelt es sich auch um Arbeiter, die nicht Sozialdemokraten sind, um Arbeiter überhaupt, und da hat der Kaiser eine Beschuldigung ausgesprochen, die er niemals ausgesprochen hätte, wenn er von seinen Rathgebern wahrheitsgemäß berichtet worden wäre. (Sehr richtig! links.) Es giebt da irgendwelche Leute, die bei jeder Gelegenheit den Kaiser gegen die Sozialdemokraten und in diesem Falle gegen die Arbeiter einzunehmen suchen. Es sind erbärmliche Menschen, die das thun. Daß es so ist, will ich Ihnen beweisen.

Wie war der vom Kaiser verurtheilte Vorgang in Hamburg? Der Metallarbeiterverband hatte im Mai und Juni d. J. in Hamburg-Altona eine Lohnbewegung veranlaßt, die die Werftarbeiter mit umfaßte. Die Arbeiter setzten sich mit den Werftbesitzern in Verbindung und wollten ohne Streik mit ihnen unterhandeln. Das lehnten die Werftbesitzer ab, indem sie überhaupt keine Antwort gaben. Ein neuer Versuch mißlang aus dem gleichen Grunde. Es besteht in Hamburg-Altona der Verband der Arbeitgeber, die stets erklärten, sie wollten mit Arbeiterorganisationen nicht verhandeln. Es waren aber lauter organisirte Arbeiter, die in Frage standen. Nun erklärte der Verband der Metallarbeiter, er wolle keinen Streik hervorrufen, sondern den Arbeitern der einzelnen Werkstätten es überlassen, wie sie sich zu ihren Arbeitgebern stellen wollten. Darauf ersuchten die Arbeiter der Reiherstieg-Werft, etwa 60 bis 70 Mann, die Arbeitgeber um eine Erhöhung von wenigen Pfennigen Lohn pro Stunde, weil sie einen schlechteren Lohn bekämen, als die Arbeiter der anderen Werften. Das wurde abgelehnt, sie bekamen keine Antwort. Nun will ich bemerken, keiner dieser Nieter war bei einem Chinadampfer beschäftigt, diese Arbeiter hatten damit garnichts zu thun. (Hört! hört! links.) Jetzt traten die Nieter der Reiherstieg-Werft in einen Streik ein, also die 60—70 Mann. Darauf beriefen die Werftbesitzer ihre Arbeiterausschüsse und drohten mit Massenaussperrungen, wenn die 60 bis 70 Nieter nicht sofort die Arbeit aufnähmen. Darauf erklärten die Arbeiterausschüsse, das können wir nicht, das ist Sache jener Leute, das geht uns nichts an. Und darauf — meine Herren, geben Sie Acht — begannen die Werftbesitzer am 14., 17. und 21. Juli ihre Drohungen in der Gestalt wahr zu machen, daß sie nach und nach 6000 Arbeiter aufs Pflaster warfen. (Bewegung. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wurden also 6000 Arbeiter auf die Straße gesetzt wegen des Streiks von 60 bis 70 Nietern, und nun wurden auch die Chinadampfer durch diese Massenaussperrung in Mitleidenschaft gezogen. Man hat gesagt: das haben die Werftbesitzer absichtlich gethan, sie konnten ihre kontraktmäßigen Lieferungen nicht innehalten und da haben sie zu dieser Aussperrung gegriffen, um die Konventionalstrafe zu sparen. Ob es wahr ist, weiß ich nicht; Thatsache aber ist, daß die Werftbesitzer 6000 Arbeiter auf die Straße warfen und in Folge dessen

Digitized by Google

die Ausrüstung der Chinadampfer darunter zu leiden hatte. Dann kam die Rede des Kaisers am 3 August. Am 14. August erbot sich der Vorsitzende des Hamburger Gewerbegerichts auf Antrag der Arbeiter, gegenüber den Werftbesitzern eine Vermittelung herbeizuführen. Die Arbeitgeber lehnten ab, sie wollten von dieser Vermittelung nichts wissen. (Hört! hört! links.) Am 6. September versuchten die Arbeiter wiederum eine Vermittelung herbeizuführen. Jetzt willigten endlich die Arbeitgeber ein in eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiter. Das Endresultat war, daß die Arbeitgeber erklärten, sie seien bereit, die Aussperrung der 6000 Leute aufzuheben, wenn dafür sofort der Streik eingestellt würde, und die Streikenden die Arbeit aufnähmen. Nach sehr heftigen Debatten unter den Arbeitern, die über das Verhalten der Arbeitgeber erbittert waren, wurde im Sinne der Abmachungen Beschluß gefaßt, und endlich am 24. September die Arbeit wieder aufgenommen, also ohne daß auch nur ein Arbeiter die geringste Schuld daran getragen hat, daß ein Chinadampfer nur um eine Stunde zu spät ausgerüstet worden wäre. (Hört! hört!) Das zeigt einmal wieder — und die Allerhöchste Stelle sollte sich das ad notam nehmen —, daß Diejenigen, die in Folge ihrer Vertrauensstellung verpflichtet sein sollten, dem Kaiser die Wahrheit zu sagen, ihm nicht die Wahrheit gesagt haben, sondern die Unwahrheit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber der Kaiser in seinem Zorn, daß die Chinadampfer in ihrer Ausrüstung behindert würden, gegen die ausgesperrten Arbeiter den Ausspruch that, sie seien vaterlandslose Gesellen, dann sind nach der wirklichen Sachlage nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber diese vaterlandslosen Gesellen gewesen (sehr gut! sehr richtig!), sie einzig allein.

Ich kehre nun wieder zum eigentlichen Thema zurück.

Es ist weiter in der Rede des Herrn Staatssekretärs (Zuruf) — des Herrn Reichskanzlers; ich habe mich noch nicht an seinen Titel gewöhnt (Heiterkeit) — und auch in der Denkschrift über den Etat auf die Bedeutung des deutschen Handels mit China hingewiesen worden, und daraus wird motivirt die große Aufwendung, die Deutschland an Geld und Menschen für die chinesischen Wirren zu machen habe. — Ich habe mich ebenso gewundert, wie vorhin der Abgeordnete Dr. Lieber, als der Herr Reichskanzler glaubte, über die Indemnitätsnachsuchung hinwegzukommen, — daß er hier sagt, diese großen Aufwendungen seien nothwendig, weil Deutschland beim chinesischen Handel in zweiter Linie betheiligt sei, ergo dementsprechend an dem Zuge theilnehmen mußte. Freilich ist Deutschland, das ist an sich Thatsache, in zweiter Linie an dem Handel in China betheiligt; aber wie? In erster Linie steht England, und dieses schluckt von dem ganzen Handel mit China allein 67 pCt. Der Ein- und Ausfuhrhandel Chinas im Jahre 1899 beläuft sich auf 1681 Millionen Mark, während der deutsche Gesammthandel in Einfuhr und Ausfuhr mit China sich auf die Kleinigkeit von 87½ Millionen Mark beläuft. Mit anderen Worten, wir haben nur 5,2 pCt. vom chinesischen Gesammthandel, nicht mehr. Das ist ein minimaler Bruchtheil. In den letzten Jahren haben aber besonders die Vereinigten Staaten eine derartige Zunahme ihres Handels mit China erfahren, daß sie in kurzer Zeit den deutschen Handel überholen werden, namentlich da sie — und das sage ich wieder dem Herrn Reichskanzler — die Klugheit besitzen, gegenüber den chinesischen Wirren eine Politik zu beobachten, die ihnen die Gewißheit giebt, daß sie nach dem Friedensschluß in erster Linie in China Berücksichtigung finden werden. (Sehr richtig!) Dagegen besteht in Folge unseres Verhaltens Chinas gegenüber die große Wahrscheinlichkeit, wenn nicht gar Sicherheit, daß unser Handel, den wir bisher gehabt haben, auch noch in bedeutendem Maße künftig zurückgeht, und wir nichts von dem behalten werden, was vorhanden war und mühselig durch die Waffen weiter erhalten werden soll. (Sehr richtig! links.)

In ganz China waren im Jahre 1899 983 fremde Firmen, darunter deutsche nur 12,3 pCt. Wir hatten aber im Jahre 1893 in China rund 14 pCt. der Firmen. Wir sind also in Bezug auf die Firmen zurückgegangen. Genau so ist es mit den Staatsangehörigen. Unter den 17 193 fremden Staatsangehörigen im Jahre 1899 in China hatten die Deutschen 1134, das heißt 6,5 pCt.; im Jahre 1893 hatten wir 7,8 pCt.; also ist auch die Zahl der Deutschen seitdem zurückgegangen. Wir haben also vor uns die Thatsache, daß in den letzten Jahren die Verhältnisse in China sich ungünstiger für uns gestaltet

Digitized by Google

haben, und das, was noch leidlich günstig war, wird jetzt in Folge unserer Haltung gegenüber den Chinesen bei den gegenwärtigen Wirren in die Brüche gehen.

Was aber im grellsten Mißverhältniß zu diesen unseren Wirthschaftsverhältnissen in China steht, ist, daß wir uns geradezu dazu gedrängt haben, die erste Rolle zu spielen. Die mochte man doch den Engländern überlassen, diese waren hauptsächlich betheiligt, und meinetwegen den Japanern, die dazu bereit waren, die Rolle des Exekutors zu übernehmen. Wir Deutsche hatten keinen Grund, trotz der Ermordung Kettelers, in dieser Weise uns bei der Sache zu betheiligen, wie wir uns betheiligt haben und uns speziell noch betheiligten dadurch, daß wir durch die Uebernahme des sogenannten Weltmarschallamts die ganze Verantwortung für die Chinaangelegenheit übertragen bekamen. (Sehr richtig! links.)

Und wie ist es mit diesem Weltmarschallamt zugegangen? Es wurde bekanntlich behauptet, das sei vom russischen Kaiser gewünscht worden. Ich habe hier die Note Delcassees, des französischen Ministers des Auswärtigen, die kürzlich im französischen Gelbbuch erschien, und ferner die Auslassung des russischen Regierungsboten, die beide etwas ganz Anderes besagen. Sobald hier in Deutschland gesagt worden war, der russische Kaiser habe den Grafen Waldersee als Oberbefehlshaber gewünscht, hat der russische Regierungsbote erklärt, daß sei nicht wahr, man habe deutscherseits in Petersburg angefragt, ob man etwas gegen diesen Vorschlag habe, und darauf habe Rußland aus Höflichkeit erklärt: man habe nichts dagegen. Und so haben es die anderen Mächte ebenfalls gehalten; so sind wir zu dieser Rolle gekommen. Diese Rolle entspricht nicht dem, was für uns in China auf dem Spiele steht. Danach ist die chinesische Angelegenheit nicht angethan, daß Deutschland seinen ersten Offizier, einen Generalfeldmarschall, nach Asien schicken mußte. Ist denn das ein Krieg, in dem kriegerische Lorbeeren zu holen sind, große kriegerische Operationen zu machen sind? (Sehr richtig! links.)

Ich sage Ihnen, meine Herren: nach dem, was ich bisher gelesen habe, und nach meinem geringen Verständniß militärischer Dinge, das ja auch der Herr Kriegsminister von mir behauptet (Heiterkeit), brauchte man in China keinen Generalfeldmarschall als Kommandirenden, auch keinen General, nicht einmal einen Obersten. Dort wäre der erste beste deutsche Feldwebel für den Krieg, der dort sich abspielt, gerade gut genug. (Stürmische Heiterkeit. Bravo links.)

Meine Herren, daß ist ein großes Lob, das ich dem deutschen Feldwebel spende. Ich konstatire damit, daß dies kein Krieg ist, in dem Lorbeeren zu holen sind, sogar nicht einmal die Vorschußlorbeeren, die Herr Dr. Lieber anführte. Wirkliche Lorbeeren zu holen giebt es aber dort nicht, und es ist deshalb auch um so unbegreiflicher, daß wir sogar schon Geld für die künftigen Orden der Betheiligten bewilligen sollten. (Heiterkeit.) Am Ende erleben wir auch, wenn der Krieg, die Revolte oder die Wirren, wie Sie das Ding nennen wollen, zu Ende ist, einen großen Einzugstrubel durch das Brandenburger Thor, mit dem Weltmarschall an der Spitze, der schwer beladen mit den Lorbeeren, die er in China sammeln wollte, dort einzieht. (Heiterkeit links.) Und es werden alsdann auch sicher wieder große, begeisterte Reden gehalten.

Wie ist aber diese Weltmarschallschaft bei uns inszenirt worden? Man mußte sich wahrhaftig vor dem Ausland geniren (sehr gut! links); das ganze Ausland hat darüber gelacht und gehöhnt. Auch wurden auf einmal, was man sonst von deutschen Generalen nicht gewöhnt ist, Reden gehalten, die bösen Beispiele verderben eben die guten Sitten. (Heiterkeit.) Es wurden der Photograph, sogar der Kinematograph in Bewegung gesetzt, damit alle diese historischen Szenen für die Nachwelt festgehalten wurden. Da wurde sogar die Gattin des Generalfeldmarschalls, als sie eben in den Wagen steigt, photographirt, während der Generalfeldmarschall daneben steht mit dem neuen Marschallstab in der Hand. Ferner wurde aus Kufstein, dem sogenannten ostasiatischen Hauptquartier, gemeldet, drei Prinzen seien auf dem Bahnhof in München gewesen und hätten den Weltmarschall bereits empfangen; was würde da erst in China werden, wenn er dorthin kommt? Nun, er wäre, wenn er nicht das bischen Parade abgehalten hätte, so still eingezogen, wie wenn ich heute nach China käme. (Heiterkeit.)

Und wie hat sich die Kriegsführung bisher abgespielt? Es ist das Allerärgste, was jemals vorgekommen ist. Und von diesem selben Geiste der Hunnen-

Digitized by Google

politik — wie ich es nennen möchte; denn sie verdient so genannt zu werden — von diesem selben Geiste ist die Note erfüllt gewesen, die der Herr Graf Bülow am 13. September d. J. — wenn ich nicht irre — an die Mächte richtete, in der er die Bedingungen formulirte, die nach deutscher Auffassung im Falle eines Friedensschlusses mit China erfüllt werden müßten. Die Vorbedingung für den Eintritt in diplomatische Verhandlungen sei die Auslieferung derjenigen Personen, die als erste Anstifter des gegen das Völkerrecht in Peking begangenen Verbrechens angegeben würden. Dem zivilisirten Gewissen würde eine Massenexekution widersprechen. Ah, aber diese wird jetzt vollzogen. Man will sich mit einigen Prinzen, mit einigen Staatsoberbeamten begnügen. Die sollen ausgeliefert und dann womöglich auf dem Gendarmmarkt in Berlin, damit auch die Berliner etwas davon haben, hingerichtet werden. Eine schöne christliche Politik! Meine Herren, wenn je einmal ein Staatsmann von den gesammten übrigen Mächten im Stich gelassen worden ist, und seine Forderungen platt zu Boden gefallen sind, dann die Forderungen des Grafen Bülow in jener Hunnennote, wie ich sie nenne, vom 13. September d. J.! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sehen wir nun an einigen wenigen Beispielen, wie es dort in China zugeht. Briefe von dort sind in großer Zahl veröffentlicht worden. Die „Kreuzzeitung" meinte vor einiger Zeit, man solle nur nach den Namen der Schreiber fragen. Die Namen der Schreiber stehen zur Verfügung. Wäre ein preußischer, ein deutscher Staatsanwalt im Zweifel über das, was dort geschehen ist und jetzt gedruckt und veröffentlicht wird, oder wäre die Militärverwaltung darüber im Zweifel, längst wären die Staatsanwälte in Thätigkeit gesetzt worden gegen die Schreiber und gegen die Blätter, welche diese Schreiben veröffentlicht haben! Meine Herren, es sind nicht blos sozialdemokratische Blätter, sondern Blätter aller Parteien, der Zentrumspartei, der nationalliberalen Partei, von dem Freisinn zu schweigen. Nur die „Kreuzzeitung" hat bis jetzt nichts gebracht, obgleich gerade bei einer der scheußlichsten Thaten der Berichterstatter der „Kreuzzeitung" dazukam. Der Briefschreiber, der ein Offizier ist, sagt: „Soeben kommt der Berichterstatter der „Kreuzzeitung", dem wir die Schandthaten erzählten." Ich habe bis heute in der „Kreuzzeitung" nichts davon gelesen. Da wird nun in einem Briefe vom 26. August mitgetheilt, wie man 76 Gefangene gemacht, von denen außer 8 Jungen, die man laufen ließ, 68 erschossen wurden, indem man sie mit den Zöpfen aneinander band, sie vorher zwang, ihr Grab zu schaufeln, worauf sie erschossen wurden und rückwärts in das Grab fielen. (Bewegung bei den Sozialdemokraten.) Das ist so scheußlich, wie man sich es nur vorstellen kann.

Die gefangenen Chinesen
— heißt es in einem anderen Briefe —
haben wir alle todtgeschossen, aber auch alle Chinesen, die wir sahen und kriegten, haben wir alle niedergestochen und -geschossen; die Russen spießten kleine Kinder, Frauen und Alles auf ...

(Bewegung. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist hunnisch und barbarisch. — Daß aber die Russen es offenbar am tollsten treiben, geht aus allen Berichten hervor. Ich bemerke das gegenüber dem Versuch, der eben von einem Theil der russischen Presse gemacht wird, es so darzustellen, als wären die Deutschen die Tollsten. Nein, noch toller als die Deutschen haben es offenbar die Russen getrieben, und „Väterchen" sollte nur einmal auf seine Kulturmission, die er im Haag begann, zurückblicken und sehen, wie seine Soldaten in China hausen, da wird ihm wohl die Schamröthe ins Angesicht steigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In einem Brief vom 1. September schreibt ein junger Mann, Soldat, an seine Mutter:

Wie es hier jetzt während des Krieges zugeht, liebe Mutter, ist mir unmöglich zu beschreiben; denn so ein Gemorde und Geschlachte ist geradezu toll, was daher kommen soll, weil die Chinesen außerhalb des Völkerrechts stehen, weshalb auch keine gefangen genommen werden, sondern Alles wird erschossen oder, um die Patronen zu sparen, sogar erstochen. Am Sonntag Nachmittag — zur Heilighaltung des Sonntags wahrscheinlich —
haben wir 74 Gefangene mit dem Bajonett erstechen müssen.

(Bewegung. Hört! hört! links.)

Digitized by Google

Giebt es etwas Scheußlicheres, Barbarischeres, Gemeineres als eine solche Kriegsweise? Das kann nicht genug gebrandmarkt werden vor der ganzen Welt. Zum Schlusse schreibt der junge Mann:

Laß mich schließen in der Hoffnung, daß es nicht mehr so lange dauert; denn sonst weiß man schließlich nicht mehr, oder vielmehr man vergißt es, ob man einmal Mensch war.

(Bewegung. Hört! hört! links.)

Meine Herren! Kann es eine gewaltigere Anklage gegen diesen barbarischen Krieg geben, als ein solches Wort eines Soldaten an seine Mutter? (Sehr wahr! Sehr richtig! links.)

Dann heißt es nach einem Brief im „Hannoverschen Kurier" von einem Seesoldaten:

Rache für die Greuelthaten, welche die Chinesen ausgeführt haben und ausgeführt haben sollen, ist und wird hier fürchterlich genommen.

Dann schreibt er weiter, er sei bei einem Streifzug von Peking aus nicht gewesen, Das schadet auch weiter nichts, es war doch weiter nichts als Mord.

(Hört! hört! links.)

In den befestigten Städten wie Montou, Tuogschai, Yangtsun und andere, sowie in sämmtlichen passirten Dörfern sah ich überall Leichen; und wie viel Kranke, Frauen, Kinder, Greise, die nicht haben flüchten können, mögen wohl unter den brennenden Trümmern liegen.

(Bewegung.)

Er erzählt dann weitere Schandthaten und sagt von einer eroberten Stadt:

Unsere Kompagnie hielt vor einem Thor, und die Chinesen wurden von der anderen Seite durch dieses Thor in die Bajonette der Leute unserer Kompagnie hineingetrieben. Es soll schauderhaft gewesen sein.

(Bewegung. Hört! hört! links.)

Dann kommt die betreffende Stelle von dem Kreuzzeitungsmann, da heißt es: Soeben ist der Correspondent der „Kreuzzeitung" hier, der sich von meinen Leuten die Sache erzählen läßt.

Aber, wie gesagt, ich habe nichts davon in der „Kreuzzeitung" gelesen.

Weiter enthält der „Fränkische Kurier", also auch ein liberales Blatt, einen Brief eines Soldaten vom 2. Seebataillon, der nach Waltershof an dessen Eltern gerichtet war, in dem es heißt:

Gefangene werden nicht gemacht; d. h. wenn sie gemacht werden, werden sie sofort nach dem Gefecht erschossen.

(Hört! hört! links.)

Weiter schreibt der Seesoldat Friedrich Hischemüller aus Westerkappeln aus Tsimo, datirt vom 11. September:

Vor uns liefen zehn Chinesen, auf die Schnellfeuer gegeben wurde. Jetzt wurde das Seitengewehr aufgepflanzt, und unser Oberleutnant befahl, Alles was vorkommt, niederzustechen. In dieser Nacht wurden viele Chinesen getödtet, auch eine Frau und ein Kind. Am Wall blieben wir, bis es Tag wurde. Um 5 Uhr gingen wir in das Dorf und sahen da die Todten im Blute liegen. Eine Frau saß vor ihrem Mann, der gefallen war, und hatte ein kleines Kind auf dem Schoß; den Gefallenen hatte sie auf ein Brett gelegt und ihm ein Kissen unter den Kopf geschoben. Das sieht wohl schauerlich aus, aber man wird dies Alles gewöhnt.

(Hört! hört! Bewegung links.)

Meine Herren, das Maß von Verrohungen, das dieser Krieg verbreiten wird, ist die schlimmste moralische Verwüstung, die es geben kann. Und wenn Sie (nach der Rechten gewandt) nächstens wieder einmal in dieser Session mit der Prügelpetition kommen, dann, meine Herren, werden wir Ihnen sagen, wer und wo die Urheber all der Rohheiten sind, die jetzt zu Tage treten. (Sehr wahr! Sehr gut! links.) In einem Briefe von einem deutschen Offizier in den „Münchener Neuesten Nachrichten" heißt es:

... Von Tongku (Kopfstation der Bahn) an haben wir die grauenhaftesten Zerstörungen des Krieges gesehen, wie sie fürchterlicher nicht gedacht werden können. Alle Dörfer an der Bahnlinie, an der zahlreiche russische Feldwachen stehen, sind systematisch niedergebrannt und verwüstet, todtenstill liegen sie da, nur ein paar Hunde streifen um den Ortsrand und suchen Leichen; alle Ein-

Digitized by Google

wohner, ohne Rücksicht von Alter und Geschlecht, sind von den Russen niedergemetzelt worden. Die Russen sind übrigens reizende, gute Kameraden.

(Hört! hört!)

Diese Mordbrenner und Brandstifter nennt ein deutscher Offizier reizende Kameraden — das ist wahrlich stark.

Weiter heißt es in einem Brief in der „Rheinischen Volkszeitung" aus Tsintau:

. . . Wir Deutsche und Russen waren immer die Ersten. Wir haben unser Detachement aus Tientsin und die europäischen Matrosen, welche dort von den Chinesen eingeschlossen waren, befreit, sämmtliche Forts, worin chinesisches Militär und Räuber, genannt Boxer, waren, eingenommen und Alles niedergemacht, ob Soldat, Räuber, Chinesen, Frauen oder Kinder, das war uns gleich, Alles niedergestochen oder geschossen.

(Bewegung. Hört! hört!)

Das schreibt ein deutscher Soldat über seine eigenen Schandthaten! Pfui Teufel! sage ich dazu. (Sehr gut! links.)

Weiter wird in einem Briefe aus Peking ein neues Moment hervorgehoben. Darin heißt es:

den Mandarinen, das sind die Steuerbeamten, denen wird Alles geplündert, denn die haben massenhaft Geld. Silber und Seide, das wird immer gleich verkauft.

Also es wird auch stramm geplündert.

In einem anderen Briefe, den ich hier habe, wird mitgetheilt:

Dann werden auch noch die Dörfer nach Gold abgesucht.

Meine Herren, wenn einmal die böseste Gemüthsstimmung sich der Soldaten bemächtigt in Folge des Befehls: Pardon wird nicht gegeben; Alles, was Euch vorkommt, muß niedergestochen werden, — dann sind das, was hier erzählt wird, die nothwendigen Folgen. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, man hat in England Sorge, daß, wenn die 2—300 000 Soldaten aus dem Burenland nach England zurückkehren, was diese für böse Sitten und Gewohnheiten heimbringen werden, was für eine Summe von Rohheit und Gemeinheit durch sie verbreitet wird. Dieselben Befürchtungen haben wir in Deutschland zu hegen; zum Glück sind es nicht so viele wie in England, die nach der Heimath zurückkehren.

Endlich heißt es noch in einem Briefe im „Lokal-Anzeiger" von dessen Berichterstatter in den letzten Tagen:

Lebende Feinde giebt es bekanntlich in diesem Feldzug nicht, wen nicht die Kugel oder das Bajonett gleich hinrafft, dem wird der Gnadenstoß ertheilt.

Und nun, meine Herren, welche sittliche Entrüstung in unseren bürgerlichen Zeitungen anläßlich der ebenfalls hunnenhaften Kriegsführung der Engländer in Transvaal! Wie ist der General Roberts angegriffen worden, daß er alle Regeln des Völkerrechts in diesem Kriege bei Seite gesetzt hat! Welche Hülle und Fülle von Entrüstung über den Eroberungszug der Engländer gegen die Buren, die rohen Gewaltthaten und Barbareien der Engländer gegen die Buren! Und dieselben Leute, die den Splitter im Auge des Anderen sehen, sehen nicht den Balken in ihrem eigenen Auge! (Sehr wahr! Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese haben kein Wort der sittlichen Entrüstung über die barbarische Haltung, die die Söhne des eigenen Volkes den Chinesen gegenüber einnehmen! Wie die Engländer in Transvaal, so ziehen auch wir in China als Eroberer und Unterdrücker ein; genau so wie jene setzen auch wir alle Regeln des Krieges und der Menschlichkeit bei Seite, wird unsere Kriegführung eine wahrhaft hunnenhafte, eine wahrhaft vandalenhafte. (Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und dabei sollen noch militärische Lorbeeren erobert werden? Nein, meine Herren, nicht Weltmarschall, nicht Feldmarschall ist Graf Waldersee, er ist einfach Exekutionsmarschall. (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Titel, der ihm gebührt, kein anderer. Wenn man in militärischen Kreisen darüber anderer Ansicht ist, dann bedauere ich das; nur muß ich noch einmal sagen: daß man den ersten Offizier Deutschlands — das soll Graf Waldersee sein, ich kenne ihn nicht, ich weiß es nicht, aber er ist von allen Seiten als solcher gerühmt worden — daß man den ersten deutschen Offizier,

Digitized by Google

der einmal im inneren Kriege in Europa die deutsche Armee führen sollte, in eine Position bringt, wie in China, das ist eine so kolossale militärische und politische Unklugheit, um mich milde auszudrücken, wie sie niemals von einem Staate ähnlich begangen worden ist. (Sehr gut! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das kommt noch hinzu zu all den vielen anderen unerhörten Vorgängen, die auf diesem Gebiet erfolgt sind.

Der Herr Reichskanzler Graf Bülow ist wiederholt auf die bekannte décision irrévocable zu sprechen gekommen; er hat dabei einige Nebendinge mit erwähnt, die noch nicht bekannt geworden waren. Ich lege darauf kein besonderes Gewicht; aber, meine Herren, gestatten Sie mir, darauf aufmerksam zu machen, was das für eine Wirkung haben wird auf die chinesische Bevölkerung, wenn z. B. die Forderung erfüllt wird, daß überall da, wo christliche Missionare oder Europäer ermordet worden sind, eine Art Sühnedenkmal errichtet werden soll. Das erinnert dieses Volk immer wieder an die für es so schrecklichen Ereignisse dieser Zeit und schürt immer von Neuem den Haß. Die Hauptbedingungen, die in der décision irrévocable enthalten sind, sind solche, daß ich nicht verstehen kann, wie ein Staatsmann, der doch ein leidlich kluger Mann sein soll (Heiterkeit), und Staatsmänner, die das Gleiche sein sollen, solche Bedingungen aufsetzen können in dem Glauben, das trüge zur Pazifirung jenes Landes bei. (Sehr wahr! links.) Herr Graf Bülow, wenn Sie aufrichtig gegen sich selbst sein wollen: das können Sie nicht glauben! Es ist undenkbar, daß von den Bedingungen, die in der Dezision enthalten sind, ein großer Theil durchführbar ist, ohne die bösesten Folgen zu haben.

Ich komme wieder auf geschichtliche Vorgänge zurück. Erinnern Sie sich doch, welchen schlimmen Eindruck es noch heute macht, wenn erzählt wird, daß von 1807 bis 1813 Preußen durch Napoleon gezwungen wurde, den Freiherrn v. Stein, den Oberpräsidenten v. Schön, tüchtige Offiziere und Beamte zu entlassen. Major Schill beging 1809 militärischen Hochverrath, der nach dem Gesetz mit dem Tode bestraft werden mußte. Später galt seine That als eine hochpatriotische That und wird als solche in allen militärischen und sonstigen Geschichtsbüchern gepriesen. Es war militärischer Hochverrath, als General York als Kommandirender der Nachhut der Macdonaldschen Armee, aus Rußland zurückkehrend, irre ich nicht am 30. September 1812, in der Mühle zu Puscheron bei Tauroggen den bekannten Vertrag mit dem russischen General Diebitsch schloß, wonach sich die preußische Armee, die Napoleon zur Verfügung stand, von ihm loslöste und zur Neutralität überging. Das that York, obgleich er wußte, daß er damit seinen König, Napoleon gegenüber, in die allermißlichste Lage brachte! Können Sie sich nun nicht vorstellen, meine Herren, daß am chinesischen Hofe auch Prinzen und Würdenträger sind, die eine ähnliche Stellung gegenüber dem Kaiser Kwangsü vertreten? Wäre nicht am 18. März 1848 Friedrich Wilhelm IV. in einer ähnlichen Lage, wie der Kaiser Kwangsü gewesen, hätten ihm ausländische Gesandte irgend welche Bedingungen in Bezug auf die ausgebrochene Revolution aufzwingen wollen? Die Revolution war damals mächtiger als er, und die Militärkamarilla unter Führung des Prinzen von Preußen konnte nicht erreichen, was sie wollte. So denkt der Prinz Tuan anders als der Kaiser Kwangsü, und diesmal ist der Prinz der Mächtigere. Diese Beispiele, die ich aus der preußischen Geschichte nehme, sollten uns lehren, daß wir in Bezug auf die Forderungen, die wir stellen, doch etwas vernünftiger sein sollen, — ich sage mit Absicht nicht menschlicher, sondern nur vernünftiger. (Heiterkeit.)

Ferner wurde vom Herrn Reichskanzler ein großes Gewicht auf den bekannten Vertrag zwischen England und Deutschland gelegt. Meine Herren, ich sage Ihnen, das war die vernünftigste Handlung, die in den letzten sechs Monaten von der Reichsregierung begangen worden ist. Ich habe nur eins bedauert, nämlich, daß dieser Vertrag nicht schon vor vier Jahren geschlossen wurde, dann hätten wir Kiautschou nicht bekommen, da wäre Wei-hei-wei und Port Arthur nicht gewesen und alle die übrigen Räubereien, die an China begangen worden sind. (Heiterkeit.) Sie hätten dann allerdings auch nicht den schönen Vorwand für die Flottenvorlagen gehabt. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Lieber vorhin wieder nachdrücklich vor der Weltpolitik glaubte warnen zu müssen, die auf Grund jener bekannten Rede in Wilhelmshaven von dem Prinzen Ruprecht von Bayern bei der Einweihung der „Wittelsbach„

Digitized by Google

gehalten wurde, in der es heißt: wo immer in der Welt etwas los sei, müsse Deutschland ein entscheidendes Wort mitsprechen, so hat er schon einmal, aber vergeblich gewarnt. Ich erinnere Sie, daß das Wort „Weltpolitik" zum ersten Mal fiel am 18. Januar 1896, als im Königlichen Schloß das 25jährige Jubiläum der Gründung des Deutschen Reichs gefeiert wurde. Wie haben Sie damals und speziell der Herr Abgeordnete Lieber sich dagegen gewehrt! Sie haben auch zwei Jahre Widerstand geleistet; Sie haben noch im Frühjahr 1897 abgelehnt, im Vergleich zu heute, kaum nennenswerthe Flottenforderungen zu bewilligen. Und kaum sieben Monate darauf ist der Herr Abgeordnete Lieber an der Spitze der Majorität des Zentrums umgefallen, und die erste Flottenvorlage für die Weltpolitik wurde bewilligt. Desgleichen bald darauf die zweite, ohne daß inzwischen Ereignisse von Bedeutung eingetreten wären. Und wenn jetzt an entscheidender Stelle die Konsequenzen aus Ihren Flottenbewilligungen gezogen werden, so halten Sie sich darüber nicht auf, — Sie sind nun wieder einmal wie schon früher die „blamirten Europäer" gewesen. (Große Heiterkeit. Widerspruch.) — Ja, Sie sind die blamirten Europäer, daran ändert Ihr Widerspruch nichts! Sie haben die Bewilligung für die Flotte ausgesprochen, und jetzt kommt die Konsequenz: mit Hilfe der großen Flotte soll Deutschland überall in der Welt seine Nase dazwischen haben. Sie dürfen sich nicht beklagen, daß es so kommt, und der Herr Reichskanzler kann es nicht verhindern; denn er ist zwar Reichskanzler, aber dirigiren thut ein Anderer. (Lebhafte Heiterkeit.)

Meine Herren, ich bin der Meinung: unsere Politik China gegenüber ist so verkehrt wie möglich. Was von unserer Seite geschehen müßte, ist meiner Meinung nach kurz Folgendes: loyale Handhabung und Innehaltung der mit China geschlossenen Verträge; China muß als gleichberechtigter Staat anerkannt werden, was schon durch die Gesandtschaften ausgedrückt wird, die bei uns im Lande sind; Sicherung der chinesischen Bevölkerung gegen die Uebergriffe und Gewaltthaten der Fremden — das ist eine Hauptsache; Schonung der politischen und religiösen Ueberzeugung der Bevölkerung; nach dem Beispiele Rußlands Zurückhaltung der Missionen von China, oder wenn die Missionen nach China gehen wollen, dann erkläre man ausdrücklich, daß sie keinen staatlichen Schutz genießen, daß sie auf ihre eigene Faust und Verantwortung hingehen und daß, wenn sie Dinge thun, die im Lande Unzufriedenheit oder Empörung erwecken, sie sich das selbst zuzuschreiben und die Verantwortung dafür zu tragen haben, und kein Eingriff der Staatsgewalt zu ihren Gunsten erfolgt; freier Handel für alle Mächte, Politik der offenen Thür — damit sind wir einverstanden; und wenn Sie das Verbot der Waffeneinfuhr aufrecht erhalten wollen, meine Herren, dann setzen Sie auch hinzu: Verbot der Anlegung von Flotten- und Militärstationen der fremden Mächte auf chinesischem Boden, denn das gehört als Konsequenz der ersten Forderung hinzu. Beachten Sie aber wohl, wenn Sie sagen: Waffen darf China nicht haben, — so bekommt es sie doch. Ein Mitglied einer chinesischen Gesandtschaft hat schon geäußert: wenn man uns Waffen und Munition nicht liefert, so kaufen wir Eure Ingenieure und Werkmeister und machen uns Waffen und Munition selber. Die Chinesen sind überhaupt sehr schlaue Herren, das haben Sie wie ich wohl längst gemerkt. (Heiterkeit.) Als z. B. neulich der Vertrag zwischen Deutschland und England bekannt wurde, wurde ein Mitglied der Washingtoner chinesischen Gesandtschaft gefragt, wie es wohl den bekannten § 3 des Vertrags auslege, in welchem es heißt: die beiden Nationen verzichten darauf, einen Fuß breit Landes mehr zu nehmen, als sie haben; aber wenn andere es thun, behalten wir uns die weiteren Schritte vor. Darauf gab der Chinese die sehr treffende Auslegung, der § 3 bedeute: vorläufig stehlen wir nicht, vorausgesetzt, daß andere nicht stehlen; aber wenn diese stehlen, stehlen wir auch. (Heiterkeit.)

Es handelt sich also um die Verfolgung einer Politik, die sehr entgegengesetzt ist der von Ihnen jetzt eingeschlagenen. Vor Allem ein Friedensschluß unter Bedingungen, die dem chinesischen Reiche seine Weiterexistenz als selbstständiger Staat und als selbstständige Nation ermöglicht. Es genügt nicht zu sagen: wir wollen kein Fuß breit Landes; man muß auch die Möglichkeit geben, daß China als Staat leben kann. Wir haben im alten Reichstag einen schönen Spruch gehabt, daß jede Nation ein Recht zum Leben habe. Das haben die Chinesen auch, nicht blos die Deutschen und die anderen. Man muß es ihnen

Digitized by Google

möglich machen, als Chinesen zu leben, sonst hören die Verwicklungen und Kriege nicht auf. Ueberhaupt keine Politik der Rache, sondern eine Politik, wie sie sich für vernünftige Menschen gebührt. Andernfalls hören Haß- und Rachegelüste nicht auf, und neue Opfer an Menschen, an Geld, an Gut und Blut, Sinken und schließlich Beseitigung allen Einflusses, Sinken und Aufhören des Handels, den wir bisher in China gehabt haben, ist das Ende. (Sehr richtig! links.) Der Haß gegen die Deutschen, gegen die Europäer, gegen das Christenthum, — das sind die Früchte Ihrer jetzigen Politik, wie sie in der Dezision, die Graf Bülow vorgetragen hat, enthalten sind. Wir halten eine solche Politik für verkehrt, für verhängnißvoll, für verderblich; darum bekämpfen wir sie aufs Alleräußerste. Wir können es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, einer solchen Politik auch nur einen Pfennig zu bewilligen, und so erkläre ich im Namen meiner ganzen Fraktion, im Namen des Rechts, im Namen der Menschlichkeit (großes Gelächter rechts — lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokratie), stimmen wir einstimmig gegen die Vorlage. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe und Lachen rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath, Königlich preußische Staats- und Kriegsminister, General der Infanterie v. Goßler.

v. Goßler, General der Infanterie, Staats- und Kriegsminister, Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen: Der Beifall, welchen die äußerste Linke der Rede des Herrn Abgeordneten Bebel gezollt hat, kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß diese Rede sich mehr durch Länge als durch Tiefe auszeichnet. (Sehr richtig! rechts. Lachen links.) Herr Bebel verfährt bei seinen Reden jetzt so wie mit seinen Büchern. Sie bestehen aus einer Reihe von Zitaten, die lose miteinander verbunden sind, und die man nicht kontrolliren kann. (Aha! links.) So entwickelt sich denn daraus das Bild einer mehrstündigen Rede. Um derartige Ausführungen beurtheilen zu können, müßten sie jedoch logischer gruppirt sein; denn es ist wirklich sehr schwer, aus dieser Menge von Zitaten (Lachen links) sich den eigentlichen Faden seiner Rede herauszusuchen.

Zunächst ist Herr Bebel davon ausgegangen, daß die verbündeten Regierungen einen Verfassungsbruch begangen hätten. Das ist ja eine bequeme Grundlage für eine längere Rede; aber ich würde ihm rathen, sich die Vorgänge erst einmal anzusehen, die ja auch Herr Dr. Lieber schon hier angeführt hat. Aehnliche Verhältnisse haben bereits wiederholt vorgelegen. Ich erinnere im Besonderen an den Vorgang vom Jahre 1884. Damals waren eine Reihe von Millionen im Interesse der Landesvertheidigung ausgegeben worden. Die Budgetkommission sowohl wie das Plenum des Reichstags erkannten ausdrücklich an, daß es Pflicht der verbündeten Regierungen beziehungsweise der Militärverwaltung gewesen wäre, so zu verfahren, wie es geschehen. In dem einen Falle wurde die nachträgliche Genehmigung und in dem anderen Indemnität ertheilt, und zwar hier Indemnität deshalb, weil die Vorbereitungen zur Verstärkung der Besetzung der östlichen Grenze — hierum handelte es sich — in einer Zeit getroffen wurden — in welcher der Reichstag noch versammelt gewesen war.

Die Frage, was mit den Formationen geschehen solle, aus denen das Expeditionskorps für China zusammengesetzt sei, ist insofern eine offene, als es auf einem besonders zu genehmigenden Kriegsetat steht, und die Formation seiner Truppentheile nur für diesen Zweck erfolgt ist. Sollen diese Formationen später etwa in irgend einer Form dauernd beibehalten werden, so bedarf es dazu der gesetzlichen Regelung durch die gesetzgebenden Faktoren, den Bundesrath und den Reichstag.

Wenn darauf hingewiesen wurde, diesen Formationen seien auch Fahnen verliehen worden, so ist das vom militärischen Standpunkt aus ganz selbstverständlich; denn alle Kriegsformationen führen Fahnen, die für sie mit den Waffen bereit gehalten werden. Natürlich mußten diese Truppentheile neue und zwar deutsche Fahnen erhalten, da sie einem einzelnen Bundeskontingent nicht angegliedert sind.

Der Abgeordnete Bebel hat uns dann, nicht auf Grund eigener Kenntniß, sondern durch Studium der verschiedensten Schriften, die chinesischen Zustände geschildert und wesentlich den Europäern die Schuld beigemessen, daß die Wirren

Digitized by Google

dort entstanden sind. Im Allgemeinen sollte man aber doch denken, die sozialdemokratische Partei stimme dem zu, daß durch Verträge mit anderen Staaten, durch Eröffnung von Freihafen, wie es in China geschehen ist, der internationale Verkehr nur gewinnen könnte. Dazu gehört allerdings, daß beide Theile derartige Verträge auch halten. Geschieht das von dem einen Theile nicht, so muß dem andern die Möglichkeit geboten sein, die Erfüllung des Vertrags zu erzwingen.

Herr Bebel hat dann auch von den schönen Häfen in China gesprochen, die wir genommen haben. Ich möchte ihm rathen, sich einmal eine Beschreibung des Hafens von Kiautschou anzusehen, er würde daraus entnehmen können, in welcher traurigen Verfassung wir diesen Hafen übernommen haben und in welchem verbesserungsbedürftigen Zustande er sich noch jetzt befindet. Der ganze nördliche Theil der Küste Chinas befindet sich eben dank der vollständig mangelnden oder versagenden Verwaltung der chinesischen Behörden in einer unbeschreiblichen Verfassung.

Wenn der Abgeordnete Bebel aus seiner China-Lektüre ferner geglaubt hat feststellen zu können, daß namentlich die Missionen für die Zustände, wie sich diese jetzt gestaltet haben, verantwortlich zu machen seien, so möchte ich, ganz im Gegentheil, darauf hinweisen, was die Missionen zum Beispiel nur an Schulen und Krankenhäusern gestiftet haben, und was für eine großartige Thätigkeit von ihnen dort im Interesse der armen chinesischen Bevölkerung entwickelt worden ist. (Sehr richtig!)

Herr Bebel meint dann, daß wir — und hierbei erwähnte er speziell die Oberbayern — ebenso verfahren würden wie die Chinesen, wenn ein Fremder unsere Kirchen beträte. Auch hierin irrt er; denn gerade darin ist die katholische Kirchenordnung, die Kirchen immer offen zu halten, besonders dankenswerth, und noch nie habe ich es erlebt, daß einem Andersgläubigen beim Besuche einer Kirche irgend welche Unannehmlichkeiten erwachsen wären. (Sehr richtig!) Im Gegentheil, Alle sind willkommen, auch Die, welche nur eintreten, um sich die Kirche anzusehen, und schon der Gedanke, daß wir Leute, die nicht unseres Glaubens sind, daß wir Missionare eines fremden Volkes in solch barbarischer Weise foltern und abschlachten könnten, wie es in China geschehen, ist unseres Volkes unwürdig. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel scheint von der merkwürdigen Auffassung auszugehen, daß das Vorgehen der Chinesen in dieser Form des Mordens, Marterns und der Abschlachtung der Fremden als der naturgemäße Ausgang der augenblicklichen Verwickelung anzusehen sei. Für uns Soldaten und, ich glaube, auch für jeden anderen denkenden Menschen liegen die Verhältnisse doch wesentlich anders. Will man einen Staatsvertrag nicht mehr halten, so kündigt man ihn. Wird die Kündigung nicht angenommen, oder nehmen die Differenzen einen größeren Umfang an, dann erklärt man den Krieg. So wird es unter allen zivilisirten Nationen, die unter dem Völkerrecht stehen, gehalten. Wenn aber der Krieg damit begonnen wird, daß zunächst alle Angehörigen des anderen Staates abgeschlachtet werden, dann tritt ein Zustand ein, der der Zivilisation und dem Völkerrecht Hohn spricht. Geht der Abgeordnete Bebel von dieser Grundlage aus, dann wundere ich mich allerdings nicht, daß er für diese Verhältnisse ein relativ geringes Verständniß besitzt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich mache mir einen anderen Schluß aus den Vorgängen in China — daß Herr Bebel dieses nicht thut, ist mir erklärlich —, der allerdings von ernsterer Art ist. Ich schließe aus diesen Vorgängen, daß es das größte Unglück für eine Regierung ist, wenn sie in die Gewalt extremer politischer Parteien oder gar in die Hände von geheimen Gesellschaften geräth. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Ich habe keinen Grund, mich auf Scherze einzulassen. Ich kann nur mit allem Ernst betonen, daß eine jede Regierung zu Katastrophen geführt werden muß, die sich in dieser Weise beeinflussen läßt. Meines Erachtens hat eine starke Regierung, die sich auf die gemäßigten Elemente des Landes stützt, die besten Chancen, derartige Katastrophen zu vermeiden. (Wiederholte Zurufe bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Kriegsminister nicht zu unterbrechen!

v. Goßler, General der Infanterie, Staats- und Kriegsminister, Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen: Es ist uns dann eine

Digitized by Google

entsetzliche Schilderung von Mordthaten der in Peking eingerückten Schutzwachen gemacht worden. Ich kann das hier natürlich nicht kontrolliren, gebe aber Herrn Bebel zu bedenken, daß die Ermordung der Fremden in und um Peking vorausgegangen war, und daß rings um Peking die Kirchen und Niederlassungen der Missionare und sonstiger Fremden bereits brannten, als die Schutztruppen herangezogen wurden. Ob die erwähnte Versammlung der rothbeturbanten Männer so harmloser Natur gewesen ist, kann ich in diesem Augenblick nicht beurtheilen; ich nehme aber doch an, daß Veranlassung vorlag, gegen diesen Trupp mit der Waffe einzuschreiten.

Der Abgeordnete Bebel hat dann auch die Verhältnisse in Peking auf Berlin angewandt und sich dahin ausgesprochen, daß, wenn derartiges hier geschehe, sofort in Berlin eine Revolte ausbrechen würde. Er scheint anzunehmen, daß es in Berlin keine Regierung gebe, die gewillt und in der Lage sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Für Herrn Bebel handelt es sich hiernach nur um eine Revolution oder den Todtschlag unbequemer Menschen.

Die Entsendung der Expedition nach China ist meines Erachtens ein unbedingtes Erforderniß, will man sich überhaupt als große Nation noch fühlen. Für solche Verbrechen unter schwerster Verletzung des Völkerrechts muß doch eine Sühne stattfinden. Legt man, wie Herr Bebel das vorschlägt, die Hände in den Schoß, so ist Deutschland aus dem Bereich des internationalen Verkehrs gestrichen; wir treiben dann eine Politik der Impotenz, Deutschland wird das Land der Philister, und darauf wollen wir nicht herabsinken. (Heiterkeit links.)

Eine andere Lehre noch, die wir schon jetzt aus der Entwickelung Chinas ziehen können, ist für mich sehr interessant, für die Sozialdemokratie vielleicht viel weniger. Der Herr Abgeordnete Bebel ist der Vertreter des Volksheeres und hat darüber die mannigfachsten Broschüren geschrieben. Diese Rezepte scheinen in China Anklang gefunden zu haben; denn ähnlich seinen eigenen Vorschlägen sind in dem Lande Niederlagen von Waffen, Munition und auch von Geschützen errichtet und die verschiedenen Banden, für die diese Waffen bestimmt waren, gewissermaßen gruppirt worden. Mit einem Schlage ist dann die große Volksbewaffnung, die Errichtung des Volksheeres, in Szene gegangen. Und was ist nun das Resultat der Sache? Einer ganz geringen Zahl regulärer Truppen ist es gelungen, den Widerstand sofort über den Haufen zu werfen und den Marsch nach der Hauptstadt durchzuführen. Die Befestigungen wurden genommen, die feindliche Regierung verjagt und große Massen von Vorräthen aller Art erbeutet. (Zwischenruf links.) Wir sprechen augenblicklich von China, und ich habe keine Veranlassung, jetzt auf Transvaal einzugehen; aber, ich glaube, auch die Buren würden mit den Rathschlägen von Herrn Bebel sehr wenig einverstanden gewesen sein.

Also auf diese Weise ist die gesammte erste Periode der Operationen dieses Volksheeres gescheitert. Dazu kommt noch, daß auch der ganze Norden Chinas trotz dieses Aufgebots eines Volksheeres in russische Hände fiel. Die Operationen können mithin nicht ungünstiger für ein Volksheer begonnen haben, als es hier der Fall gewesen.

Was die von Herrn Bebel erwähnten Grausamkeiten betrifft, so habe ich ihm bereits früher einmal vorgehalten, daß durch den Volkskrieg der Krieg einen grausamen Charakter annimmt, und daß wir Soldaten einen solchen Krieg sehr ungern führen; denn auf diese Weise werden die Verhältnisse, wie sie sich zwischen regulären Truppen ergeben, vollständig verschoben. Im Uebrigen ist unser Verhalten nicht dem Belieben überlassen. Unsere Gesetzgebung giebt vielmehr in dieser Hinsicht ganz bestimmte Vorschriften. Der § 91 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich bestimmt ausdrücklich, daß gegen Ausländer im Kriege wegen verrätherischer Handlungen, bei Widerstand gegen die deutschen Truppen oder deren Bundesgenossen, ja sogar, wenn sie diesen nur Nachtheil zufügen, nach Kriegsgebrauch zu verfahren ist. Der Kriegsgebrauch ist aber von alten Zeiten her der, daß Mörder und Verräther, wenn sie auf frischer That betroffen werden, sterben. (Lebhafte Unterbrechungen von den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.) Jede Willkür ist dabei ausgeschlossen; denn durch Kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1899, gegengezeichnet durch den Herrn Reichskanzler, ist auf Grund des § 3 des Einführungsgesetzes zur Militärstrafgerichtsordnung das kriegsgerichtliche Verfahren gegen Ausländer genau geregelt. Diese Verordnung trägt den Titel: „Kaiserliche Verordnung über das außerordentliche

Digitized by Google

kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer und die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit gegen Kriegsgefangene." Nach dieser durch Seine Majestät beim Expeditionskorps sofort eingeführten Verordnung wird die Strafrechtspflege bei diesem verwaltet. Dem Strafgesetzbuch entsprechend ist allerdings in § 18 dieser Verordnung noch Folgendes gesagt:

> Durch vorstehende Bestimmung wird die Befugniß der kommandirenden Offiziere nicht ausgeschlossen, Ausländer, die im Kriege verrätherischer Handlungen gegen die Deutschen oder Verbündeten sich schuldig machen, wenn sie auf frischer That betroffen werden, ohne vorhergegangenes gerichtliches Verfahren nach dem bisherigen Kriegsgebrauche zu behandeln.

Hier ist also die sofortige Bestrafung mit dem Tode für Diejenigen vorgesehen, welche auf frischer That betroffen werden. Die Verordnung entspricht im Wesentlichen dem Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851. In diesem für Deutschland geltenden Gesetz ist festgesetzt, daß in denjenigen Bezirken, welche in Belagerungszustand erklärt sind, derjenige, der sich des Angriffs oder des Widerstandes gegen die bewaffnete Macht oder gegen Abgeordnete von Zivil- und Militärbehörden in offener Gewalt, oder mit Waffen und gefährlichen Werkzeugen versehen, sich schuldig macht, mit dem Tode bestraft wird. Das sind dieselben Verhältnisse, die auch in China allein maßgebend sind.

Nun hat Herr Bebel eine Reihe von Briefen angeführt, die ich im Besonderen im „Vorwärts", aber auch in anderen Zeitungen zum Theil bereits gelesen habe. Die darin geschilderten Grausamkeiten decken sich mit unserer Gesetzgebung und unseren Bestimmungen nicht. Ich würde daher Herrn Bebel, wie er ja auch in Aussicht gestellt hat, ersuchen, mir diese Briefe auszuhändigen: denn es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn der Inhalt dieser Briefe sich bewahrheiten sollte, gegen diese Leute kriegsgerichtlich eingeschritten werden müßte. (Zurufe links.) Ich mache darauf aufmerksam, es handelt sich hier um Plünderung und Tödtung; hierauf steht nach dem Militärstrafgesetzbuch der Tod. (Hört! hört!) Die Sache würde mithin für die Betreffenden eine sehr ernste Wenduug nehmen können. Eine Depesche des Kommandeurs des Expeditionskorps, die auf Anfrage gestern oder vorgestern eingegangen ist, enthielt übrigens die Auskunft, es werde auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen verfahren, vorgekommene wenige Ausschreitungen wären unnachsichtlich geahndet worden. (Hört! hört!)

Endlich hat sich, wie das leider oft geschieht, Herr Bebel, statt sich an die Sache zu halten, mit der Person Seiner Majestät des Kaisers beschäftigt. Ich bedaure jedesmal, wenn von den Reden Seiner Majestät einzelne Bruchstücke hier oder in der Presse zur Diskussion gestellt werden. Das deutsche Volk kennt doch seinen Kaiser gut genug, um ihn richtig zu schätzen in seiner ganzen Persönlichkeit. Ich kenne keinen Monarchen, dem Grausamkeit so fern liegt wie unserem Kaiser. Er lebt und sorgt nur für sein Volk, soweit er das kann, Tag und Nacht. Wenn dann der Allerhöchste Kriegsherr, der seine Truppen zum letzten Abschied vor sich sieht, die Truppen, die auf sein Geheiß ins Feld ziehen, — er ist besser orientirt als sie — warnt, sie auf manche Verhältnisse dort aufmerksam macht, dann muß man doch sagen: eine derartige Bewegung ist menschlich erklärlich, ist menschlich schön. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte nochmals, nicht zu unterbrechen! Herr Abgeordneter Bebel hat über zwei Stunden geredet, ohne daß er unterbrochen worden ist.

v. Goßler, General der Infanterie, Staats- und Kriegsminister, Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Preußen: Wenn mir der Ausspruch entgegen gehalten worden ist: „Gefangene werden nicht gemacht", so habe ich Ihnen die gesetzlichen Bestimmungen bereits vorgetragen, welche auf Befehl des Kaisers bei den nach Ostasien entsandten Truppen zur Einführung gelangt und auf Allerhöchsten Befehl auf dem langen Transport nach China mit den Truppen zur eingehenden Instruktion gemacht worden sind. Folgen, wie sie Herr Bebel hier zur Sprache gebracht hat, sind also, selbst wenn die Rede Seiner Majestät zu einem Mißverständniß hätte führen können, völlig ausgeschlossen.

Im „Vorwärts" spielen die „Hunnenbriefe" jetzt fast täglich eine große Rolle, und der Ausdruck „Hunnen" ist auf eine Rede Seiner Majestät in Bremerhaven zurückgeführt worden. Ja, wenn man diese Kritiken liest, dann kann man doch nur sagen: das ist eine rein äußerliche Betrachtung der Weltgeschichte. (Zurufe links.) Dem Gedanken muß man nachgehen. (Lachen bei den Sozial-

Digitized by Google

demokraten.) — Die Herren Sozialdemokraten lachen. Ich habe mich veranlaßt gesehen, auch Geschichtsbücher zu lesen, die von Parteigenossen der Sozialdemokraten verfaßt worden sind, so z. B. „Die Römische Geschichte der Kaiserzeit", von dem verdienten Parteigenossen Most in wenigen Monaten in Plötzensee geschrieben. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das ist allerdings das verrückteste Buch, von einem verrückten Menschen geschrieben, das mir jemals in die Hand gekommen ist. Ich meine aber, man muß die Weltgeschichte im Ganzen betrachten. Der Vorgang, daß vor anderthalb Jahrtausenden die Mongolen, die Ostasiaten in Europa einfielen und ganze Reiche über den Haufen warfen, bis sie schließlich durch den Rest der europäischen Völker geschlagen wurden und Europa räumten, ist doch von größtem Interesse. Jahrhunderte lang haben wir unter diesem furchtbaren Einfall gelitten. Jetzt nach anderthalb Jahrtausenden — die Vergeltung der Weltgeschichte schreitet sonst schneller — vereinigen sich endlich die Völker Europas (große Heiterkeit), nicht um den Hunnen nachzuahmen, sondern um Recht und Gesetz in Ostasien wieder aufzurichten.

Zum Schluß seiner Ausführungen hat Herr Bebel sich nicht enthalten können, auch noch die Scherze über den „Weltmarschall" dem hohen Hause vorgetragen. Ich muß sagen, über einen abwesenden, verdienten Mann in der Weise herzuziehen, ist nicht angemessen. Der Feldmarschall Graf Waldersee verdient nach seiner ganzen Vergangenheit und nach dem, was er für das Deutsche Reich in den verschiedensten Stellungen geleistet hat, die allgemeinste Achtung, und wenn er sein schweres Amt im Alter von 68 Jahren mit dieser Frische angetreten, wenn er mit dem vollen Bewußtsein der Verantwortung nach China gegangen ist, so danke ich ihm das von Herzen und, ich glaube, auch ein Jeder, der für solche Männer ein Verständniß und Interesse hat. (Lebhaftes Bravo rechts.) Wer ihm die verschiedenen Ovationen und dergleichen, welche er entgegen nehmen mußte, zur Last legt (Heiterkeit), der, meine Herren, kennt den Feldmarschall nicht, der solcher Reklame durchaus abhold ist. (Sehr wahr! rechts. Na! na! links. Heiterkeit.) Er ist seiner ganzen Person nach die Einfachheit selbst, und wenn von anderer Seite ihm Ovationen bei seiner Abreise nach Genua dargebracht worden sind, so ist das nur ein Zeichen der Verehrung, die er verdientermaßen in der Armee und im Volke genießt.

Der Herr Bebel hat dann noch die Befürchtung ausgesprochen, daß diejenigen Leute, welche nach China geschickt worden wären, der Verrohung anheimfallen würden. Ich hege eine solche Befürchtung nicht. Nach meinen militärischen Gefühlen ist es insofern vielmehr ein Glück für die Armee und die Angehörigen derselben, daß der Ernst des Krieges uns einmal wieder klar wird, und ich hoffe, daß diejenigen, die zurückkommen, die Welt ernster ansehen werden als die, die nach China gegangen sind.

In der 4. Sitzung (Dienstag) erklärten Abg. **Bassermann** für die Nationalliberalen, und **Lewetzow** für die Konservativen ihre Zustimmung zur Regierungspolitik, **Richter** nahm in Einzelheiten einen oppositionellen Standpunkt ein, während **Kardorff** für die Freikonservativen und **Rickert** für die freisinnige Vereinigung die Regierungspolitik billigten In Erwiderung auf **Richter's** Ausführungen betreffs der Kaiserreden entgegnete der

Reichskanzler **Graf von Bülow:** ... Ich glaube, es ist der Art. 17 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß der Reichskanzler die Verantwortung trägt für die Anordnungen und Verfügungen Seiner Majestät des Kaisers. Der Herr Abgeordnete Richter wird selber nicht behaupten, daß Reden Seiner Majestät des Kaisers unter eine dieser beiden Kategorien fallen. Ich möchte aber nicht einen Augenblick zögern, hier zu erklären, daß ich die volle moralische Verantwortung übernehme für die Reden Seiner Majestät des Kaisers, welche auch von der großen Mehrheit der Nation nicht mißverstanden werden. (Bravo! rechts. — Heiterkeit links.) — Meine Herren, ich habe gestern dem Herrn Abgeordneten Bebel mit der größten Aufmerksamkeit zugehört, er wird mir selbst bezeugen, daß ich ihn nicht ein einziges Mal durch einen Heiterkeitsausbruch unterbrochen habe; darum sollte ich glauben, daß man auch mich ruhig ausreden lassen könnte, denn: eines Mannes Rede, ist keines Mannes Rede; man muß sie billig hören beede! — Die Rede Seiner Majestät in Bremerhaven ist gehalten worden in einem Augenblick, wo allgemein angenommen werden mußte, daß alle in Peking eingeschlossenen Europäer eines martervollen Todes gestorben wären. Es war

Digitized by Google

nach meiner Auffassung ganz in der Ordnung, daß Seine Majestät der Kaiser zu den ausrückenden Soldaten in diesem Augenblick als Soldat gesprochen hat und nicht als Diplomat. Daß die Diplomatie dabei nicht zu kurz kommt, dafür lassen Sie mich sorgen! (Bravo! rechts.) Die Hauptsache war, daß unsere Leute wußten, mit wem sie es zu thun haben würden und gegen wen sie geschickt wurden; denn das gestehe ich, daß mir der kleine Finger eines braven deutschen Soldaten mehr werth ist, als das ganze Mordsgesindel der Boxer. (Bravo!)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter ist auch zu sprechen gekommen auf die Rede, welche Seine Majestät der Kaiser — es war, glaube ich im Marinekasino in Wilhelmshaven — gehalten hat. In dieser Rede hat Seine Majestät der Kaiser die Ziele unserer Politik gekennzeichnet. Meine Herren, daß wir in großen und für unsere Zukunft wichtigen Fragen uns nicht bei Seite schieben lassen, das involvirt noch lange nicht die Tendenz, daß wir in Fragen, die uns nicht angehen, uns einmischen wollen. Aus solchen Fragen werden wir auch künftig die Finger herauslassen. Aber die Ebenbürtigkeit mit den anderen Mächten und das Recht, mitzusprechen in der Welt, das werden wir uns nicht rauben lassen. (Lebhafter Beifall.)

---

5. Sitzung

am Donnerstag, den 22. November 1900.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900, nebst Anlagen (Nr. 8 der Drucksachen).

Als erster Redner vertrat Abg. **Payer** den ablehnenden Standpunkt der süddeutschen Volkspartei gegenüber der Regierungspolitik; der bayrische Bevollmächtigte zum Bundesrath **Graf Lerchenfeld** erklärte, daß der diplomatische Ausschuß des Bundesraths sowie dieser selbst über die von der Reichsregierung eingeschlagene Chinapolitik unterrichtet worden sei und daß die Frage, ob in die Vorlage der Regierung der Ausdruck Indemnität aufzunehmen sei oder nicht, den Bundesrath eingehend beschäftigt habe, von ihm aber als eine ganz untergeordnete angesehen worden sei, da dem Bundesrath nichts ferner gelegen habe als eine Verletzung der Parlamentsrechte. Nach dem Abg. **Dziembowski-Pomian** (Pole) vertrat Abg. **Stöcker** unter heftigen Angriffen auf Bebel und die Sozialdemokratie den Standpunkt der Regierung, auch darin, daß er die Einberufung des Reichtags nicht für durchaus nothwendig hielt, während Abg. **v. Hodenberg** (Welfe) sich gegen die Regierungspolitik aussprach. Ihm folgte

Singer, Abgeordneter: Meine Herren, die Ausführungen des Herrn bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrath, die wir heute gehört haben, geben mir Veranlassung, einige kurze Bemerkungen zu machen. Der Herr Vertreter von Bayern hat die Haltung des Bundesraths zu rechtfertigen versucht und hat dabei ausgeführt, daß nach seiner Meinung der Herr Reichskanzler seiner Verpflichtung dadurch genügt hätte, daß er den sogenannten diplomatischen Ausschuß berufen hat. Die Ausführungen des Herrn bayerischen Bevollmächtigten haben in mir den Eindruck, den ich schon immer hatte, verstärkt, daß nämlich dieser sogenannte diplomatische Ausschuß im Bundesrath eigentlich nichts weiter darstellt als eine werthlose Dekoration. Denn was wir aus dem Munde des Herrn Bevollmächtigten über die Thätigkeit dieses Ausschusses gehört haben, ist nichts Anderes, als daß die Herren zu dem, was ihnen vorgetragen worden ist, ihr Ja und Amen gegeben haben. (Sehr richtig! links.) Ist denn den Herren im Bundesrath, die diesem Ausschuß angehören, nicht der Gedanke gekommen, man müßte die Volksvertretung in der Chinafrage hören? Der Bundesrath kann doch nicht für sich den Namen der Volksvertretung usurpiren. Wenn der Bundesrath das thäte, würde er im höchsten Grade Unrecht haben; denn der Bundesrath ist nichts weiter als die Vertretung der Fürsten im Reich, von denen er ernannt ist; also von Volksvertretung kann beim Bundesrath nicht die Rede sein.

Digitized by Google

Um so erstaunlicher ist es aber, daß die Herren vom Bundesrath, namentlich die Herren, denen die Ziele der Reichsregierung in Bezug auf die Chinapolitik mitgetheilt waren, ihrerseits nicht Veranlassung genommen haben, zu hören, was die Volksvertretung über die Regierungspolitik denkt. Freilich, der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath hat den Grund für seine und seiner Kollegen Haltung mitgetheilt. Er hat uns gesagt, daß ebenso wie die Herren vom Ausschuß geneigt gewesen sind, die Ziele der deutschen Politik in China zu billigen, so seien sie überzeugt gewesen, daß das im Reichstag auch der Fall sein würde. Der Herr Graf v. Lerchenfeld hat seine Pappenheimer gekannt, das ist richtig. Und wir haben in den letzten Tagen gehört, daß seine Voraussetzungen zutreffend waren. Dieser Umstand aber entband doch den Bundesrath nicht von der Verpflichtung, die Einberufung des Reichstages zu verlangen und zu veranlassen, daß das, was von der verantwortlichen Leitung der Reichspolitik versäumt war, nämlich die Befragung der Volksvertretung, nachgeholt werde.

Die Erwiderung auf die von Hochmuth und Unrichtigkeiten strotzende Rede des Herrn Abgeordneten Stöcker gegen meinen Freund Bebel werde ich der Hauptsache nach diesem selbst überlassen. Ich halte es für selbstverständlich, daß mein Freund Bebel, der tagelang Gegenstand heftiger Angriffe gewesen ist, noch zum Wort kommt, und ich weiß, daß den Herren, mit denen er abzurechnen hat, nichts geschenkt werden wird. Aber ich glaube doch verpflichtet zu sein, sofort in dem ersten Augenblick, wo ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion nach der Rede des Herrn Stöcker zu Worte kommt, einige kurze Bemerkungen zu der Rede des Herrn Stöcker zu machen.

Herr Stöcker hat — ich weiß nicht, ob das seiner Oberflächlichkeit oder seiner Unwissenheit zu danken ist — verkündet, daß die Einberufung des Reichstages auch schon um deswillen nicht nöthig gewesen sei, weil die anderen Regierungen ihre Parlamente ebenfalls nicht einberufen haben. (Widerspruch rechts.) — Wenn Herr Stöcker sein Stenogramm nachsehen wird, wird er finden, daß er davon gesprochen hat.

Präsident: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Singer, Abgeordneter: Es ist Thatsache, — und ich glaube, daß der Herr Abgeordnete Stöcker, wenn er über diese Dinge spricht, das hätte wissen müssen — daß sowohl in Frankreich wie in England die Parlamente in diesem Sommer versammelt waren, und daß sowohl in Frankreich wie in England die Regierungen sich Kredit für ihre Aktion in China haben bewilligen lassen. (Sehr wahr! links.) Es ist also gerade das Gegentheil von demjenigen wahr, was Herr Stöcker verkündet hat. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, die Bebel'sche Rede hat das Mißfallen des Herrn Stöcker erregt. Das begreife ich; denn mein Freund Bebel hat unumstößliche Wahrheiten gesagt (Lachen rechts), und Herr Stöcker kann nun einmal die Wahrheit nicht leiden. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Singer, Sie dürfen nicht von einem Mitgliede des Reichstags sagen, daß er die Wahrheit nicht leiden kann. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Bravo!)

Singer, Abgeordneter: Wenn Herr Stöcker dann meinem Freunde Bebel seine Vaterlandslosigkeit vorgeworfen hat, dann hat er nach berühmten Mustern gehandelt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und eine Kopie gegeben, von deren Original ja im Reichstag bekanntlich nur gesprochen werden darf, wenn die betreffenden Worte im „Reichsanzeiger" veröffentlicht sind. Herr Stöcker hat sich wahrscheinlich in seiner früheren Stellung gefühlt, als er meine Partei in seinen Angriffen gegen Bebel mit einer Schafheerde verglich. Da fühlte er sich wohl mal wieder als Oberhirte seiner früheren Gemeinde.

Dann hat Herr Stöcker auch über die sogenannten Hunnenbriefe gesprochen und gemeint, man wisse ja, wie solche Briefe entstehen, sie würden unvorsichtig abgefaßt und enthielten meist Uebertreibungen und Unrichtigkeiten. Nach dem einmüthigen Eindruck, der im Hause über diese Briefe herrscht, durfte Herr Stöcker nicht mit der Behauptung kommen, daß die in den Briefen geschilderten Greuelthaten nicht wahr sind. Herr Abgeordneter Stöcker tadelt die Unvorsichtigkeit, mit der die Briefe nach seiner Ansicht abgefaßt seien. Ja, die Soldaten in China haben eben nicht die Zeit, ihre Briefe so auszufeilen, wie es der Ver-

Digitized by Google

fasser des berühmten „Scheiterhaufenbriefes" gethan hat. (Heiterkeit.) Meine Herren, die ganze Rede des Herrn Abgeordneten Stöcker hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob er lebhaft bemüht sei, den verloren gegangenen Einfluß an gewisser Stelle wiederzugewinnen. (Widerspruch rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie weit ihm das gelungen ist, habe ich nicht zu beurtheilen. Jedenfalls haben die Ausführungen meines Freundes Bebel Herrn Stöcker keine Veranlassung gegeben, derartige haßsprühende Behauptungen aufzustellen.

Dann hat der Herr Abgeordnete Stöcker auch davon gesprochen, indem er auf die Begebenheiten bei der französischen Kommune eingegangen ist, daß wir, die Sozialdemokraten, die Erschießung des Erzbischofs gepriesen hätten. Ich muß Herrn Stöcker sagen, daß er ganz gewiß, ohne es zu wollen und ohne es zu wissen, sich damit zum Verbreiter einer ganz gemeinen Lüge gemacht hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, kein sozialdemokratisches Blatt, kein sozialdemokratisches Buch, kein sozialdemokratischer Redner hat jemals irgendwo die Erschießung des Erzbischofs gepriesen. (Zuruf rechts.) Der Herr Abgeordnete Stöcker hat diese Behauptung aufgestellt, und demgegenüber erkläre ich, daß es Herrn Stöcker, wenn er sich von der Unwahrheit seiner Angabe überzeugt haben wird, seine Aufgabe ist, die Behauptung ebenso feierlich zurückzunehmen, wie er den Versuch gemacht hat, seine Behauptung als feierliche Wahrheit zu verkünden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Abgeordnete Stöcker schließlich noch gemeint hat, daß, wenn die Heiden mal nach Europa kämen, meine Parteigenossen in deren Reihen Unterkunft finden würden, dann muß ich ihm sagen, daß ich glaube, im Namen aller meiner Parteigenossen zu sprechen, wenn ich erkläre: lieber tausendmal bei den Heiden sein als in der Gesellschaft des Herrn Stöcker. (Heiterkeit.)

Meine Herren, die Redner, die bisher über die Regierungsvorlage gesprochen haben, haben mit Ausnahme meines Freundes Bebel im Großen und Ganzen die Nichteinberufung des Reichstages und die Indemnitätsfrage in den Vordergrund ihrer Betrachtungen gestellt. Keine der bürgerlichen Parteien hat sich der auf Ruhm- und Eroberungssucht beruhenden Abenteurerpolitik, welche von Deutschland in China getrieben wird, grundsätzlich entgegengestellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, wir verurtheilen die von der Regierung geübte Mißachtung des Reichstages auf das allerschärfste. Aber ich kann nicht umhin zu betonen, daß die Behandlung, die dem Reichstage in diesem Sommer von der Regierung zu Theil geworden ist, von der Majorität des Reichstages selbst verschuldet worden ist. (Sehr wahr! links.) Der Niedergang des Parlamentarismus, die Mißachtung, welche dem Parlament gezeigt wird, die Geringschätzung, welche man dem Votum des Parlaments beilegt, hat in nichts Anderem ihre Ursache als in der Willfährigkeit und Nachgiebigkeit, welche die Majorität gerade auch dieses Reichstages gegenüber allen Forderungen der Regierung bewiesen hat. (Sehr wahr! links.) Wenn irgend etwas, so ist gerade das Wort: „sie werden ein paar Tage reden und dann bewilligen", das Herrn Dr. Lieber — als von hoher Seite stammend — so außerordentlich geärgert zu haben scheint, der schlagendste Beweis dafür, mit welchem Hochmuth und mit welcher Geringschätzung der Reichstag von maßgebender Seite behandelt wird. Dieses Wort ist der Ausdruck des absolutistisch persönlichen Regiments, welches die Volksvertretung als eine lästige Einrichtung betrachtet, als ein Uebel, das die Autorität beeinträchtigt. (Sehr richtig! links.) Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß der Herr Reichskanzler das erlösende Wort von der Indemnität gesprochen hat. Aus den Reden der Herren Lieber, Bassermann und Rickert klang es zwar heraus, als ob die Herren meinen: nun ist Alles gut! Der Herr Reichskanzler hat gesagt, er wolle die Indemnität für das Verhalten der Regierung freundlichst akzeptiren, nun brauchen wir uns über die Verfassungsverletzung nicht weiter zu ereifern.

Ich finde es übrigens nicht sehr freundlich von dem Herrn Reichskanzler, daß er seinen Anhängern auch diesen kleinen Sieg über die Regierung von vornherein entrissen hat. Es wäre doch wirklich schön gewesen, wenn die Majorität dieses Hauses im Kampfe mit dem Herrn Reichskanzler die Indemnität errungen hätte, auf die sie so außerordentlich Werth legt, daß sie hierüber die eigentliche Frage bei Seite schiebt. (Heiterkeit.) Statt dessen bringt der Herr Reichskanzler der Majorität die Indemnität auf dem Präsentirteller entgegen und raubt den

Digitized by Google

Herren auch diesen kleinen Erfolg, den er ihnen doch hätte gönnen können, bei der kolossalen Nachgiebigkeit, welche die „regierende Partei" der Vorlage gegenüber zur Schau trägt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wir stehen zu dieser Frage anders. Für uns ist mit der Indemnitätsannahme seitens des Herrn Reichskanzlers garnichts gethan. Vorher mußte der Reichstag gefragt werden; ehe Deutschland in weltpolitische Abenteuer verwickelt wurde, ehe Tausende von Menschen in mörderisches Klima geschickt wurden, ehe das Volk mit Millionen und aber Millionen belastet wurde, mußte der Reichstag gefragt werden. (Sehr wahr! links.) Und wenn die Regierung jetzt kommt und sagt: wenn Ihr wollt, ertheilt uns Indemnität, wir akzeptiren dieselbe, dann möchte ich meinen, daß das ein Verfahren ist, welches dem Ernst der Situation in keiner Weise entspricht. (Sehr wahr! links.)

Weder die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers noch des Herrn Kriegsministers haben unsere Ansicht über die Politik der Regierung erschüttern können. Wir machen uns nicht zu Mitschuldigen einer Politik, die von phantastischen Welteroberungsplänen ausgeht, die in einem Rachezuge gipfelt, den ich als blutigen Hohn auf Kultur und Zivilisation bezeichnen muß. (Sehr wahr! links.) Der Herr Reichskanzler bestreitet, daß die deutsche Politik in China eine abenteuerliche genannt zu werden verdient, er erklärt, daß die Hohenzollern nicht die Wege der Bonapartes wandeln werden. Der Herr Reichskanzler zitirte das Wort Friedrichs II.: „Der König ist der erste Diener des Staates." Ach, meine Herren, dieses Wort ist ganz veraltet, diese Auffassung regiert in dem modernen Preußen-Deutschland nicht mehr. Meist finden die Ansichten in dieser Beziehung in den Worten ihren Ausdruck: sic volo, sic jubeo! regis voluntas suprema lex! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Auffassung, die der Herr Reichskanzler als maßgebend für die Fürsten hingestellt hat, ist bei uns längst überwunden und antiquirt.

Dann hat der Herr Reichskanzler es als einen Erfolg seiner Politik dargestellt und seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß zwischen der russischen und der deutschen Politik kein tiefer Gegensatz vorhanden ist. Darin hat der Herr Reichskanzler gewiß Recht. Es ist nicht nur kein Gegensatz in der Politik dieser Reiche vorhanden, nein, wir dürfen sagen, es existirt überhaupt kein Unterschied zwischen der russischen und der deutschen Politik. Die deutsche Politik ist bereits auf das Niveau russisch-asiatischer Kultur herabgesunken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat die Verantwortung übernommen für die Reden des Kaisers, die in der Diskussion behandelt worden sind. Der Herr Reichskanzler hat dabei gemeint, die kaiserlichen Reden werden auch von der Majorität des Volkes nicht mißverstanden. Wiederum hat der Herr Reichskanzler Recht. Aeußerungen wie „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht" können absolut nicht mißverstanden werden. (Sehr richtig! links.) Aber die Ansichten, die durch solche Aeußerungen zu Tage treten, stehen nach unserer Meinung mit der Humanität und auch mit dem modernen Kriegsrecht im Gegensatz. Solche Aeußerungen müssen unseren Widerspruch hervorrufen, weil wir sie mit den Forderungen der Kultur und der Menschlichkeit nicht für vereinbar halten. (Sehr richtig! links.) Der Herr Kriegsminister hat allerdings eine andere Auffassung. Er findet, die Kriegsführung, die in China betrieben wird von den europäischen Truppen, sei nur eine Vergeltung für die Verwüstungen, welche die Hunnen vor 1500 Jahren bei uns angerichtet haben. Ich will auf die geschichtsphilosophische Auffassung des Herrn Kriegsministers nicht weiter eingehen. Es scheint so, als ob der Herr Kriegsminister das Ideal hat, einen europäischen Attila zu suchen, der vielleicht unter dem Namen Etzel II. das Regiment in Deutschland führen soll.

Die Auffassung, die der Herr Kriegsminister entwickelt hat, wonach er es als ein Glück betrachte, daß der Armee einmal wieder der Ernst des Krieges klar wird, zeigt deutlich, welche Ansichten an maßgebenden Stellen in dieser Beziehung kultivirt werden. Als ein Glück wird es betrachtet, daß der Armee einmal wieder der Ernst des Krieges klar wird. Das sagt ein Mitglied der Regierung, welche sich noch in der letzten Thronrede rühmt, daß die Erhaltung des Friedens eine ihrer Hauptaufgaben sei. (Sehr wahr! links.) Es wird als ein Glück betrachtet, daß der Armee der Ernst des Krieges klar wird. Das sagt das Mitglied einer Regierung, die ihre Vertreter auf die sogenannte Friedens-

Digitized by Google

konferenz im Haag, die nach unserer Meinung allerdings eine Friedenskomödie war, geschickt hat. (Sehr richtig! links.)

Der Herr Kriegsminister hat sich lebhaft beklagt, daß die sogenannten „Hunnenbriefe" von meinem Freunde Bebel in das Bereich seiner Ausführungen gezogen worden sind. Meine Herren, das ist doch absolut unbestreitbar: Diese „Hunnenbriefe" beweisen ja — und das möge der Herr Reichskanzler auch für sich noch zur Kenntniß nehmen —, daß die kaiserlichen Reden nicht mißverstanden sind. Diese Reden „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht" sind von den ausziehenden Truppen nicht mißverstanden worden, sondern sie werden leider nur allzu gehorsam befolgt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Kriegsminister hat meinen Freund Bebel aufgefordert, die Briefe vorzulegen. Ich habe darauf zu bemerken, daß mein Freund Bebel von Briefen gesprochen hat, die in den Zeitungen veröffentlicht sind, die dem Herrn Kriegsminister also ebenso zugänglich sind wie uns Allen. (Sehr richtig! links.) Wenn das aber auch nicht der Fall wäre, so meine ich, haben wir gar keine Veranlassung, dem Wunsche des Herrn Kriegsministers, dem die Mittheilungen aus diesen Briefen doch recht unangenehm zu sein scheinen, zu folgen. Das wäre noch schöner, wenn den Soldaten, die ihr Leben und ihre Gesundheit bei dem Kriege auf das Spiel setzen, dadurch noch Unannehmlichkeiten bereitet werden sollten, daß sie wegen ihrer Briefe denunzirt werden. Nein, wir benutzen die Briefe nicht zur Auslieferung der Schreiber an das Militärgericht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Briefe werden von uns nicht vorgelegt werden, nicht deshalb, weil wir an der Wahrheit des Inhalts derselben zweifeln, sondern weil wir die Briefschreiber schützen wollen, und weil nach unserer Meinung das deutsche Volk diesen Briefschreibern aufrichtig dankbar dafür sein muß, daß man Kenntniß von den Brutalitäten und Scheußlichkeiten bekommt, welche die deutschen Truppen im Verein mit den übrigen zivilisirten Europäern in China verüben. (Sehr richtig! links.) Außerdem scheinen die Herren von dem Kriegskommando — ich weiß nicht, ob diese Verordnung von dem Herrn Kriegsminister ausgeht, aber bei seiner genauen Kenntniß der Verhältnisse wird er davon wissen — doch selbst nicht an die Unwahrheit des Inhalts der Soldatenbriefe zu glauben. Die von dem Herrn Minister eingenommene Stellung steht in Widerspruch mit der Verordnung, wonach nur noch Feldpostkarten vom Kriegsschauplatz aus befördert werden dürfen. (Hört! hört! links.) Diese Verordnung bedeutet doch die Absicht der Kommandos, eine Kontrolle der Nachrichten, welche die Soldaten nach Hause schicken, vorzunehmen und Alles, was ihnen unbequem ist, zu unterdrücken. (Sehr wahr! links.) Meine Herren, solche Verordnungen sind das Zeichen eines bösen Gewissens und beweisen, daß die Briefe im Allgemeinen die Vorgänge wahrheitsgemäß geschildert haben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einige ganz kurze Bemerkungen über gewisse Zustände bei den Chinatruppen machen. Es werden schon in verschiedenen Zeitungen Nachrichten veröffentlicht, welche Klagen über die Verpflegung der Truppen enthalten, ferner über den Ausbruch epidemischer Krankheiten bei den Truppen. Es ist nothwendig, dem Reichstage über diese Verhältnisse genaue Auskunft zu geben, und ich will hoffen, daß die Regierung sich hierbei keiner Vertuschung befleißigen wird. Was aber in Deutschland als ein ganz besonderer Mißstand empfunden wird, ist die Art der telegraphischen Berichterstattung vom Kriegsschauplatz. Offiziell sind wir zwar nicht im Kriege mit China, aber man thut der Wahrheit keinen Zwang an, wenn man von einem Krieg mit China und von einem Kriegsschauplatze spricht. Da lesen wir Telegramme, in denen es heißt: Major so und so, Leutnant so und so todt, so und so viel Mannschaften todt, so und so viel Mannschaften verwundet. Meine Herren, ganz gewiß haben die Famlien der in China kämpfenden Truppen das Anrecht, telegraphische Benachrichtigung zu erwarten, wenn einer ihrer Angehörigen schwer verwundet oder getödtet wird. Aber hierbei darf kein Unterschied zwischen Offiziers- und Soldatenfamilien gemacht werden. Mit Recht wird es in weiten Kreisen als eine Zurücksetzung und ein Unrecht angesehen, wenn die in Sorge und Angst befindlichen Angehörigen der Offiziere schnellere Nachricht über das Befinden ihrer Söhne bekommen als die in derselben Sorge und Angst schwebenden Eltern der Soldaten, die in China vor dem Feinde stehen. Meine Herren, sollte hierbei vielleicht die bekannte preußisch-deutsche Sparsamkeit in Frage kommen? sollte man auch für diese Kulturaufgabe nach Miquel'schem Ausspruche

Digitized by Google

kein Geld haben? Wenn Dutzende von Millionen gefordert und verbraucht werden — und die Dutzende werden sich voraussichtlich auf Hunderte steigern —, dann wird auch wohl so viel Geld vorhanden sein, um den Angehörigen der Soldaten, wenn nöthig, telegraphische Nachricht zu geben, ebenso wie der Telegraph für die Angehörigen der Offiziere in Anspruch genommen wird.

Meine Herren, der Herr Kriegsminister hat seine Ausführungen geschlossen, indem er das mit Vorliebe von ihm variirte Thema behandelte, nämlich das von uns geforderte Milizsystem. Der Herr Minister hat über Volksheere gesprochen und die Boxer in China als ein Volksheer in unserem Sinne bezeichnet. Ich bin der Meinung, daß es dem Herrn Kriegsminister mit dieser Meinung unmöglich ernst gewesen sein kann. Er ist ein viel zu durchgebildeter Mann, als daß er im Ernste die Boxer als ein Heer bezeichnen könnte, welches den sozialdemokratischen Forderungen an ein Milizheer entspricht. Wenn der Herr Kriegsminister sich über Leistungen eines Volksheeres auslassen wollte, dann hätte er von den Buren im Transvaalkriege sprechen sollen. Das ist ein Volksheer in unserem Sinne. Aber zusammengewürfelte Haufen, die mit alten Hatschieren, Messern und Speeren bewaffnet sind, Schaaren, die von der modernen Kriegstechnik und entsprechender Bewaffnung keine Ahnung haben, als Beweis zu bringen für die Unausführbarkeit der sozialdemokratischen Forderung auf Milizsystem, — meine Herren, ich glaube wirklich nicht, daß irgend Jemand im Hause die Neigung hat, diese Ausführungen des Herrn Kriegsministers ernst zu nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe nun die Pflicht, mich mit den Ausführungen der Herren Redner aus dem Hause zu beschäftigen, die alle im Gegensatz zu meinem Freunde Bebel und uns geneigt sind, die Forderungen der Regierung zu bewilligen. Die Herren danken es dem Herrn Reichskanzler, daß er ihnen die Möglichkeit geschaffen hat, durch Nichteinfügung des Indemnitätsgesuchs in die Vorlage zu zeigen, was sie — ich bitte um Verzeihung für den drastischen Ausdruck — für forsche Kerls sind.

Der Herr Abgeordnete Bassermann hat sich mit Aeußerungen einzelner Parteigenossen von mir beschäftigt und diese Aeußerungen benutzt, um gegen die Ausführungen Bebels zu polemisiren. Herr Kollege Bassermann hat Bezug genommen auf Artikel meiner Parteigenossen Bernstein, David und Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften" und wollte daraus schließen, daß in unserer Partei Meinungsverschiedenheiten über die Kolonialpolitik im Allgemeinen und über die Kolonialpolitik im Besonderen herrschen. Meine Herren, von dem Herrn Kollegen Bassermann wundert es mich, daß er bei der großen Aufmerksamkeit, die er unserer Parteilitteratur zuwendet, behauptet, daß in den „Sozialistischen Monatsheften Parteimeinungen veröffentlicht werden, und daß er dort erscheinende Artikel benutzt, um uns in Gegensatz zu einander zu bringen. Meine Herren, die „Sozialistischen Monatshefte" sind eine Revue, die weder den Parteicharakter trägt, noch ihn jemals beansprucht hat. Die „Sozialistischen Monatshefte" sind eine Revue, an der Anhänger der verschiedensten politischen Richtung arbeiten. Die „Sozialistischen Monatshefte" sind eine Revue, deren Artikel wir als maßgebend für unsere Partei anzuerkennen nicht in der Lage sind.

Meine Herren, wenn der Herr Kollege Bassermann unsere Partei bekämpfen will, so muß er sich an die auf unseren Parteitagen gefaßten Beschlüsse halten. Wenn Herr Bassermann von der Parteipresse reden will, dann muß er die sozialdemokratischen Organe zitiren. Vor allen Dingen aber sind die in diesem Hause durch unsere Fraktion vertretenen Anschauungen für die sozialdemokratische Partei als maßgebend zu erachten. Wir können uns nicht darauf einlassen, die Aeußerungen einzelner Parteigenossen zum Gegenstande einer Diskussion in der Weise zu machen, als ob wir als Partei verpflichtet und gewillt sind, jede einzelne Aeußerung eines Parteigenossen als richtig anzuerkennen und dafür einzutreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß wir eine Partei der freiesten Kritik auch unserer eigenen Ansichten und Handlungen sind, das beweist Ihnen die Thatsache, daß jeder Parteigenosse seine Meinung schriftlich und mündlich zu äußern und zu vertreten in der Lage ist. Aber es heißt doch die Sache in das Gegentheil verkehren, wenn der Herr Kollege Bassermann glaubt, aus abweichenden Aeußerungen einzelner Parteigenossen auf eine veränderte Stellung der Partei in der Chinafrage schließen zu dürfen. Für die Beurtheilung unserer Parteianschauungen in den einzelnen Fragen sind die

4*

Digitized by Google

Parteitagsbeschlüsse, sind unsere Ausführungen im Parlament und die sozialdemokratische Presse maßgebend. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens aber würde ich meinen Parteigenossen, die Herr Bassermann genannt hat, bitter Unrecht thun, wenn ich den Glauben aufkommen lassen wollte, als ob sie mit Erfolg und mit Recht als Widersacher unserer Anschauung über die Chinapolitik der Regierung angeführt werden können. Meinem Parteigenossen Bernstein, von dem Herr Bassermann gesprochen hat, fällt es garnicht ein, die gegenwärtige Welt- und Chinapolitik der deutschen Regierung zu vertheidigen. Es fällt ihm gar nicht ein, auch nur mit einem Wort sich auf den Standpunkt des Herrn Bassermann zu stellen, sondern er bekämpft mit uns gemeinsam die aktuelle Gewalt- und Eroberungspolitik der Regierung. Bernstein hat ganz abstrakt von der Kolonialpolitik gesprochen und ausgeführt, er könne sich event. eine Kolonialpolitik denken, an der die Sozialdemokratie sich zu betheiligen vermöchte. Das ist doch ganz etwas Anderes, als was der Herr Kollege Bassermann gegen die Ausführungen Bebels vorgebracht hat.

Meine Herren, die Verhandlungen, die in Mainz auf unserem Parteitage stattgefunden haben, haben Herrn Bassermann ebenfalls Gelegenheit gegeben, sie in den Bereich seiner Ausführungen zu ziehen. Herr Bassermann hat darüber gespottet, daß unserer Parteileitung Vorwürfe gemacht seien, weil sie nicht rührig genug in die Agitation gegen die Chinapolitik eingetreten war. Ja, Herr Bassermann, Sie mögen eben aus der Thatsache, daß solche Aeußerungen gefallen sind, erkennen, wie sehr wir die einmüthige Verurtheilung dieser Politik seitens der gesammten Parteigenossen für selbstverständlich erachtet haben, daß wir es gar nicht erst für nöthig hielten, noch eine besondere große Agitation gegen die Chinapolitik zu entfalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die volle Kenntniß der Thatsache, daß es nicht einen Menschen in der Partei giebt, der wünscht, daß in dieser Frage volle Einmüthigkeit in der Partei herrscht, hat es uns durchaus überflüssig erscheinen lassen, uns mehr als geschehen mit dieser Frage zu beschäftigen. Aber wo die Partei gesprochen, wo eine Versammlung in dieser Frage stattgefunden — und hier sind Dutzende von Agitationsversammlungen veranstaltet worden —, wo immer in der Presse die Chinapolitik behandelt worden ist, überall schärfste Verurtheilung und Ablehnung des Chinaabenteuers, — da wird es Herrn Bassermann nicht gelingen, auch nur eine abweichende Meinung für seine Auffassung beizubringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alles war in der Partei einig, daß gegen die Raub- und Eroberungspolitik der Regierung der entschiedenste Widerspruch erhoben werden muß. Alles war einig, daß die Sozialdemokratie dieser Politik — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Singer, Sie dürfen die Politik der verbündeten Regierungen keine Raubpolitik nennen. Ich rufe Sie deshalb zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen der Geschäftsordnung aufmerksam.

Singer, Abgeordneter: Also, meine Herren, Alles war bei uns einig, daß die weltpolitische Aktion der Regierung zu verwerfen sei. Alles war bei uns einig, daß jede Förderung für diese Politik seitens der Partei abzulehnen sei, und es war daher durchaus überflüssig, noch besonders für diese Auffassung zu agitiren.

Dann hat der Herr Kollege Bassermann aus einer meiner Aeußerungen in Mainz — gegenüber der Kritik, die aus der Mitte des Parteitages gegen die Parteileitung laut wurde —, daß die Parteileitung in der Agitation gegen die Chinapolitik doch nicht ganz in einen Dornröschenschlaf verfallen sei, den Schluß gezogen, daß ich zugegeben habe, die Parteileitung hätte sich in einer Art Halbschlummer befunden. Diese Aeußerung des Herrn Kollegen Bassermann ist ein Advokatenkunststückchen, was sich als Redefigur vielleicht ganz nett macht, aber eines thatsächlichen Werthes vollständig entbehrt.

Nun, meine Herren, komme ich zu den Einwürfen des Herrn Bassermann, die ernster sind als die bisher behandelten, auf die ich nur deshalb antworten mußte, um nicht das Wort gegen mich gelten zu lassen: wer schweigt, stimmt zu.

Meine Herren, der Herr Kollege Bassermann hat in Vertretung der Chinapolitik der Regierung und unter Billigung der Regierungsmaßregeln davon ge-

Digitized by Google

sprochen, daß diese Politik auch den Interessen der Arbeiter diene. Meine Herren, das ist eines der Worte, die in der berühmten Flottenagitation eine so große Rolle gespielt haben, wie man denn überhaupt, wie es scheint, in diesem Hause und in der Regierung alle Maßregeln, die thatsächlich den besitzenden Klassen zu Gute kommen, als im Interesse der Arbeiterklasse liegend bezeichnet. Die Verstärkung der Flotte wirft den Flotteninteressenten Millionen in den Schoß — aber nach Herrn Bassermann haben die Arbeiter den Vortheil davon.

Ich kann dem Herrn Abgeordneten Bassermann aus einer Erfahrung, die ich in den allerletzten Wochen gemacht habe, mittheilen, wie es mit den Vortheilen steht, welche die Arbeiter aus der Chinapolitik haben. Fragen Sie doch einmal die Arbeiter, ob sie durch die Flottenverstärkung oder durch die Militärrüstungen und die Aufwendungen, die für die Expedition nach China gemacht worden sind, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bekommen haben. Ich habe im Wahlkreise Nandow-Greifenhagen vor Kurzem in einem Lokal gesprochen, das in der Nähe der Fabrikanlagen des „Vulkan" liegt, in denen 6000 Arbeiter, glaube ich, beschäftigt sind. Der „Vulkan" ist eine von den Unternehmungen, die vom Schiffsbau leben, und die in Folge der Flottenverstärkung stark mit Aufträgen versehen worden sind. Ich habe die Arbeiter vom „Vulkan", die zu Hunderten in der Versammlung waren, gebeten, sie sollten doch einmal sagen, ob sie durch die großen Aufträge, die der „Vulkan" bekommen hat, nun in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert worden wären. Ich habe den Arbeitern gesagt, sie möchten doch einmal Auskunft geben, ob sie denn nun wirklich den Segen, den sie angeblich durch die Flottenverstärkung genießen, wirklich verspürten. Es ist mitgetheilt worden, daß die Löhne beim „Vulkan" 23 Pfennige pro Stunde betragen (hört, hört! bei den Sozialdemokraten), daß die Normalarbeitszeit 10 Stunden ist, daß es aber keinen Mann in der Fabrik giebt, der nicht zahlreiche Ueberstunden machen muß, um so viel zu verdienen, daß er nothdürftig für sich und seine Familie sorgen kann. Daß die Arbeiter bei zehnstündiger Arbeitszeit mit 2,30 Mk. nicht auskommen können, wird auch Herr Bassermann nicht bestreiten. Wo ist da aber der Vortheil für die Arbeiter aus der Flottenverstärkung? Haben denn nun die Arbeiter die Vortheile erreicht, von denen Herr Bassermann gesprochen? Wo ist die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, um deren willen Herr Bassermann für die Chinaexpedition, für die letzten Flottenvorlagen und für alle Militärvorlagen gestimmt hat? Es wäre in der That richtiger, Herr Bassermann überließe den Arbeitern selbst die Entscheidung darüber, ob ihre Interessen durch die Chinapolitik gefördert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das Gegentheil ist der Fall. Die Politik, welche die Regierung treibt, die Politik, welche die Herren von der Majorität unterstützen, die Politik, die namentlich von der nationalliberalen Partei besonders begünstigt wird, sie führt zu erheblichen Mißständen für die Arbeiter, sie fördert nicht nur nicht die Interessen der Arbeiter, sondern sie wirft die Arbeiter zurück, sie nimmt den Arbeitern vielfach noch die kleinen Vortheile, welche die Arbeiter im Kampfe mit der Unternehmerschaft errungen haben. Ich kann dem Herrn Kollegen Bassermann hierfür einen recht interessanten Nachweis führen. Ich habe hier eine Notiz, die entnommen ist einer Flugschrift des berühmten Pastors Hülle. Der Pastor Hülle ist der Mann, für dessen Verlag die Mittel, die der Herr Graf Posadowsky und der Herr Ministerialdirektor v. Woedtke dem Zentralverband der deutschen Industriellen abgefordert haben, verwendet worden sind. Ich kann also diesen Herrn, um ihn kurz zu bezeichnen, und damit Jedermann weiß, was sein Name bedeutet, für die Folge Posadowsky-Hülle nennen. (Heiterkeit.) In einem dieser Flugblätter handelt es sich um die Kohlennoth. Es ist doch unzweifelhaft, daß durch die Strafexpedition nach China der Kohlenverbrauch erheblich gestiegen ist, und insofern hängt die Kohlennoth also eng zusammen mit der gegenwärtig zur Debatte stehenden Frage. Der Herr Präsident wird mir wohl gestatten, den Passus zu verlesen. Da wird behauptet, daß die faulen Bergarbeiter Schuld an der Kohlennoth seien, und es wird ferner gesagt:

> Aber alles das zusammen würde nicht hinreichend sein, eine Kohlennoth, wie sie schon lange besteht, hervorzurufen, wenn die Bergarbeiter, namentlich das junge Volk der Schlepper, sich bestimmen lassen wollten, ihre Arbeit ordnungsmäßig zu verrichten. Eine Grubenverwaltung, die

Digitized by Google

eine Belegschaft von rund 4000 Mann beschäftigt, sieht davon seit langer Zeit tagaus tagein im Durchschnitt nur 3600 Mann an der Arbeit. Im Durchschnitt feiern 10 pCt. der gesammten Arbeiterschaft, am Wochenanfange mehr, gegen das Wochenende weniger. Die Leute decken mit der in fünf, manchmal schon mit der in vier Arbeitstagen erworbenen Löhnung vollauf die Bedürfnisse einer ganzen Woche, und Gedanken über die Zukunft machen sie sich nicht. Die Werke haben vielfach Prämien für Diejenigen ausgesetzt, die alle Schichten ordnungsmäßig verfahren, ohne willkürliche Feierschichten einzulegen.

Also, meine Herren, hier wird von Herrn Pastor Hülle eine Reduktion der Löhne empfohlen, und ein anderes Unternehmerorgan spricht sich noch deutlicher über die Pläne aus, die nach dieser Richtung vorhanden sind. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" schreibt unter dem 7. Oktober:

Bei Lichte betrachtet, wäre es gar nicht so schlimm, wenn namentlich die kleineren und mittleren Werke sich thatsächlich zu Lohnreduktionen entschließen wollten, um auf eine mäßigere Preisbasis zurückzukommen. Wahrscheinlich würde sich auf dieser eine bemerkenswerthe Belebung des Geschäfts einstellen. Die Lohnrate ist schließlich, da die Rohproduktions-Syndikate noch mit den Preisen standhalten, der einzige Faktor, der zunächst einer Verbilligung fähig ist, und die Arbeiter werden sich nicht beklagen dürfen und werden sich in Wirklichkeit auch kaum beklagen, wenn die Werkleitungen, um von Arbeiterentlassungen abzustehen, Lohnregulirungen vornehmen. Der Arbeitspreis ist in den letzten Jahren rapide bis zu einer sehr ansehnlichen Höhe gestiegen, und bei maßvollen Kürzungen bleiben immer noch Lohnsätze, die einen recht guten standard of life ermöglichen. Außerdem ist es nicht mehr als billig, daß die Arbeiter an den Schicksalen ihrer Werke theilnehmen.

Wenn man das liest, so wird man unwillkürlich an die Kaiserlichen Erlasse von 1890 erinnert, die ja bestimmten, daß Einrichtungen getroffen werden sollen, wonach die Arbeiter an den Schicksalen ihrer Werke, d. h. am Gewinn mehr als bisher partizipiren sollten. Aber bei solchen Auslassungen maßgebender Preßorgane spricht Herr Bassermann davon, durch die Chinapolitik würden die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Folge dieser Politik ist, abgesehen von ihren politisch verderblichen Wirkungen, daß sie den Unternehmern Millionengewinne, den Arbeitern dagegen Lohnreduktionen schafft.

Dann wandte sich Herr Bassermann gegen die maßlose Kritik der sozialdemokratischen Presse gegenüber der Chinapolitik. Bei dieser Kritik befand sich aber die sozialdemokratische Presse in einer Gesellschaft, die nach Ansicht des Herrn Bassermann wenigstens eine recht gute sein muß: in der Gesellschaft nationalliberaler Preßorgane. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" brachte in diesem Sommer einen Artikel, überschrieben: Wo ist der Reichskanzler? Darin macht sie sich lustig darüber, daß der Reichskanzler zur Zeit der Krise nicht in Berlin war; sie meint, man solle eine Expedition ausrüsten, um ihn zu suchen. Interessant für uns ist, daß die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" hofft, daß der Reichstag in der nächsten Session mit noch grellerem Licht in alle Tiefen unserer Politik hineinleuchten wird, und daß dies nicht nur von den weniger nationalen Parteien geschehen werde, sondern auch von den nationalen Parteien. Herr Kollege Bassermann, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" beurtheilt allerdings die nationalen Parteien, zu welchen die Ihre in erster Reihe gehört, nicht gerade sehr freundlich, wenn sie fortfährt:

In diesen befinden sich allerdings zu viele Streber, welche mehr Werth darauf legen, persönlich gute Beziehungen nach oben zu halten, statt, wie es ihre Pflicht ist, die Regierung zu kontrolliren.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist die Ansicht, welche ein Theil der nationalliberalen Presse, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", von der Thätigkeit ihrer Parteigenossen in der Gesetzgebung hat. Ich kann es ruhig Herrn Bassermann überlassen, sich mit diesem seinem Organ auseinanderzusetzen.

Dann nahm einen großen Theil der Ausführungen des Herrn Bassermann der Ausdruck des Unmuths ein, den er empfand über die Auffassung Bebels von der Entsendung des Grafen Waldersee. Herr Bassermann hat die Ernennung des **Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber gefeiert als einen Erfolg der deutschen**

Digitized by Google

Politik. Ich stimme Herrn Kollegen Richter vollkommen bei darin, daß die Uebernahme des Oberbefehls seitens Deutschlands alles Andere, nur kein kluger Akt der deutschen Regierung war. Klug war es von den übrigen Mächten, Deutschland die Verantwortung für den „heiligen Krieg" aufzubürden. Klug war es von den übrigen Mächten, sich in eine Position zu bringen, daß, wenn die Sache nicht klappt, Deutschland verantwortlich gemacht werden kann für alle Fehler und Mißerfolge. (Sehr richtig! links.) Daß es aber von Deutschland besonders klug gewesen ist, einem deutschen General den Oberbefehl zu übertragen, das habe ich nicht finden können. Die Art und Weise, wie mein Freund Bebel, die Ausfahrt des Grafen Waldersee und Alles, was dabei mitspielte, schilderte, hat Herrn Bassermann sehr mißfallen; aber auch hierfür finden wir in der nationalliberalen Presse die drastischste Schilderung. Es wird Herrn Bassermann interessant sein, ein Votum seiner Presse auch in dieser Frage entgegenzunehmen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schreibt darüber:

> Nun fährt nach all den Narrenspossen, die getrieben worden sind, der Oberfeldherr Graf Waldersee im indischen Ozean. Seine Macht darf sich auf das Gebiet des Yangtsekiang nicht erstrecken, die Mandschurei haben die Russen besetzt, so bleibt nichts Anderes übrig, wie die Strecke von Taku bis Peking. Aber auch Peking, die schon eroberte „heilige Hauptstadt", darf dieser Feldherr nicht betreten, das durften nur die Truppen thun, die er kommandiren soll; er soll sich auf Tientsin zurückziehen, vermuthlich, um dort wöchentlich einmal eine Parade abzuhalten. Was man Waldersee zumuthet, ist nichts Anderes als die Rolle eines Theatergenerals, und was auch immer Waldersee verschuldet hat, so arg bloßgestellt zu werden, hat er nicht verdient. Und nun diese rauschenden Feiern, mit welchen der Auszug der deutschen Truppen und ihres Feldherrn begleitet wurde; es war, als gelte es, einen Kampf ums Sein des Deutschen Reiches auszufechten; es schien, als wenn schon unerhörte Siege von unseren Truppen errungen seien. Das hat uns den Spott der ganzen Welt eingetragen. Bezeichnend ist hier wieder der sinnlose Taumel, mit dem gerade viele nationalgesinnte vaterländisch denkende Kreise auch diese Form der Chinapolitik mitgemacht haben.
>
> (Hört! hört! links.)

Herr Kollege Bassermann, das ist eine Kritik der nationalliberalen Presse! (Zurufe von den Nationalliberalen.) — Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" ist kein nationalliberales Blatt! (Erneute Zurufe von den Nationalliberalen.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, keine Privatgespräche zu halten!

Singer, Abgeordneter: — Aber es ist ein bürgerliches Blatt und vertritt in der Chinapolitik Ihre Anschauungen, Herr Bassermann. (Zurufe bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, alle Redner haben sich gegen die Art und Weise ausgesprochen, in der Graf Waldersee bereits vor irgend einer Leistung gefeiert wurde. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Herr von Levetzow hat ebenfalls kein Gefallen an der Lorbeerspende auf Vorschuß gefunden und hat in seiner liebenswürdigen Bonhommie gemeint, es sei etwas zu viel Trara bei der Geschichte gemacht worden. Ja, dafür sind nach meiner Meinung die Leute, die Herr von Levetzow im Sinne hat, nicht verantwortlich zu machen. Das geschah ebenfalls wieder nach berühmtem Muster. Das Volk wird von oben her an den Tamtam gewöhnt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und an gewissen Stellen befindet man sich dauernd in dem Zustande des Tamtam und Trara. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es herrscht bei uns die Pose. Die Politik wird im Stile von Theatervorstellungen betrieben. Meine Herren, die Entrüstung über die Vorgänge, die aus Anlaß der Chinapolitik gezeitigt wurden und die sich in sehr weiten Kreisen des Volkes geltend macht, schöpft ihre Nahrung zum großen Theil aus den Erscheinungen, über die seit drei Tagen hier verhandelt wird. Leider sind wir noch nicht in der Lage, den Herrn Reichskanzler staatsrechtlich verantwortlich machen zu können für die politischen Reden, deren moralische Verantwortung der Herr Reichskanzler übernommen hat. Aber vielleicht übernimmt es der Herr Reichskanzler, die Meinung des Reichstags und des Volkes in diesen Fragen an der betreffenden Stelle bekannt zu geben.

Meine Herren, die Ausführungen meines Freundes Bebel in Bezug auf die Kriegführung in China und die sogenannten Hunnenbriefe waren für Herrn

Digitized by Google

Kollegen Bassermann Veranlassung zu scharfer Kritik. Herr Bassermann hat sich zu dem Wort aufgeschwungen: die Truppenführung muß frei von Sentimentaliät bleiben. Es macht wirklich einen ganz eigenthümlichen Eindruck, daß bei Kenntniß solcher Briefe, von denen doch auch Herr Bassermann ergriffen sein muß, von Sentimentalität gesprochen wird.

Meine Herren, es herrscht doch volle Uebereinstimmung darüber, daß die Briefe von unmenschlichen und barbarischen Handlungen unserer Truppen berichten. Es kommt garnicht darauf an, ob jedes Wort im einzelnen richtig ist, sondern die in allen Briefen gleichartig geschilderten Vorgänge fordern Zorn und Entrüstung heraus. Diesen Thatsachen gegenüber macht es einen befremdenden Eindruck, wenn Kollege Bassermann sagt, die Truppenführung müsse sich frei von Sentimentalität halten. Danach scheint es, als ob Herr Bassermann die Verurtheilung von Vandalismus und Rohheiten, einen Protest gegen Unmenschlichkeiten und Menschenjagden, gegen Morden, Sengen und Brennen als den Ausfluß schwächlicher Sentimentalität ansieht. Nein, meine Herren, mit solchen Bemerkungen werden die schweren und berechtigten Vorwürfe gegen die Art der Kriegsführung in China nicht aus der Welt geschafft. Bei aller Verschiedenheit der Ansichten über die Chinapolitik hat sich doch herausgestellt, daß es im Reichstage allseitig aufs Tiefste beklagt wird, daß die europäischen Truppen — die deutschen nicht ausgeschlossen — in China scheußliche Brutalitäten verüben. Dem Herrn Kollegen Bassermann wird es nicht gelingen, den Eindruck, den solche Nachrichten im Volke machen, dadurch abzuschwächen, daß er die Verurtheilung der modernen Hunnenwirthschaft als Ausfluß schwächlicher Sentimentalität bezeichnete, von der die Truppenführung frei bleiben müsse. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, der Herr Kollege Bassermann hat der Regierung Vorwürfe darüber gemacht, daß sie den Reichstag nicht im Sommer zusammenberufen hat, und hat gemeint, die Regierung hätte das aus Furcht vor oppositionellen Reden unterlassen. Das war, glaube ich, nicht der Grund, weshalb der Reichstag nicht zusammenberufen wurde. Nein, es war die Mißachtung, mit der in Preußen-Deutschland die Volksvertretung behandelt wird. Die bürgerlichen Parteien ersehen aus dieser Behandlung des Reichstags, wohin sie mit ihrer fortwährenden Nachgiebigkeit gelangt sind, und dürfen sich nicht beklagen, daß die Regierung den Reichstag in so eminent wichtigen Fragen bei Seite schiebt. Die bürgerlichen Parteien billigen aus materiellen Klasseninteressen, in politischer Resignation die weltpolitische Abenteuerpolitik der Regierung. Keine Partei, außer der meinigen, hat Veranlassung genommen, einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt gegen die Millionenvorlage einzunehmen. An kleinen und nebensächlichen Dingen, im Verhältniß zu der großen Frage, um die es sich handelt, bleiben die bürgerlichen Parteien kleben. Die Nichteinberufung des Reichstags machen die Herren zum Hauptpunkt ihrer Kritik. Der glühende Wunsch, Indemnität ertheilen zu können, läßt Sie, meine Herren, den Kampf gegen die volksschädliche Weltpolitik vergessen. Nicht um Indemnität für die Regierungsmaßregeln handelt es sich nach unserer Ansicht, sondern um die Frage: will das deutsche Volk, welches ein Kulturvolk ist, daß in seinem Namen eine wüste Eroberungspolitik getrieben wird, die in kultureller und materieller Beziehung von den verderblichsten Folgen für das Volk sein muß? Mit der Bewilligung der geforderten Kredite sanktionirt der Reichstag eine Politik, die geführt wird im Dienste der kapitalistischen Interessen, eine Politik, die zu schweren Konflikten mit anderen Mächten führen wird, eine Politik, die kulturwidrig und volksfeindlich ist, weil sie militärische Ruhmsucht und eine phantastische Weltpolitik unterstützt. Statt das Volk nach Möglichkeit vor dieser Politik zu schützen, sehen wir, daß, mit Ausnahme meiner Fraktion, alle Parteien, indem sie das Verlangen nach einem Indemnitätsgesuch in den Vordergrund stellen, geneigt sind, den Nachezug nach China zu billigen und die weltumspannende Politik, deren Ziele in den bekannten Reden proklamirt sind, zu unterstützen. Diese Politik werden wir selbstverständlich nicht mitmachen. Wir stimmen gegen die Kredite, weil sie zu Zwecken verlangt werden, die wir als kapitalistisch und volksfeindlich auf das Entschiedenste bekämpfen.

Mit der Ablehnung der Regierungsvorlage erheben wir Protest gegen eine Politik, die diktirt wird von Chauvinismus und imperialistischen Bestrebungen. Wir erheben mit der Ablehnung der Vorlage Protest gegen das persönliche Regiment, welches in Deutschland herrscht und, die Rechte der Volksvertretung mißachtend, ohne Genehmigung des Reichstags kriegerische Expeditionen ausrüstet. Wir lehnen

Digitized by Google

die Vorlage ab, weil die Regierungspolitik den Volksmassen unerschwingliche Opfer an Gut und Blut auferlegt, während, wenn ein Vortheil für Deutschland aus dieser Politik entstehen könnte, dieser nur den besitzenden Klassen zu gute käme. (Bravo! links.)

Nach Singer wendet sich Abg. **Bachem** vom Zentrum gegen die wider die Missionen von Bebel und Richter erhobenen Vorwürfe, und **v. Wangenheim** (Präsident des Bundes der Landwirthe) tritt, unter polemischen Ausfällen gegen den früheren Reichskanzler v. Hohenlohe, für die Regierungspolitik ein. Hierauf Schluß der Sitzung.

---

6. Sitzung

am Freitag, den 23. November 1900.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die

Fortsetzung der ersten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900, nebst Anlagen, (Nr. 8 der Drucksachen).

Abg. **Hasse** (nationalliberal) befürwortet die Weltpolitik und die Errichtung einer hierfür nothwendigen Kolonialarmee; der Staatssekretär des auswärtigen Amtes Frhr. **v. Richthofen** wendet sich gegen einige auf die Ausweisung deutscher Staatsangehörigen aus dem Transvaalgebiete gerichteten Bemerkungen Hasse's; Abg. **Schrader** (freisinnige Vereinigung) stellt sich ebenfalls auf den Boden der Regierungspolitik. Dann erhält Bebel das Wort.

Bebel, Abgeordneter: Meine Herren, ich sehe mich veranlaßt, noch einmal auf die Ausführungen des bayerischen Bundesrathsbevollmächtigten Grafen Lerchenfeld zurückzukommen, und zwar um deswillen, weil ich den Eindruck habe, daß diese höchst bedenklichen und höchst gefährlichen Theorien, die er gestern bezüglich des vorliegenden Verfassungsbruches dargelegt hat, nicht diejenige Beachtung von den Mehrheitsparteien gefunden haben, die sie nach meiner Meinung hätten finden müssen; insbesondere hat weder der Herr Abgeordnete Bachem gestern, noch Herr Abgeordnete Hasse heute, noch der Vorredner sich in dem Tone vernehmen lassen, wie er einzig und allein den Ausführungen des Herrn Grafen Lerchenfeld gegenüber dem Platze war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zuruf in der Mitte.) Ich erkläre ausdrücklich: was gestern Graf Lerchenfeld hier zum Besten gegeben hat, war nichts mehr und nichts weniger als der Versuch einer Rechtfertigung des Verfassungsbruches, der notorisch vorliegt, und der mit nichts aus der Welt geschafft werden kann. (Sehr gut! sehr richtig! links.) Es sind diese Aeußerungen aus dem Munde des bayerische Bundesbevollmächtigten um so charakteristischer, weil Bayern bisher als derjenige Staat in Deutschland galt, von dem man in erster Linie eine Wahrung des konstitutionellen Standpunktes gegenüber der preußischen Regierung bezw. gegenüber dem Kaiser erwarten könnte. Wer irgendwie diese Hoffnung bisher gehabt hat, der hat sich sehr gründlich getäuscht. (Sehr wahr! links.) Was sagte gestern der Graf Lerchenfeld in Bezug auf diese Frage? Er äußerte wörtlich:

> Man konnte nicht dem Bundesrath und dem Reichstage kommen mit einer Vorlage, in der nichts steht.

Nun, es ist hinlänglich bereits von anderen Rednern des Hauses ausgeführt worden, daß allerdings eine Vorlage gebracht werden konnte, in der auch etwas stand. Es handelt sich nicht darum, ob die Summe gefordert werde, die man heute zu übersehen im Stande ist; es handelte sich darum, daß man die Summe forderte, die man zunächst schätzungsweise als nothwendig erachtete (sehr richtig! links), um den Krieg — denn das ist er nach den Worten des Kriegsministers —, der in China geführt wird, führen zu können. Diese Forderung mußte gestellt werden. Sie war zweitens nothwendig in Bezug auf die neuen Formationen. Die neuen Formationen, die ohne Genehmigung des Reichstags geschaffen wurden, bedeuten ebenfalls einen eklatanten Verfassungsbruch (sehr gut! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), einen Verfassungsbruch, wie er nur jemals in einem Staate hat vorkommen können. Es gab und giebt keinerlei Entschuldigung von Seiten der verbündeten Regierungen, daß sie diesen Ver-

Digitized by Google

fassungsbruch hätten begehen müssen, weil sie nicht anders gekonnt hätten. (Sehr richtig! links.)

Weiter hat der Herr Vertreter von Bayern erklärt: die im diplomatischen Ausschuß vertretenen Regierungen übernehmen mit die Verantwortung für die Politik des Reichskanzlers. Sie haben gar keine Verantwortung zu übernehmen, sie gelten in dieser Frage garnicht. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Was sie uns hierüber zum Besten geben, ist nichts weiter als ein nichtssagendes Versprechen, das gar keinen Werth hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter gab der Herr Vertreter für Bayern zum Besten:

Die Ausgaben entbehren so lange der gesetzlichen Unterlage, so lange sie von den gesetzgebenden Faktoren nicht bewilligt wurden; werden sie nachträglich bewilligt, so ist der ungesetzliche Zustand sanirt.

Das erklärte der Herr Vertreter für Bayern, und dann machte er die absprechende Bemerkung über die Indemnität, indem er sagte, diese habe nichts zu bedeuten, das sei nur eine reine Formsache. Kurz, er hat sich selbst den Ausführungen gegenübergestellt, die der Herr Reichskanzler in seiner ersten Rede in Bezug auf die Indemnität dem Hause gegenüber zu erklären für nothwendig fand. Meine Herren, das sind außerordentlich bedenkliche und gefährliche Reden; denn wenn das wahr ist, was der Herr Vertreter für Bayern hier ausgeführt hat, dann kann ein nächstes Mal der ganze Etat und eine gänzlich neue Armeeorganisation vorgenommen werden, ohne daß man den Reichstag fragt. Es genügt nach ihm, wenn man Sie hintennach, nachdem Alles fertig ist und das Geld ausgegeben ist, befragt und Sie vor den Zwang stellt, das gutzuheißen, was man eingeführt hat. (Sehr richtig!) Lassen Sie sich, meine Herren, eine solche moralische Ohrfeige — denn das sind diese Ausführungen gewesen für Sie, die Sie bisher als Vertreter des konstitutionellen Prinzips haben gelten wollen — gefallen, dann ist das Ihre Sache; wir lassen es uns nicht gefallen und, soweit es an uns liegt, werden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen solche Theorien des Verfassungsbruchs erklären. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Bachem hat freilich eine gewisse Verwahrung eingelegt gegen die Ausführungen des Grafen Lerchenfeld. Aber es war eine sehr schwächliche Verwahrung, Herr Abgeordneter Bachem; und daß Sie nur eine solch schwächliche Verwahrung einlegten, ergiebt sich aus der Stellung Ihrer Partei der Reichsregierung gegenüber ganz von selbst. Nach dieser Richtung hin hat der Führer Ihrer Partei, der Abgeordnete Dr. Lieber, in seiner Rede auf dem Katholikentage zu Bonn die wünschenswertheste Klarheit gegeben. Nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung" hat der Abgeordnete Dr. Lieber auf jenem Katholikentage in seinem Ueberblick über die politischen Zustände in Deutschland ausgeführt: freilich in politischer Beziehung vollkommen einig, eines Herzens und eines Sinnes zu sein, sei nicht möglich und werde nie möglich sein; und doch habe das Zentrum es verstanden, eine, wenn auch nicht maßgebende, so doch ausschlaggebende Position in der deutschen Reichsgesetzgebung sich zu verschaffen; den Luxus einer selbständigen Politik habe es freilich dran geben müssen. (Hört! hört! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun, ich meine, damit ist das politische Glaubensbekenntniß des Zentrums, wie es gegenwärtig den verbündeten Regierungen und der Reichsregierung gegenüber steht, gegeben. Den Luxus einer selbständigen Politik hat es dran geben müssen — das heißt mit anderen Worten: es ist nichts weiter als der Schleppträger der Politik des Reichskanzlers geworden. (Sehr gut! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter solchen Umständen darf man allerdings von einer selbständigen Politik, von einer ernsthaften Opposition, und handelte es sich um die wichtigsten Fragen des parlamentarisch-konstitutionellen Lebens, von Seiten der Herren im Zentrum nichts mehr erwarten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie waren einstmals eine Oppositionspartei, Sie gehörten einstmals zu den Wahrern und Vertheidigern der Volksrechte; das ist für immer vorbei. (Lachen rechts und in der Mitte. Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Es sei ein normaler Zustand, sagt Herr Bachem, „wenn die Reichsregierung von vornherein dem Zentrum — pardon, dem Reichstage — entgegenbringt, was dem Zentrum — pardon, dem Reichstage — zukommt". Herr Bachem entschuldigte sich, der Ausdruck „dem Zentrum" sei ein lapsus linguae. Nein, meine Herren, das ist der innerste Gedanke, der ihn beherrschte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) Das Zentrum ist die maßgebende

Digitized by Google

Partei; und wenn die Reichsregierung versteht, sich mit dem Zentrum zu stellen, dann ist es gut, dann herrscht über allen Wipfeln Ruh — dieser Gedanke ist in der klassischsten Weise durch Herrn Bachem zum Ausdruck gekommen. Es muß festgestellt werden, wie die maßgebendste Partei im Deutschen Reiche in den wichtigsten Fragen und in allen entscheidenden Punkten gegenüber der Reichsregierung denkt und sich verhält. (Sehr richtig! links.)

Ich gehe nun zu den weiteren Ausführungen über, die im Laufe der letzten Tage gegenüber meiner Rede vom Montag gemacht worden sind. Ich beginne mit dem ersten meiner Opponenten, dem Herrn Kriegsminister. Herr v. Goßler übte Kritik an meiner Rede: sie zeichnete sich mehr durch Länge als durch Tiefe aus. (Sehr richtig! rechts.) Aehnliche Aeußerungen, fast wörtlich, liebt er, so lange er Kriegsminister ist, von seiner Stelle aus zu machen, sobald ich von dieser Stelle aus eine meiner fulminanten Anklagen gegen ihn richte. Es ist eine Verlegenheitsphrase gewesen, die der Herr Kriegsminister gebraucht hat. (Sehr wahr! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich überlasse es der öffentlichen Beurtheilung, ob sie seine oder meine Rede für werthvoller hält. Eines will ich indeß hervorheben: er hat nicht allein mich in dieser Weise kritisirt, auch die Herren Abgeordneten Stöcker und v. Kardorff. Die „Kreuzzeitung" und eine Reihe von Organen ähnlicher Art hat gemeint, meine Rede am Montag hätte nichts zu bedeuten gehabt, es sei die langweiligste und schlechteste Rede gewesen, die ich seit langer Zeit gehalten hätte. Ich habe keinen Grund, hier ein Loblied meiner Rede zu singen; aber ich erlaube mir die Frage: warum haben alle die Redner von den Nationalliberalen bis zum Regierungstisch sich drei Tage lang mit meiner Rede beschäftigt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn meine Rede so gleichgiltig und bedeutungslos war, wozu dann darüber der Lärm? (Sehr richtig! links.)

Dann hat der Herr Kriegsminister weiter — darauf hat mein Freund Singer bereits angespielt — gemeint, ich sei Anhänger eines Volksheeres. Was es mit einem solchen auf sich habe, zeige China. Mit diesen Ausführungen hat der Herr Kriegsminister offenbar auf Diejenigen spekulirt, die nicht alle werden (lebhafte Heiterkeit — sehr gut! bei den Sozialdemokraten); denn, daß er eine solche Bemerkung Leuten gegenüber machen kann und will, die nur etwas urtheilsfähig sind, und die einigermaßen wissen, was die Sozialdemokratie unter einem Volksheer sich vorstellt, das kann ich nicht annehmen. Es ist nur ein bedenkliches Zeichen für seine Geistesfähigkeiten, daß er solche Bemerkungen macht. (Heiterkeit links.) Daß man Haufen wie die Boxer, die mit Lanzen und Speeren, langen Messern und gänzlich veralteten Gewehren, die sie obendrein in den seltensten Fällen führen, bewehrt sind, nicht als Miliztruppen bezeichnen kann, versteht sich doch einfach von selbst. Wenn man sie mit einer früheren deutschen Organisation vergleichen kann, dann vielleicht mit den Landstürmern von 1813, die man damals gegen Napoleon aufgeboten hat, und die ähnliche Aufgaben zu erfüllen hatten wie heute die Boxer. Wenn Sie das Thun und Treiben der Boxer in der schärfsten Weise verurtheilen, so, meine ich, kann es nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, daß in der Landsturmordnung von 1813 eine Bestimmung steht, die folgendermaßen lautet:

> Der Kampf ist ein Kampf der Nothwehr, der alle Mittel heiligt. Die schneidendsten sind die vorzüglichsten! Sie beenden die gerechte Sache am siegreichsten und am schnellsten.
>
> (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Sie werden doch nicht bestreiten wollen, daß die Boxer von ihrem Standpunkt aus genau so recht haben, wie der Landsturm von 1813 Napoleon gegenüber. (Zuruf rechts. Sehr richtig! links.) Auch Sie sind Eroberer, und die chinesischen Boxer haben alles Recht, Sie mit allen Mitteln aus ihrem Lande hinauszuwerfen. (Sehr richtig! links. Zuruf rechts.) — Nennen Sie mich immer einen Vertheidiger der Boxer, daran liegt mir nichts; ich halte mich für einen Vertheidiger der Wahrheit. (Zuruf rechts. Sehr gut links.) Ich will die Dinge so darstellen, wie sie in Wahrheit sind. Ich weise es zurück, daß man in der einseitigsten, parteiischsten, gehässigsten Weise alle Schuld auf jene Seite wirft und die eigene Sünde mit dem Mantel der christlichen Liebe deckt, der in diesem Falle ungeheuer weit und breit ist. (Widerspruch rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Es hat mich dann sehr interessirt, die Stellung zu hören, die der Herr Kriegsminister in Bezug auf die Neuformation einnahm. Ich habe aus seinen

Digitized by Google

Ausführungen entnommen, daß er damit rechnet, daß uns in nicht allzu ferner Zeit eine Vorlage zukommt, die das verwirklicht, was heute auch wieder Herr Dr. Hasse, um drei Nasenlängen allen Anderen voraus, befürwortete: die Gründung einer Kolonialarmee. Es ist vom Standpunkt der Herren dort (nach rechts) ganz selbstverständlich, daß man die Schaffung von Neuformationen, die ohne unsere Bewilligung nicht geschaffen worden sind, jetzt als Drücker, als Zwangsmittel benutzt, um demnächst den Reichstag in die Zwangslage zu versetzen, nachdem die Neuformationen einmal geschaffen worden sind, sie auch in irgend einer Weise zu konserviren und auszubauen. Drehen und wenden Sie sich, meine Herren, wie Sie wollen — um diese Thatsache kommen Sie nicht herum. (Lachen rechts. Zustimmung links.) Ehe ein Jahr vorüber ist, sobald der chinesische Krieg zu Ende ist, werden wir uns weiter sprechen, dann wird sicher die betreffende Vorlage kommen!

Der Herr Kriegsminister hat dann weiter gesagt, unseren Thaten in China sei die Ermordung europäischer Männer und Frauen vorausgegangen. Ich habe mit Thatsachen bewiesen — und sie sind mir bis heute von keiner einzigen Seite widerlegt worden —, daß so lange gegen Europäer keine Morde, keine Verbrechen begangen worden sind, als bis von deutscher Seite die ersten Gewaltthaten ausgeübt wurden; ich habe dafür die Thatsachen angeführt, ich habe die Quellen angegeben, und was immer, meine Herren, Sie gegen mich gesagt haben: Keiner von Ihnen, weder Herr von Levetzow, noch Herr Stöcker, noch Herr v. Wangenheim, noch die Regierung haben auch nur den allergeringsten Versuch gemacht, die Thatsache zu bestreiten, daß schon vor der Eroberung von Taku, und bevor die Ermordung des Herrn v. Ketteler vorkam, bereits deutsche Soldaten friedliche chinesische Unterthanen erschossen und ermordet haben. Das ist von keiner Seite widerlegt worden. (Sehr richtig! sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir nun das Verfahren, das die deutsche Kriegsverwaltung, richtiger das Heereskommando, eingeschlagen hat, so scharf tadeln, wie es geschehen ist, so geschieht es um deswillen, meine Herren, um Ihnen zu sagen, daß, wenn Sie Rache für angebracht halten, Sie sich nur an Denen rächen, die die Verbrechen begangen haben, und daß Sie nicht Tausende und aber Tausende von Unschuldigen leiden lassen für das, was Einzelne gethan haben. Es ist ferner Thatsache, daß in der unverantwortlichsten Weise seitens der deutschen und der europäischen Presse die Vorgänge in China, die Handlungen der Boxer und der chinesischen Bevölkerung übertrieben worden sind, insbesondere in den letzten Monaten. Ich erinnere nur daran, wie man die Vorgänge in Peking bezüglich der Gesandtschaften darzustellen versucht hat. Danach mußte man sich schließlich fragen: wie war es denn nur möglich, daß sich überhaupt noch Einer aus den Gesandtschaften hat retten können? (Zuruf rechts. Zustimmung links.)

Meine Herren, ich habe hier eine Zeitung in der Hand, die darüber eine Aufklärung giebt, und zwar ist es das Organ, das von unserem Herrn Kollegen Dr. Kropatscheck in seinen Privatstunden redigirt wird (Heiterkeit), die „Neue Preußische Zeitung" vom 28. Oktober dieses Jahres. Diese „Neue Preußische Zeitung", beziehentlich „Kreuz-Zeitung", enthält in der zweiten Beilage einen großen Artikel: „Die Belagerung von Peking", Originalbericht. Dieser Bericht ist begründet auf die Aussagen des österreichischen Gesandtschaftssekretärs Herrn von Rosthorn und seiner Gemahlin. In diesem Artikel wird chronologisch ausgeführt, wie es während der Belagerung der Gesandtschaften in Peking zugegangen ist. Ich will Sie mit diesen Ausführungen nicht behelligen, ich begnüge mich damit, eine sehr beachtenswerthe Erklärung mitzutheilen, die der offizielle Berichterstatter der „Kreuz-Zeitung", Baron Binder, anknüpfend an jenen Artikel giebt, der in der klassischsten Weise beleuchtet, in welch unerhörter und unverschämter Weise die europäische Presse, die Weltpresse gegen die Chinesen gehetzt und die Vorgänge in Peking auf das Schwärzeste gemalt hat. Wörtlich lautet die Erklärung, die der Baron Binder hinter den langen Bericht des österreichischen Gesandtschaftssekretärs stellt, folgendermaßen:

So weit die Erzählung des Herrn v. Rosthorn und seiner Frau Gemahlin. Beide stellen entschieden in Abrede, daß die Belagerung so blutig und die Angriffe so verzweifelt waren, wie es in der Presse der ganzen Welt geschildert wurde.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Digitized by Google

Sie sagen, daß sie erst heute, wo sie die Schilderungen ihrer Leiden lesen, eigentlich Angst bekommen

(Hört! hört! Heiterkeit links),

und sind empört über die unverschämten Lügen.

(Hört! hört! links.)

Hoffentlich wird bei künftigen Verwickelungen die Presse ihren Dienst und ihre Pflicht sorgfältiger beachten. E. Baron v. Binder.

Nun, ich meine, ein schärferes Desaveu konnte in der That all den Lügenberichten nicht gegeben werden, als es hier durch den Berichterstatter der „Kreuzzeitung", eines sehr königstreuen Blattes, wie mir der Abgeordnete Kropatscheck wohl nicht bestreiten wird (Zuruf rechts, Heiterkeit links), geschieht.

Der Herr Kriegsminister ist dann im Laufe seiner Rede darauf gekommen, zu sagen, es sei ihm sehr erwünscht, die Verfasser der Hunnenbriefe kennen zu lernen; und er schien anzudeuten, daß er von mir erwartet, daß ich dieselben nenne. Dazu habe ich gar keinen Grund. (Aha! rechts.) Ich habe um deswillen keinen Grund dazu, meine Herren von der rechten Seite, weil die Briefe, die ich hier vorgetragen habe, allesammt bereits in der deutschen Presse erschienen sind, weil ich nur veröffentlichte Briefe vorgelesen habe, keinen einzigen, der mir privatim zugegangenen. Weiter, meine Herren, würde irgend ein deutscher Staatsanwalt oder der Herr Kriegsminister glauben, daß diese Briefe die Unwahrheit sagten, so würde der Herr Kriegsminister, wie er das jederzeit gegenüber der Presse und speziell der sozialdemokratischen Presse in anderen Fällen thut, die Staatsanwaltschaften ersuchen, die Veröffentlicher dieser Hunnenbriefe zur Verantwortung zu ziehen. Von solchem Zurverantwortungziehen ist bis heute nichts verlautet. (Sehr richtig! links.) Die Briefe sind bisher unbeanstandet vor den Augen des Kriegsministeriums veröffentlicht worden, denn das Kriegsministerium hat bekanntermaßen eine Preßabtheilung in seiner Organisation, die genau diese Erscheinungen verfolgt. Der Kriegsminister hat sich bis heute nicht veranlaßt gesehen, irgendwo Strafantrag zu stellen. Außerdem werden alle Zeitungen, sowald sie erscheinen, von dem Staatsanwalt auf ihren Inhalt geprüft. Die deutschen Staatsanwälte haben diese Hunnenbriefe gelesen, sie wissen auch, daß, wenn diese Hunnenbriefe unwahr wären, sie die blutigste Beleidigung bedeuteten, die man gegen die Armee in China aussprechen kann — aber bis heute hat sich kein deutscher Staatsanwalt veranlaßt gesehen, irgendwo eine Anklage zu erheben, weil sie Alle das Gefühl hatten: was in den Hunnenbriefen gesagt wird, so schauderhaft es klingt, es muß leider wahr sein. (Lachen rechts. Sehr richtig! links.)

Der Herr Kriegsminister hat weiter erklärt, man könne in keiner Weise den Kaiser dafür verantwortlich machen, daß solche Thaten begangen wurden, insbesondere daß Weiber und Kinder niedergemetzelt wurden. Ich wiederhole hier zunächst die Frage an den Herrn Kriegsminister: ist von Seiten der deutschen Heeresverwaltung oder von Seiten des Oberkommandos in China der Befehl gegeben worden: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht?" Das will ich (Lachen rechts), das wollen wir wissen! (Sehr gut! links; Lachen rechts, lebhafte Unruhe und Zurufe.) Meine Herren, ich erkläre, daß, wenn der Herr Kriegsminister diese Frage nicht klipp und klar beantwortet, ich den Schluß daraus ziehen muß, daß ein solcher Befehl gegeben worden ist. (Sehr gut! Sehr richtig! links.) Der Herr Kriegsminister hat die Verantwortung abgelehnt, die dadurch auf den Kaiser fiel, daß jene Worte von ihm gesprochen worden sind; so weit könne die Verantwortung des Kaisers nicht gehen. Nun, meine Herren, wir haben einmal wieder Glück, Schweineglück wie immer. (Heiterkeit.) Gestern kommt mir ein Hunnenbrief zu Gesicht, der in der „Oberfränkischen Presse" und dann in der „Fränkischen Tagespost" veröffentlicht worden ist; ich bitte, denselben verlesen zu dürfen. Der Briefschreiber wendet sich an seine Verwandten im oberfränkischen Vogtlande, beziehentlich im Fichtelgebirge und schreibt:

Ich vertraue auf Gott und bete jedesmal, wenn wir ins Gefecht ziehen, er möge mich vor feindlichen Kugeln bewahren. Ich will Dir nur etwas schreiben; wie es bei uns zugeht, davon hast Du keine Ahnung. Es ist gar kein richtiger Krieg, nur ein gegenseitiges Morden!

(Hört! hört! links.)

Digitized by Google

Wie wir die erste Schlacht gewonnen hatten, da hättest Du sehen sollen, wie wir in die Stadt einrückten;

— der Brief ist in Taku am 5. Oktober abgestempelt durch die Kaiserliche Post — Alles, was uns im den Weg kam, ob Mann, Frau oder Kind, Alles wurde abgeschlachtet.

(Hört! hört! und große Bewegung bei den Sozialdemokraten.)

Nun, wie da die Weiber schrieen!

— sagt der Briefschreiber —

Aber des Kaisers Befehl lautet: keinen Pardon geben! —; und wir haben Treue und Gehorsam geschworen und das halten wir auch.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Bewegung auf allen Seiten.)

Hier haben Sie in optima forma einen Beweis dafür, was der Kaiser mit seinem Befehl angerichtet hat (Widerspruch rechts; lebhaftes sehr richtig! links), wie er deutlicher garnicht gegeben werden konnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn der Briefschreiber, der gar keine Ahnung von dieser Verhandlung hier haben konnte, erklärt, daß sie Alles, was sie thäten, auf kaiserlichen Befehl thäten; das ist die Auffassung, die er von den kaiserlichen Worten hat. Ich erkenne an: daß Weiber und Kinder gemordet werden sollen, hat der Kaiser nicht befohlen; er hat im Gegentheil gesagt: die schonet! Aber, meine Herren, Sie sehen, wie in den Augen der fanatisirten, der aufs Aeußerste erregten Soldaten dieser Befehl ausgelegt wird. So wie dieser Briefschreiber denkt, denken leider wahrscheinlich viele; sonst wären diese Thaten, wie sie gleicher Art im Laufe des Krieges öfter vorgekommen sind, einfach unmöglich und unerklärlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und am Schlusse des Briefes heißt es:

Ich will weiter nichts schreiben, denn es ist ja gräßlich, wie es da zugeht.

Hier hat nicht der miles gloriosus, Herr Stöcker, dem Manne die Feder geführt. Der Mann bedauert, daß er zu solchen Thaten gekommen ist. (Zuruf rechts.) — Das ist allerdings eine sehr naive Forderung, die Herr Stöcker eben stellt. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Kriegsminister hat den Brief im Wortlaut, er ist in der „Fränkischen Tagespost" veröffentlicht; und ich ersuche also den Herrn Kriegsminister, die nöthigen Recherchen anzustellen. (Zurufe rechts.) — Kein Beweis? Das ist Beweis genug, daß solche Briefe veröffentlicht werden können. Die „Fränkische Tagespost" und alle die anderen Blätter würden es nicht wagen, solche Briefe abzudrucken, wenn sie nicht an die Richtigkeit dieser Briefe glaubten und sie für unwiderleglich hielten. (Sehr richtig! links.) Sie sagen immer: es ist kein Beweis! Ja, meine Herren, lassen Sie doch den Beweis führen, klagen Sie doch und gehen Sie zum Staatsanwalt! Das ist doch nicht meine oder unsere Aufgabe. (Sehr richtig! links.) Denn wird die Sache untersucht, so werden die Briefschreiber festgestellt, und es wird sich herausstellen, was wahr ist. (Zurufe rechts.) Aber verlangen Sie nicht — — (Wiederholte Zurufe rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Das führt zu nichts, das führt zu Einzelgesprächen und verzettelt die Diskussion. Wenn eine Remedur nöthig ist, dann werde ich sie eintreten lassen.

Bebel: Na, ich hoffe, keine Gelegenheit dazu zu geben. (Heiterkeit.) Ein Glück für die Armee, fährt der Herr Kriegsminister fort, daß ihr der Ernst des Krieges wieder einmal klar wird. Auch hier wieder das Bekenntniß von der Nothwendigkeit des Krieges, der ab und zu eintreten müsse, damit die Armee den Ernst des Krieges kennen lerne, denn das sei ein Glück für die Armee. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Aber, meine Herren, wie man eine solche Auffassung, die bekanntlich in militärischen Kreisen weit verbreitet ist, zugleich mit seinem Christenthum vereinbaren kann, verstehe ich beim besten Willen nicht. (Zurufe rechts. — Heiterkeit.) Ich zerbreche mir auch schon seit Langem darüber den Kopf, wie man auf der einen Seite dem Kriege nicht nur als einer Nothwendigkeit, sondern sogar als einem Glück das Wort reden kann und auf der anderen Seite immer und immer betont, daß man ein guter Christ sei und in öffentlichen Aktenstücken, wie in der letzten Thronrede, wieder das Thema variirt, daß man angestrengtest bemüht sei, daß der Friede erhalten bleibe. Meine Herren, ist ab und zu ein Krieg für die Armee ein Glück, dann muß man auch der Armee ab und zu dieses Glück bereiten. (Große Heiterkeit

Digitized by Google

bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch eine logische Forderung. Dann muß man dafür sorgen, daß die Armee in die Möglichkeit versetzt werde, die Tugenden, die angeblich in einem Kriege zur Erscheinung kommen sollen, bethätigen zu können. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann darf man sich auch nicht damit begnügen, daß es sich um einen so kleinen Krieg handelt, wie in China, indem von der ungeheuren deutschen Armee nur 20 000 Mann in Anspruch genommen werden. (Sehr richtig! links.) Man darf sich nicht damit begnügen, daß nur dieser kleine Theil das Glück des Kriegs genießt, sondern man muß dafür sorgen, daß die ganze große Armee an diesem Glück theilnehmen kann, indem man baldmöglichst einen großen europäischen Krieg beginnt. (Sehr richtig! sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Will man das nicht, darf man das nicht, dann unterlasse man es auch, solch zweideutige und bedenkliche Redensarten zu gebrauchen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Ich komme nun mit einigen kurzen Bemerkungen auf die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers. Der Herr Reichskanzler erklärte, er übernehme die Verantwortung für die kaiserliche Rede in Bremerhaven. Es sind in Bremerhaven zwei Reden gehalten worden; ich nehme nach den sonstigen Ausführungen, die er dazu machte, an, daß er die Rede vom 3. Juli meinte, jene Rede, in der es heißt:

„Mitten in den tiefsten Frieden hinein, für mich leider nicht unerwartet, ist die Brandfackel des Kriegs geschleudert worden. Ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schaudererregend durch seine Grausamkeit, hat meinen bewährten Vertreter getroffen und dahingerafft".

Der Herr Reichskanzler meinte, die Rede sei in ihrem ganzen Inhalt erklärlich nur dadurch, daß der Kaiser damals, als er sprach, nicht nur gewußt habe, daß sein Gesandter bereits ermordet war, sondern daß auch wahrscheinlich die übrigen Gesandten ermordet seien. Das ist nicht der Fall, das geht nicht aus dieser Rede hervor; denn der Kaiser fährt fort:

Die Gesandten anderer Mächte schweben in Lebensgefahr, mit ihnen die Kameraden, die zu ihrem Schutze entsandt waren. Vielleicht haben sie schon heute ihren letzten Kampf gekämpft.

Dann fordert er auf zur Rache. Die Rede habe der Kaiser gehalten, sagt Graf Bülow, als Soldat, nicht als Diplomat. Der Kaiser spricht nie als Soldat, der Kaiser spricht nie als Diplomat, der Kaiser spricht nur als Kaiser (sehr richtig! links) und will garnicht anders reden denn als Kaiser. Denn, wenn der Kaiser als Soldat spräche, dann brauchte man nicht zu verlangen, daß die Kaiserreden im „Reichsanzeiger" abgedruckt werden, dann hätten wir freie Kritik wie gegenüber jeder Soldatenrede. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Kaiser ist eine viel zu ausgeprägte, viel zu selbstbewußte Persönlichkeit, als daß er auch nur einen Augenblick vor das Volk und die Oeffentlichkeit anders denn als Kaiser träte. Und dann hat er die Verantwortlichkeit für seine Rede zu übernehmen, nicht die parlamentarische — die ist zur Zeit nicht vorhanden —, aber die moralische Verantwortlichkeit vor der Welt und der Geschichte. (Bewegung.)

Dann weiter: der Kaiser hat nicht blos am 3. Juli gesprochen, er hat auch am 27. Juli, als die Situation schon eine ganz andere war, gesprochen und hat dann noch viel schärfer gesprochen als am 3. Juli. Er sagte damals: Kommt Ihr heran an den Feind, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Führt Eure Waffe so, daß auf tausend Jahre hinaus keine Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.

Das ist die bekannte Hunnenrede, und sie fiel auf den 27. Juli, als bereits in Peking die Würfel gefallen waren. (Zuruf.) Man wußte damals genau, daß nur der Mord des deutschen Gesandten vorlag, daß die übrigen befreit waren (Zwischenrufe rechts) — oder so gut wie befreit waren. Ich meine, nach drei und einer halben Woche nach der ersten Rede hatte der Kaiser Zeit, seiner Leidenschaft einigermaßen Herr zu werden, da war es nicht mehr am Platze, in einem Tone zu reden, der an Leidenschaftlichkeit Alles überbot, was schon die Rede vom 3. Juli zum Ausdruck gebracht hatte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wolle man nicht vergessen und sagen, da habe er als Soldat gesprochen; er hat als Kaiser gesprochen. Der Kaiser ist in seiner Art ein ganzer Mann, das sage ich, der ich nicht kaiserlich gesinnt bin; er will als solcher angesehen werden, er ist eine ganze

Digitized by Google

Persönlichkeit, und wo er auftritt, will er als Kaiser beurtheilt werden und will nur als solcher beurtheilt werden. (Sehr richtig! links.)

Der Herr Reichskanzler meinte weiter, man werde sich die Deutschland gebührende Machtstellung nicht ausreden oder verkümmern lassen. Dieser Meinung sind auch wir. Es handelt sich nur darum, was man unter der gebührenden Machtstellung Deutschlands versteht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Deutschland Friedensstifter der Welt, wenn es der größte Kulturträger der Welt sein will, dann folgen wir ohne Widerrede; aber die Art und Weise, wie die Weltpolitik bis jetzt ausgeführt worden ist, wie sie bis jetzt definirt wurde von dem Kaiserlichen Redner, die Art und Weise, wie man an Sie herangekommen ist und für diese Weltpolitik für ungeheure Rüstungen die Mittel gefordert hat, das ist nicht die Art und Weise, in unserem Sinne die Weltstellung Deutschlands zu wahren und Deutschland zur Achtung in der Welt zu bringen. Mit dieser Art der Politik sind wir nie und nimmer einverstanden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wirkliche, echte deutsche, europäische Kultur und Zivilisation in der ganzen Welt zu verbreiten, wo immer es daran fehlt, ist eine große und schöne Aufgabe, aber es kommt auf die Art an, wie man diesen Gedanken durchführt, es kommt auf die Art und Weise an, wie man zu den fremden Völkern kommt, denen man Kultur und Zivilisation bringen will. Darüber hat die Resolution, die wir auf unserem letzten Parteitage in Mainz gefaßt haben, nicht den geringsten Zweifel gelassen. Darin heißt es im zweiten Absatz:

> Die Sozialdemokratie, als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, erhebt gegen die Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerthen und nothwendigen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel — und auf dem Wege freier Vereinbarungen — für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Zivilisation.
>
> (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Da haben Sie in einigen wenigen knappen Sätzen die Anschauung unserer Partei über unsere Kulturaufgaben und über die Art, wie sie verwirklicht werden sollen. Das sind die einzig wahren und einzig richtigen Mittel und Wege. (Ach! rechts. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind Mittel und Wege, wie sie aller zivilisirten Menschen würdig sind, und nicht die Methoden, nach denen Sie bisher gearbeitet haben. (Oh! rechts.)

Weiter führte der Herr Reichskanzler — und damit komme ich auf die Missionen — aus, ich hätte den katholischen Missionen mit Schuld an den chinesischen Wirren gegeben; das sei nach seiner Kenntniß nicht der Fall, er werde sich auch durch mich nicht zu einer ungünsterigen Behandlung der katholischen Missionen verleiten lassen. Für diese Worte hat ihm speziell gestern Herrn Dr. Bachem im Namen seiner Partei den Dank ausgesprochen. Nun habe ich garnicht verlangt — das ist ein mir geradezu unbegreifliches Mißverstehen meiner Rede, ein Mißverständniß, welches sich gestern auch Herr Abgeordneter Stöcker hat zu Schulden kommen lassen —, daß man die katholischen Missionen anders behandeln solle als die protestantischen. Ich habe auch nicht gesagt, daß man die Missionen unterdrücken oder gegen sie Gewalt anwenden sollte. Ich habe nur ausgeführt, in Bezug auf die Missionsfrage ständen nach meiner Auffassung zwei Mächte auf dem allein richtigen Standpunkte: Rußland und Japan, welche bis heute in China keinerlei Versuche mit dem Konvertitenthum durch Missionen gemacht, keinerlei Missionen nach diesem ungeheuren Reiche geschickt und dadurch keinerlei Ursache zu Unzufriedenheit und Revolte gegeben hätten. Ich habe aber — und das möchte ich speziell auch Herrn Stöcker anzuhören ersuchen — hinzugesetzt: aber wenn die Missionen, einerlei welche, ob katholische, ob protestantische, dennoch ihre Thätigkeit in einem Lande ausüben wollen, weil sie es nach ihrer inneren Ueberzeugung für nothwendig halten, dann mögen die Missionare als Privatpersonen nach jenem Lande gehen, dann überlasse man ihnen die volle Verantwortung, dann mache man ihnen klar, daß der Staat, das Reich es nicht als seine Aufgabe ansieht, sie irgendwie zu schützen; daß sie durch

Digitized by Google

ihr eigenes Verhalten, durch ihre eigene Lehre und Beispiel dafür zu sorgen hätten, daß sie mit den Gesetzen, mit der Bevölkerung und den religiösen Ueberzeugungen des Landes nicht in Konflikte gebracht würden. Das habe ich verlangt. Wenn das die Missionen thun, so habe ich nichts gegen ihre Wirksamkeit einzuwenden. Aber ich habe mich auf das Energischste dagegen gewehrt und wehre mich heute wieder dagegen und werde mich so lange dagegen wehren, solange ich im Hause das Wort habe, daß das Reich sich der Missionen in irgend einer Weise annehme. Ich sehe es für den denkbar verkehrtesten und Deutschlands schädigendsten Standpunkt an, wenn im Gegensatz zu einer Neutralität des Reichs wie ich sie befürworte, die allein den wahren Interessen des Reichs entspricht, die Missionare gewissermaßen als politische Agenten angesehen werden, der Staat das Missionswesen mit der Politik verquickt und die Missionen den Staat als Schützer und Helfer anrufen. (Sehr richtig! links.)

Es war ein sehr bezeichnendes Wort, das gestern Herr Abgeordneter Stöcker aussprach: was sollten die Kolonialmächte ohne die Missionen machen? (Sehr richtig! links.) — Mit anderen Worten, wir sind ja nothwendig, damit Ihr in Eurer Kolonialpolitik die Ziele erreichen könnt, die Ihr erreichen wollt, dafür sind wir, die Missionare, Eure Werkzeuge. Das ist Ihr Gedankengang gewesen, Herr Stöcker, wenn Sie auch noch so sehr durch Ihr Kopfschütteln das zu bestreiten suchen. (Heiterkeit.) Das lag nicht allein in Ihren Worten, sondern auch in den Worten des Zentrumredners. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Politik, die bisher gehandhabt worden ist seitens des Deutschen Reichs, und damit stimmen auch die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers am Dienstag überein, worin er ausführte — woran ich übrigens garnicht gedacht habe — er würde sich nicht durch mich zu einer anderen Behandlung der Missionen verleiten lassen. Meine Herren, der Reichskanzler ist so sehr auf die Unterstützung des Zentrums angewiesen, und das Zentrum hat so nothwendig, seine Haltung in der Kolonialpolitik seinen Wählern und der katholischen Bevölkerung dadurch verdaulich und genießbar zu machen, daß man das Hauptgewicht auf die Missionsthätigkeit legt und auf die Unterstützung, die das Reich dem Missionswesen zu Theil werden läßt, daß nur dadurch ein Zusammengehen des Zentrums und der Reichsregierung in der Kolonialfrage möglich ist. (Sehr wahr! sehr richtig links.) Sie reichen sich beiderseitig dazu die Hände. Der Reichskanzler weiß genau, was er am Zentrum hat, und das Zentrum weiß genau, was es am Reichskanzler hat. (Sehr richtig! links. Heiterkeit.) Das ist das politische Handelsgeschäft, wenn ich mich so ausdrücken darf, was bei Beiden, hüben und drüben, geschlossen wird. Ich weiß, daran können alle Reden und alle Proteste meinerseits nicht das Geringste ändern. Hier, meine Herren, bin ich gezwungen, noch etwas näher auf das Missionswesen und seine Wirkungen einzugehen. Herr Abgeord. Dr. Bachem sowohl wie Herr Abgeord. Stöcker haben gestern den Versuch gemacht, die Sache so darzulegen, als sei das, was über das Missionswesen gesagt worden ist, von mir gewissermaßen aus den Fingern gesogen worden. Herr Abgeord. Stöcker hatte sogar den Muth, daß er sich auf den bekannten Engländer Sir Robert Hart berief, jenen Mann, der seit 39 Jahren in China an der Spitze der Verwaltung der Seezölle steht, der besser als irgend ein zweiter Mann in Europa, ja in der Welt, das chinesische Volk, das chinesische Land und die Ursachen der gegenwärtigen Wirren kennt. Sir Robert Hart hat in jenem, bereits von mir in meiner ersten Rede zitirten Artikel der Fortnightly Review im Gegensatz zu den Herren Stöcker und Bachem und allen den übrigen Rednern, die die Missionen gegen meine Angriffe vertheidigten, ausgeführt:

Die Propaganda der Missionare sei überall im Lande thätig gewesen, und ihr Ergebniß, die chinesischen Christen, hätten weder die Achtung noch die Zuneigung ihrer Mitbürger erworben, weil sie zuerst das öffentliche Gefühl dadurch verletzten, daß sie den chinesischen Kultus für den fremden aufgaben; dann erbitterten sie ihre Dorfgenossen dadurch, daß sie als Christen sich weigerten, sich an den Kosten der Gemeindefeste zu betheiligen; und endlich verletzten sie, wieder als Christen, das Gefühl der Beamten und auch des Volks, indem sie ihre geistlichen Lehrer, besonders die römisch-katholischen, veranlaßten, sich zu ihrem Gunsten bei Prozessen u. s. w. zu verwenden, wie auch das Abkommen, durch das Bischöfen gestattet wurde, sich grüner Tragstühle zu bedienen und als Gouverneuren und Vizekönigen gleichstehend angesehen zu

Digitized by Google

werden, seine besondere Bedeutung hatte, die Bestrebungen der Missionare unterstrich und dem Volk und den Beamten in allen Provinzen zeigte, was sie von denselben zu erwarten hatten.

(Hört! hört! links.)

Das sagt Sir Robert Hart über die Missionen, das sagt er speziell über die Rolle der katholischen Missionare. Die Bischöfe spielten die Rolle von Mandarinen, wie das auch Bischof Anzer that, der nicht nur in China, sondern auch in Europa in der chinesischen Mandarinenrolle sich zeigte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß Bischof Anzer nach dem eigenen Geständniß des Herrn Bachem bereits so chinesirt ist, daß er die deutsche Sprache nahezu verlernt hat und chinesisch besser spricht als deutsch, war interessant. (Heiterkeit.) Das regt die Frage an, ob das im Interesse Ihrer Kolonialpolitik liegt, wenn die Gefahr besteht, daß die Deutschen schon in der ersten Generation, wenn sie in China Kultur treiben, das Deutsche verlernen und Chinesen werden, wenigstens der Sprache nach. (Heiterkeit.) Dieser Bischof Anzer hat keine Frau, kann sie als katholischer Bischof nicht haben und hat in Folge dessen auch keine Kinder. (Heiterkeit.) Was wird aber aus den Deutschen, aus den Europäern werden, die in der zweiten, dritten Generation in China leben? Die laufen Gefahr, daß sie vollständig Chinesen werden, nach dem Geständniß des Herrn Dr. Bachem. (Sehr gut!)

Weiter wird von den Herren ausgeführt, daß auch über die Boxer Sir Robert Hart sich absprechend geäußert. Auch das ist falsch. Hart sagt vielmehr, die höheren Beamten, die in dieser revolutionären Bewegung auf Seite der Boxer stehen, seien Leute, die durch ihre Kenntnisse und Dienste dem Lande Großes geleistet hätten und die durch ihre Beurtheilung der Fremden u. s. w. nach jeder Richtung von Seiten der Chinesen Anerkennung verdienten. Hier wird ein Wort ausgesprochen, was ich heute auch in einer Depesche aus Washington fand — es kann ja sein, daß es morgen widerrufen wird; die Nachrichten wechseln ja von Tag zu Tage —, aber in jener Depesche, die offiziös sein soll, wird gesagt, das Washingtoner Kabinet lehne es entschieden ab, den besten Männern Chinas den Kopf vor ihre Füße legen zu lassen. Ist das wahr, so wird von einem hochangesehenen Kabinet, von einem der ersten der Welt, die Sachlage ähnlich beurtheilt, wie ich sie darlegte, und dann haben Sie alle Ursache, etwas sachlicher und objektiver die Vorgänge in China zu beurtheilen, als es gegenwärtig der Fall ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe bereits zum Ueberfluß gegenüber den Herren Stöcker und Bachem auf meine Auffassung des Missionswesens hingewiesen. Sie mögen die diesbezüglichen Ausführungen weiter in meiner Rede lesen, die gestern zur Vertheilung gelangt ist; da werden Sie finden, daß ich kein Wort mehr gesagt habe als heute.

Wenn weiter gesagt wurde, man dürfe sich nicht irre machen lassen, es sei nicht wahr, daß die Missionare und ihre Konvertiten unter den Chinesen einen wesentlichen Theil der Schuld an den Revolten trügen, so zitire ich hier auch ein Organ des bayrischen Zentrums, die „Neue Bayrische Landeszeitung", das schreibt: „wenn es unter den Missionaren viele achtenswerthe Personen giebt, die in gutem Glauben handeln, so giebt es dagegen unter den Bekehrten nur wenige, die Achtung verdienen ... der große Fehler der Missionare besteht darin, daß sie jeden Taugenichts gegen die Behörden in Schutz nehmen zu müssen glauben (hört! hört!), sobald er den Titel eines Christen führt ... hielten sie das Prinzip einer gleichen Gerechtigkeit für Alle aufrecht, so würden sie nicht so leicht den Haß des Volkes und die Verachtung der Behörden auf sich ziehen und nicht beständig Ursache zu gerechten Beschuldigungen geben". (Hört! hört! links.) Das sagt das offizielle Fraktionsorgan des Zentrums in Bayern! Es hat nicht nur einen, es hat mehrere Artikel dieser Art gebracht. Setzen Sie sich also erst einmal mit Ihren eigenen Parteiorganen auseinander, meine Herren vom Zentrum, ehe Sie mich hier beschuldigen, der ich mich nur auf Zeugnisse stütze und nicht aus eigener Wahrnehmung reden kann, sondern einfach wiedergebe, was ich in Ihren eigenen Organen und in anderen Organen darüber gelesen habe! Im Uebrigen hat ein Satz in der gestrigen Rede des Abgeordneten Dr. Bachem seine und seiner Freunde Auffassung von den Missionen genügend charakterisirt — und der Abgeordnete Stöcker hat sich in gleicher Weise ausgesprochen. Der Abgeordnete Dr. Bachem führte ungefähr aus, das Blut der christlichen Märtyrer sei der Dünger, aus welchem dem Christen-

Digitized by Google

thum tausendfältige Frucht erwachse. Ist dem so, meine Herren, dann ereifern Sie sich auch nicht, wenn ein solcher Kulturdünger geschaffen wird! Ereifern Sie sich nicht, wie Sie es thun, und verlangen Sie nicht, daß wir den letzten Mann und den letzten Groschen einsetzen für den Schutz der Missionare, die hinausgehen mit dem Bewußtsein, daß sie möglicherweise als Märtyrer sterben, und daß ihr Blut, das sie als Märtyrer verspritzen, der Dünger sei, aus dem tausendfältige Frucht für das Christenthum erwachse. Aber gerade in dieser Ausführung zeigt sich die Gefährlichkeit der Verquickung des Missionswesens mit der Kolonialpolitik. Jenes jubelnde Frohlocken, daß in Folge des vergossenen Christenblutes tausendfältiger Samen für die Kirche aufgehe, zeigt, in welche Verlegenheiten das Reich im weiteren Verlaufe seiner Chinapolitik gelangen wird, wenn ferner Missionswesen, d. h. Religion, und Kolonialpolitik miteinander verquickt bleiben, wie es bisher geschehen ist. Es zeigt uns mit blutiger Schrift, was die Zukunft bringen wird. Die Missionsmetzeleien werden nicht nur nicht aufhören, sie werden im Gegentheil erst recht in China, nachdem es mit brutaler Waffengewalt niedergeworfen wird, entstehen. (Sehr richtig! links.) Nach der Niederwerfung Chinas kommt allem Anschein nach der Moment — und man hält ihn für gekommen —, in dem die Missionare in Schaaren nach jenem Lande strömen und das Christenthum predigen werden, d. h. in einem Lande, in dem durch die Ereignisse der letzten Monate und durch das, was noch folgt, der Haß gegen die Zivilisation, gegen das Christenthum in der gewaltigsten Weise gesteigert wurde und sich aufgehäuft hat. Sie dürfen künftighin darauf rechnen, daß der Christen- und Fremdenhaß bei jeder Gelegenheit nur um so heftiger zum Ausdruck kommt. Ich gratulire Ihnen und den Herren von der Reichsregierung für die Aussichten, die Ihre Chinapolitik in künftigen Jahrzehnten dem Deutschen Reich und dem deutschen Volk bereiten wird. Eine solche Politik können und wollen wir nicht mitmachen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat der Abgeordnete Dr. Bachem den Versuch gemacht, meine Ausführungen bezüglich der provokatorischen Thätigkeit des Bischofs Anzer zu bestreiten und sie in seiner Weise darzustellen. Er hat mit advokatorischer Geschicklichkeit operirt, hat aber gerade durch seine Auseinandersetzungen das verstärkt, was ich behauptet habe. Ich habe bereits mitgetheilt, daß Bischof Anzer seit vielen Jahren sich die größte Mühe gegeben hatte, durch den Einfluß des deutschen Gesandten von Brandt dahin zu gelangen, daß er seinen Sitz in Jentschoufu nehmen konnte, daß aber Herr von Brandt selber ihm abgerathen hatte, es zu thun. Dessenungeachtet ist Bischof Anzer immer wieder darauf zurückgenommen und hat so lange unausgesetzt gebohrt, bis es ihm durch mächtige Einflüsse gelang, den Kaiser Kwangsü zu bestimmen, daß er die gewünschte Erlaubniß zur Niederlassung gab, und daß er sogar dem Taotai von Jentschoufu und den Mandarinen den Auftrag gab, sie sollten den Bischof Anzer in der Pagode des Konfucius begrüßen. Es war also eine Begrüßungsfeier, bei welcher der Bischof Anzer als christlicher Geistlicher im Ornate eines chinesischen Mandarinen erschien (hört! hört! links), also als hoher Beamter. Das focht ihn nichts an. Das Bischofskleid mußte unter dem Mandarinenkleid verschwinden, damit er seine politische Mission — das war sie im Augenblick — erfüllen konnte. Er wollte in der Pagode des Konfucius, des höchsten chinesischen Nationalheiligen, seine Triumphe feiern, hier wollte er, der katholische Bischof, die Begrüßungen des Taotai und der chinesischen Beamten und Priesterschaft entgegennehmen. Das war doch zweifellos eine so furchtbare Verhöhnung aller religiösen Gefühle der Chinesen, eine so starke Provokation des chinesischen Volkes, daß das, was daraus erfolgte, nothwendig kommen mußte. (Sehr wahr! sehr richtig! links.)

Der Abgeordnete Dr. Bachem meinte, es sei ganz unrichtig, daß, wenn die Chinesen in Deutschland es ähnlich machen wollten wie der Bischof Anzer in China, es diesen chinesischen Missionaren oder Bischöfen schlecht ergehen würde. Er führte an, wenn Li-Hung-Tschang, als er seine bekannte Triumphreise durch Deutschland hielt, jene bekannte Triumphreise, bei der die „Kölnische Zeitung" ihn als den „Bismarck des Ostens" feierte (große Heiterkeit), er auch ohne Furcht den Kölner Dom hätte besuchen können. Gewiß, Herr Bachem! Ich bin auch überzeugt, wenn Li-Hung-Tschang den Kölner Dom nur besucht hätte, es ihm ergangen wäre wie seinerzeit mir, als ich ihn besuchte: man hätte ihm den Klingelbeutel unter die Nase gehalten, und er hätte sein Scherflein hineingelegt. (Große Heiterkeit.) Aber, meine Herren, setzen Sie einmal den Fall, die Sache wäre so

Digitized by Google

gewesen, wie sie beim Bischof Anzer war — dann lag die Sache anders. Nehmen wir an, der König von Preußen hätte Li-Hung-Tschang zu einem preußischen Mandarin gemacht, sagen wir einmal zu einem preußischen Oberpräsidenten „in partibus infidelium“ — wie Herr Richter sich ausdrückte (lebhafte Heiterkeit), dieser preußische Mandarin Oberpräsident Li-Hung-Tschang wäre dann nach Köln gekommen, und jetzt hätte der König von Preußen dem Erzbischof und der Geistlichkeit Kölns befohlen: Ihr habt meinen Mandarinen den Oberpräsidenten Li-Hung-Tschang (große Heiterkeit) im Dom feierlichst zu empfangen und zu begrüßen, und dabei muß die Generalität, müssen meine übrigen Mandarinen, der Oberpräsident von Köln und seine Beamtenschaft anwesend sein (Heiterkeit) — da hätte ich doch einmal sehen wollen, was die katholische Geistlichkeit, was die Militärs, was die Beamten, was vor allen Dingen das katholische Volk im heiligen Köln gesagt haben würde. (Große Heiterkeit. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Da wäre es Li-Hung-Tschang noch viel übler ergangen als dem Bischof Anzer in Jentschoufu. (Sehr wahr! sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn die bayerische Regierung auch auf die Idee gekommen wäre, den Li-Hung-Tschang zu einem bayerischen Mandarin zu machen (Heiterkeit), und sie hätte angeordnet, daß er in seiner bayerischen Mandarineneigenschaft in dem Orte, wo Bischof Anzer geboren wurde — ich glaube, in Niederbayern —, durch die Honoratioren des Dorfs, also den Gemeindevorsteher, den Ortspfarrer, den Küster u. s. w. in der Kirche feierlich zu begrüßen sei, dann hätte ich die altbayerischen Bauern sehen mögen, wie sie dem Li-Hung-Tschang heimgeleuchtet haben würden — er wäre sicher nicht lebendig davon gekommen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lebhafte Heiterkeit.)

So ist das Gleichniß erst richtig, so müssen Sie vergleichen, Herr Kollege Bachem, und wenn Sie so vergleichen, müssen Sie mit mir zu dem Schluß kommen: was Bischof Anzer that, war in der That eine unerhörte Provokation, war eine Verletzung der heiligsten Gefühle der Chinesen, die ebenfalls heilige Gefühle haben, wenn auch andere als Sie. (Sehr richtig! sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So kam als Folge, was eintreten mußte. Meine Herren, und der Mann, der diese Rolle gespielt, der diese Provokation machte, war es, der nachher sagte: Kiautschou und was drum und dran hängt, hat die jetzigen Wirren hervorgerufen.

Herr Bachem meinte, ich hätte mich zwar auf den Neujahrswunsch des Bischofs Anzer bezogen, in dem er bekanntermaßen in der offensten und rückhaltslosesten Weise zugiebt, daß sein Rath, Kiautschou zu nehmen, und die darauf erfolgte Erwerbung Kiautschous die Wirren herbeigeführt hätte; aber ich hätte nicht gelesen, was der Bischof Anzer nachher erklärt habe. Ja, meine Herren, daß der Bischof, nachdem er gesehen hatte, daß er durch ein solches Zugeständniß, wie das in seinem Neujahrsbrief abgegebene, eine große Dummheit, einen politischen Fehler gemacht hatte — und nach Talleyrand sind politische Fehler Verbrechen —, indem er damit die chinesische Revolution rechtfertigte, hat er freilich zurückzurufen gesucht. Aber er hat — davon beißt keine Maus einen Faden ab — in seinem Neujahrswunsch zugestanden, daß die Wegnahme Kiautschous eine der wesentlichsten Ursachen sei, die die Schuld an den Wirren trägt. Es ist auch bekannt, daß seitdem Deutschland der verhaßteste Staat in China ist, während es bis zur Wegnahme von Kiautschou den Chinesen der beliebteste Staat gewesen ist, und daß es insbesondere der verhaßteste Staat auch deshalb geworden ist, weil, seinem Beispiel folgend, die anderen Staaten ebenfalls zugegriffen haben.

Der Abgeordnete Stöcker hat gestern gemeint, ich hätte zwar erklärt, studiren müsse man die Dinge, aber von Studiren hätte ich in meiner Rede nichts merken lassen, denn sonst hätte ich nicht sagen können, daß wesentlich Kiautschou die Ereignisse der letzten Jahre in China hervorgerufen habe. Das sei vielmehr die Frucht viel früherer Ereignisse. Ja, Herr Abgeordneter Stöcker, Sie haben entweder während meiner Rede geträumt oder Sie sind nicht anwesend gewesen (Heiterkeit); denn wenn Sie meine Rede gehört oder gestern noch nachgelesen hätten, würden Sie gefunden haben, daß ich im Eingang derselben ausgeführt habe, man könne die Ursachen zu den gegenwärtigen Wirren bis auf zirka sechzig Jahre zurückführen; also bis zu jener Zeit, als der von Ihnen erwähnte Opiumkrieg geführt wurde, 1841/42. Ich habe weiter hingewiesen auf ein Buch des Engländers Gilles aus den siebziger Jahren, das bereits diese Dinge voraussagte. Weiter auf die Schriften des Missionars Faber aus dem Jahre 1891, auf

Digitized by Google

das Buch des Baron v. Korff von 1893. Ich habe also die geschichtlichen Vorgänge in aller Kürze, aber richtig nachgewiesen, wie schon seit Jahrzehnten systematisch die Gewaltthätigkeiten der Europäer, der Mächte gegen das chinesische Reich und Volk jenes ungeheure Maß von Erbitterung, Haß und Rache in ihm erweckt haben, das nunmehr zum Ausbruch gekommen ist. Also, ich kann mir von Ihnen, Herr Abgeordneter Stöcker, keinerlei Einwürfe gefallen lassen; ich habe Alles sehr wohl erwogen.

Die Herren haben sich dann noch weiter auf die Toleranz der Christen berufen im Gegensatz zu jener der Chinesen. Meine Herren, ich sage Ihnen rückhaltlos, jede Religion ist ihrem Wesen nach intolerant (sehr gut! sehr richtig! links), weil jede Religion sich ihrem Wesen nach für die allein richtige hält, und weil der Religiöse, der eine Religion hat, in Jedem, der eine andere Religion besitzt, einen Falschgläubigen sieht, den er zu bekämpfen hat. Intolerant ist also jede Religion; daher die vielen Religionskämpfe, die die Menschheit seit Jahrtausenden gehabt hat, die nunmehr, nachdem wir hoffentlich den letzten religiösen Kampf, den sogenannten Kulturkampf in Deutschland gehabt haben, jetzt wieder aufleben sollen dort in China, womöglich auch in Afrika und all den Ländern, wo wir unsere kolonisatorische und christliche Mission zu erfüllen suchen. Nein, meine Herren, Sie als Christen sind intolerant, das beweist die Kirchengeschichte seit 1500 Jahren. (Sehr richtig! links.) Die Protestanten sind genau so intolerant wie die Katholiken. Kein intoleranterer Mensch als Luther (sehr richtig! links), Niemand intoleranter als Melanchthon, Zwingli, Calvin, als alle die Reformatoren, die an der Spitze derselben in den verschiedenen Ländern standen. Wenn Sie heute toleranter sind als jene, dann sind Sie es nicht, weil sie wirklich toleranter sind, sondern weil Sie toleranter sein müssen (sehr gut! links), weil die Zeiten andere geworden, weil die Kultur eine andere ist, weil die religiösen Fragen und Interessen mehr im Hintergrunde stehen und mehr materielle und geistige Interessen in den Vordergrund gerückt sind. Und daß sie noch intolerant sind, das beweisen die §§ 166 und 167 des Strafgesetzbuches klar und deutlich; denn von Rechts wegen sollten Sie es Ihrem Gott überlassen, daß Derjenige, der ihn beleidigt, ihn schnöde behandelt, auch entsprechend bestraft wird, und sollten ihn nicht dem irdischen Strafrichter überweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Und wie wird im Uebrigen die Toleranz geübt? Ich bin selbst Zeuge gewesen vor ein paar Jahrzehnten — ich war damals noch Handwerksbursche —, wie in Freiburg der junge Zuschauer einer großen katholischen Prozession, der nicht seinen Hut abnahm, von einem Kruzifixträger mit dem Kruzifix den Hut vom Kopfe geschlagen bekam. (Heiterkeit.) Ich gehe weiter. Im vorigen Jahre ist in München das Stück des Herrn von Hornstein „Buddha" aufgeführt worden. Damals hat die ganze katholische bayerische Presse Zeter und Mordio geschrieen, daß man ein solches heidnisches Werk auf einer Hofbühne aufführt; das sei eine Verhöhnung des Christenthums. Das Verbot haben Sie damals nicht herbeigeführt, meine Herren im Zentrum, das lag nicht in Ihrer Macht; aber Sie hätten es sehr gern herbeigeführt, wenn Sie konnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter, vor zwei Jahren im März wurden hier in Berlin Musikaufführungen aus „Christus" und „Parcival" von der Polizei verboten, weil sie heidnische Musikstücke seien (hört! hört! links), also nicht an einem Bußtage aufgeführt werden könnten. Dahinter haben die protestantischen Pfarrer gestanden. (Zuruf.) — Ich habe heute in der „Vossischen Zeitung" gelesen, es sei 1898 gewesen. (Zuruf rechts.) — Erst jetzt? Dann um so schlimmer! Bekanntermaßen ist in Oesterreich die Parole ausgegeben worden: heraus aus der katholischen Kirche! Ein paar protestantische Pfarrer aus Sachsen glaubten den Versuch machen zu dürfen, dort Predigten halten zu können, sie gingen hin und hielten Missionspredigten; darauf hat die österreichische Regierung auf Drängen der katholischen Geistlichkeit zum Büttel sich hingegeben und hat die protestantischen Pfarrer aus Böhmen ausgewiesen. (Hört! hört! links.) Wie wieder die protestantische Geistlichkeit Sachsens die bekannte Aeußerung des Prinzen Max über den Protestantismus behandelt, haben Sie aus den Zeitungen gehört. (Sehr richtig! links.) Die ganze protestantische Geistlichkeit Sachsens verlangte, der Prinz dürfe nicht mehr im Lande öffentlich predigen. Das ist Ihre christliche Toleranz! (Sehr wahr! sehr gut! links.) Und wollen Sie bestreiten, daß hier in Berlin die Muckerei und

Digitized by Google

Stöckerei eben Trumpf ist? (Zuruf rechts. — Große Heiterkeit.) Wollen Sie bestreiten, daß die Muckerei und Stöckerei umhergeht wie ein brüllender Löwe (große Heiterkeit), um jedes Literatur- und Kunstwerk zu verschlingen, was ihr von ihrem christlichen Standpunkt aus bedenklich erscheint? (Lebhaftes sehr richtig! links.) Wollen Sie bestreiten, daß fortgesetzt auf Betreiben des Herrn Stöcker und seiner Glaubensgenossen die hiesige Polizei in allen Buch- und Kunstläden Schnüffeleien anstellt, ob nicht Bilder und Bücher vorhanden seien, die das religiöse Empfinden verletzen könnten? Und nach allem Diesem haben Sie noch die Kühnheit, von christlicher Toleranz zu reden? (Sehr gut! sehr richtig! links. Zuruf rechts.) — Das gehört nicht hierher? (Zuruf rechts.) — Ach, was Ihnen unangenehm ist, Herr Abgeordneter Stöcker, gehört nicht zur Sache! (Sehr richtig! links.) Das gehört genau so zur Sache wie die Pariser Kommune, die Sie gestern in die Debatte gezogen haben. Meine Herren, ich will es Ihnen ruhig sagen: Sie sind noch viel chinesischer als selbst die Chinesen. (Große Heiterkeit.) Wenn Zeit und Gelegenheit wäre, so wollte ich aus unserem Staats- und Gesellschaftsleben eine Menge Beweise hierfür beibringen. Wenn Sie aber vom chinesischen Aberglauben reden, so sage ich, was für eine Fülle des krassesten Aberglaubens ist in Konitz zu Tage getreten. (Sehr gut! sehr richtig! links.) Wie viel Aberglauben ist bei dem Prozeß über das Verbrechen am Teufelssee hervorgetreten, ferner bei dem Prozeß in Altbayern, wo ein Bauer und seine Frau um Tausende betrogen wurden, weil eine Andere verstanden hatte, ihnen weißzumachen, daß sie der Mutter Maria ein Kruzifix, ein schönes Halsband auf ihre Kosten geschickt habe, damit ihnen diese gute Dinge erweise. (Sehr richtig! links.) Ich kenne überhaupt keinen Unterschied zwischen Glauben und Aberglauben. Glaube ist auch immer Aberglauben! (Sehr wahr! sehr richtig! links.) Was heißt Glauben? Was heißt Aberglauben? Was in Ihren Augen Glauben ist, das ist in den Augen der Anderen Aberglauben. (Sehr richtig! sehr gut! links.) Weil Sie so viel von chinesischen Aberglauben sprechen, mußte ich das in der entsprechenden Weise erörtern. Denn um auch das noch kurz zu erwähnen: hat nicht auch „La Voce della Verità", das offiziöse Organ des Papstes, in demselben Stile geredet wie der Bischof Anzer, hat nicht auch „La Voce della Verità" Kiautschou als Hauptursache der Wirren hingestellt? Können Sie das bestreiten? Ich habe den Artikel hier, ich habe ihn neulich Ihnen auch vorgetragen.

Ich komme nun speziell zu dem Herrn Stöcker. (Große Heiterkeit.) Eine so vaterlandslose, vaterlandsfeindliche Rede, die ich am Montag gehalten hätte, wäre in keinem anderen Parlament der Welt möglich gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, ich habe schon am Montag erklärt, wenn des Kaisers Anklage in Bremerhaven, als er von der vaterlandslosen Gesinnung der Hamburger Arbeiter sprach, sich nur gegen Sozialdemokraten gerichtet hätte, würde ich hier kein Wort der Abwehr gegen jene Rede gebracht haben, weil ich es nicht der Mühe werth erachtete. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben das Wort von den vaterlandslosen Gesellen seit 30 Jahren so zum Ueberdruß gehört, daß es allmälig keinen Eindruck mehr auf uns macht, daß wir abgestumpft sind gegen diesen Vorwurf. Wir sagen: redet doch, was Ihr wollt; Ihr wißt ja nicht, was Ihr redet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, vaterlandslose Gesellen waren ja auch die ersten Christen (sehr gut! links), ein vaterlandsloser Geselle war sogar der Stifter Ihrer Religion im Sinne der herrschenden Gewalt jener Zeit. (Sehr gut! links.) Als Vaterlandsfeinde, als Feinde der eingeborenen Götter hat der Geschichtsschreiber Tacitus die römischen Christen bezeichnet und die Staatsgewalt gegen sie aufgerufen. Und Ihr Gott, meine Herren, der ist ein internationaler Gott (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), der ist kein deutscher, kein russischer, kein französischer Gott (sehr richtig! links), so sonderbar es ist, wenn Sie in einem Kriegsfalle hier in Deutschland, in Frankreich, in Rußland, allesammt zu demselben Gott beten, daß er Ihnen den Sieg über die Feinde verleihe, die an denselben Gott glauben wie Sie. (Sehr richtig! links.) Diesen Widerspruch mögen Sie mit Ihrem Gewissen ausmachen, aber ein sonderbarer Widerspruch ist es jedenfalls. Wenn wir also international sind, dann sind wir nur, was Sie als Christen sein sollen. (Sehr gut! links.) Wir suchen das, was Sie seit 1500 Jahren vergeblich erstrebt haben: die allgemeine Menschen- und Bruderliebe zu verwirklichen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich bestreite aber auch auf das Entschiedenste, daß

Digitized by Google

unser Standpunkt, wie wir ihn neuerdings wieder vertreten, irgendwie etwas mit vaterlandsfeindlichen Tendenzen zu thun hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich ehrlich bemüht, den Herren gerecht zu sein, und ich habe Sie in meiner Montagsrede wiederholt aufgefordert: seien Sie gerecht, beurtheilen Sie die Thatsachen und urtheilen Sie erst auf Grund der Thatsachen und nicht auf Grund Ihrer Leidenschaften und Vorurtheile. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das habe ich verlangt, und auf Grund der Prüfung, auf Grund des Studiums der Thatsachen sind wir allein zur Verurtheilung der gegenwärtigen deutschen Politik in China gekommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Auch der Abgeordnete von Levetzow hat in seiner kurzen Rede eine Anspielung gebraucht, die mich geärgert hat, er erwähnte mit Bezug auf meine Rede das Beispiel von dem Vogel, der sein Nest beschmutzt. (Sehr richtig! rechts.) — Ja, meine Herren, Sie sind nicht gewöhnt, daß in einem deutschen Parlamente auch einmal deutsch gesprochen wird (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), Sie sind nicht gewöhnt, Männer zu finden, die rückhaltlos die Wahrheit sagen, auch den Mächtigsten gegenüber (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und Sie sind vor allen Dingen nicht gewöhnt, dasselbe zu hören, was in anderen Parlamenten als selbstverständlich angehört wird. (Widerspruch rechts. Zustimmung links.) Meine Herren, ich komme sofort mit Beispielen auch hier, wie ich es immer liebe, meine Behauptungen und Anklagen mit Beispielen zu belegen. Zunächst aber einmal eine Stimme über die deutsche Politik aus der konservativen Partei, der Partei des Herrn v. Levetzow! Ich habe vor mir einen Auszug aus der ersten Julinummer des konservativen „Deutschen Wochenblattes". Vielleicht ist Herr v. Levetzow Abonnent desselben, jedenfalls aber ist es ihm bekannt. Was wird darin gesagt? Wie beurtheilt das Blatt die deutsche Politik! Hören Sie!

Alles hat in unheimlicher Ueberstürzung mit denkbar größtem Aufwand an Kosten noch im letzten Augenblick zur Stelle gebracht werden müssen, die Schiffe, die Truppen, ihre Bekleidung, Munition, Verpflegung, man sah alles Andere als staatsmännischen Blick, welcher den Ereignissen vorauseilt. Will unsere Regierung auf solche Weise Politik treiben, so thäte sie wahrhaftig besser, von ihr abzulassen.

(Hört! hört! links.)

Schärfer, als es hier geschieht, haben auch wir nicht kritisirt. Dann wird weiter besprochen die eigenthümliche Pachtung von Kiautschou, wodurch die Chinesen gesehen hätten, was mit ihnen gemacht werden soll, und die Erbitterung, die zu den Revolten führte, hervorrief.

Meine Herren, ich habe ferner gesagt: Sie sind nicht gewohnt, hier zu hören, was man in anderen Parlamenten zu hören bekommt. Ich setze bei Herrn v. Levetzow als selbstverständlich voraus, daß er Abonnent und aufmerksamer Leser der „Kreuzzeitung" ist, genau wie ich. Nun, meine Herren, die „Kreuzzeitung" vom 10. Oktober d. J., Morgenausgabe, bringt an der Spitze ihres Blattes einen großen Artikel: Die äußere Politik der Woche. Darin wird auf den bekannten englischen Oppositionsparlamentarier John Morley hingewiesen. Es wird der Rechenschaftsbericht John Morley's abgedruckt, dessen erster Satz lautet:

Ich brauche keinen Augenblick zu verlieren, um die Sünden der jetzigen Minister herzuzählen. Ihre eigenen Freunde schreien es in die Welt hinein, wie elend diese Bande ist.

(Heiterkeit links. Hört! hört! links.)

Ihre Politik, so ruft ein glühender Anhänger, verbindet die Vorsicht des Vogels Strauß mit der Festigkeit der Qualle.

(Hört! hört! links.)

Dieses Bild gebrauche nicht ich, sondern einer Ihrer Leute braucht es.

Und er sagt weiter:

Was aber den Krieg betrifft, so habe ich kein Wort von dem zurückzunehmen, was ich gesagt habe.

— Er hat den Transvaalkrieg in ganz anderer Weise verurtheilt, als wir hier den Chinesenkrieg! —

Ich sehe in ihm ein hassenswerthes Ereigniß in der Politik des Rückgangs, auf die ich Eure Aufmerksamkeit ernstlich lenke. Ich halte die Einverleibung der beiden Burenstaaten für einen der schlimmsten Fehler in unserer Geschichte;

Digitized by Google

und ich sehe mit größtem Mißtrauen auf eine Neuordnung, die unter der Leitung von Ministern und an Ort und Stelle durch einen Agenten geschehen soll, und das sind die verantwortlichen Urheber dieses Fehlers.

Meine Herren, diese scharfe Kritik, die, wenn sie ein sozialdemokratischer Redakteur an einem deutschen Ministerium ausübte, ihm sofort eine Anklage wegen Minister-Beleidigung zugezogen haben würde, druckt die „Kreuzzeitung" nicht nur ab, sie druckt sie ab sogar mit ihrer Zustimmung, indem sie erklärt:

Das Verhängniß der imperialistischen Politik liegt eben darin, daß sie nicht stehen bleiben kann, daß es sie vielmehr ruhelos weiter treibt, wie es einst den ersten Napoleon nicht ruhen ließ und weiter trieb, seit der Gedanke der Weltherrschaft ihm den Sinn trübte.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie vorzüglich passen diese Worte auf den gegenwärtigen Moment! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So spricht die „Kreuzzeitung" lobend über einen englischen Oppositionsmann, der die englische Regierung eine „Bande" genannt hat, — ein Ausdruck, den ich nicht einmal in diesem Parlament gebrauchen würde, denn er würde mir selbstverständlich sofort einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten zuziehen. (Große Heiterkeit links.)

Weiter, meine Herren! Es ist auch nichts Unerhörtes, wenn eine Oppositionspartei, wie die Sozialdemokratie, 57 Mann stark, gegen die Forderungen der Regierung stimmt. Als die englische Regierung ihre große Forderung für den Transvaalkrieg an das Parlament brachte, da hat nicht nur die Opposition die Politik des englischen Ministeriums noch weit schärfer gegeißelt, als wir die des Reichskanzlers und der verbündeten Regierungen, sondern es haben auch 133 Mitglieder des englischen Parlaments in der entscheidenden Abstimmung die Kredite verweigert. (Hört! hört! links.) Und wenn man selbst annimmt, daß im englischen Parlament 600 Mitglieder und hier nur 400 sitzen, dann ist doch prozental die Opposition gegen die englische Regierung stärker als die Opposition im Deutschen Reichstage gegen die deutsche Regierung. Ihre Vorwürfe, meine Herren, können also nach keiner Richtung hin Vergleiche aushalten.

Dann ist der Herr Abgeordnete Stöcker auf die Pariser Kommune gekommen. Er hat eine Reihe von Zitaten gebracht aus Broschüren und Reden, die — namentlich die letzteren — ich in den Jahren 1871 und 72 im Reichstage gehalten habe. Ich habe schon gestern erklärt, daß ich von dem, was ich damals gesagt habe, nicht ein Wort zurücknehme, daß Alles, was ich damals sagte, meinen Informationen entsprach, die ich über das Wesen, die Bestrebungen und die Ziele der Kommune hatte. Meine Herren, die Kommune war zweifellos eine revolutionäre Bewegung, wie es die der Boxer auch ist. In Revolutionen wird nicht mit Rosenwasser gesprengt. Wir haben 1848 auch eine Revolution gehabt. Wir haben gesehen, wie im September 1848 die Herren v. Auerswald und Fürst Lichnowsky von dem entrüsteten Frankfurter Volke todtgeschlagen wurden; wir haben weiter gesehen, wie im Oktober jenes Jahres in Wien der Kriegsminister Latour vom Wiener Volke an die Laterne gehängt wurde. Auf der anderen Seite haben wir auch gesehen, wie die Sieger dort in Oesterreich und die Sieger in Baden unter dem Prinzen von Preußen die besten Männer Deutschlands, einen Robert Blum, einen Adolf v. Trützschler, einen Max Dortu und Andere wie gemeine Verbrecher haben erschießen lassen. (Bewegung.) Ich wiederhole: in Revolutionen wird nicht mit Rosenwasser gespritzt. Die Kommune ist entstanden nicht blos aus der Opposition der Arbeiter gegen die Versailler Regierung des Herrn Thiers, sie ist zugleich entstanden aus der gewaltigen einmüthigen Opposition des gesammten Pariser Kleinbürgerthums, das damals noch demokratisch war. Die Proklamirung der Kommune am 26. März 1871 wurde von der ungeheuren Mehrheit der Pariser Bevölkerung ausgesprochen, die damals zirka 250000 Männer stark ihre Stimmen für die Errichtung der Kommune abgegeben haben, ein Beweis, daß sie dem Willen der sehr großen Mehrheit des Pariser Volks entsprach. Sie wurde begründet gegen die Versailler Regierung, gegen die reaktionären Handlungen der Versailler Regierung, gegen das Bestreben, Paris als Hauptstadt des Landes zu dekapitalisiren, gegen das Bestreben, die Bevölkerung aufs Schwerste zu schädigen, indem man die Verlängerung der Wechseltermine nicht aussprechen wollte, indem man eine Miethsteuer einführte und eine Reihe von Maßregeln traf, die die eben erst von der Belagerung befreite und auf das Schwerste leidende

Digitized by Google

Pariser Bevölkerung aufs Fürchterlichste empören mußte. So kam die Kommune zu stande. Die Kommune hat dann den Kampf gegen die Versailler zu führen gehabt, Fürst Bismarck hat dann, da die Versailler da zu schwach waren, der französischen Regierung die gefangenen Franzosen zur Verfügung gestellt, damit sie den Kampf mit der Kommune aufnehmen konnten. Am 2. Mai begann der Kampf; an diesem Tage wurde vor den Thoren von Paris gekämpft, an demselben Tage wurde eine Anzahl Kommunardenführer von den Versaillern gefangen genommen, darunter der außerordentlich beliebte Oberst Flourens. Meine Herren, als dann Flourens gefangen genommen war, hat es ein französischer Oberst mit seiner militärischen Ehre und Würde vereinbar gehalten, den Säbel zu ziehen und dem Gefangenen den Kopf zu spalten, daß er todt blieb. Der zweite Kommandant, den man mit einer Anzahl Offiziere und Soldaten in Fesseln nach Versailles schleppte, war Duval. Dort begegnete ihm und seinen Mitgefangenen Vinoy, derselbe General, der in deutsche Gefangenschaft gerathen, sein Ehrenwort gab, daß er nicht entfliehen wollte, und dann, als er die freie Bewegungsmöglichkeit hatte, sein Ehrenwort brach, nach Frankreich floh und sich als der gemeinste Henker der Kommune neben Gallifet entpuppte. Vinoy gab sofort, als er die Gefangenen erblickte, den Befehl: nieder mit ihnen, erschießt sie! Sie wurden an die nächste Mauer gestellt und erschossen. Das war ein Bruch mit allen Regeln des Krieges, eine Verletzung des Kriegsrechts, wie sie schlimmer nicht gedacht werden konnte. Auf diese Thaten hin hat am 5. Mai der Kommunerath das Dekret beschlossen, Jeder, der des Einverständnisses mit den Versaillern bezichtigt und schuldig befunden werde, solle als Geisel festgenommen, und für jede Niederschießung eines gefangenen Kommunarden sollten die Geiseln in gleicher oder doppelter Zahl erschossen werden. Auch Sie, meine Herren, haben im deutsch-französischen Kriege, als die Franktireurs nach Ihrer Meinung in irregulärer Weise den Krieg führten, Geiseln genommen und erschossen, sobald die Franktireurs deutsche Soldaten erschossen, deutsche Eisenbahnzüge beschossen oder zum Entgleisen brachten. Sie haben damals auf den Lokomotiven Geiseln gehabt, damit, falls auf die Züge geschossen würde, die Geiseln, französische Notabeln, in erster Linie getroffen werden sollten. Das ist Kriegsart. Soweit es sich um Geiseln und um bloße Gegenwehr handelt, ist dagegen nichts zu sagen, es ist Kriegsgebrauch. Aber das galt auch für die Versailler und die Kommunarden. Was haben dagegen die Versailler gethan? Sie haben, als in den nächsten Wochen Tag für Tag der Kampf tobte, die Erschießung von Gefangenen vorgenommen, ohne daß die Kommune von den angedrohten Gegenmaßregeln an den Geiseln Gebrauch gemacht hat. Unter den Geiseln befanden sich der Erzbischof Darboy, eine Anzahl katholischer Priester und eine Zahl anderer Personen, die als schuldig befunden worden waren, mit den Versaillern in Verbindung zu stehen. Die Versailler hatten bereits seit August des vorhergehenden Jahres, also noch unter Napoleon, den Sozialisten Blanqui in Haft. Die Kommune erbot sich zweimal in einem Schreiben an Thiers: sie sei bereit, ihm den Erzbischof Darboy und die katholischen Geistlichen als Geiseln herauszugeben, wenn man ihr Blanqui ausliefere. Thiers schwieg. Der Erzbischof Darboy selbst schrieb zweimal an Thiers und ersuchte ihn, seine Auswechselung gegen Blanqui gut zu heißen. Thiers schwieg. Warum schwieg er? Weil dem Orleanisten und Voltaireaner Thiers der todte Erzbischof mehr werth war als der lebende. (Bewegung. Sehr wahr! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das war des Räthsels Kern. Man wechselte ihn also nicht aus. Dann endlich Sonntag, den 21. Mai, drei Wochen nach dem Beginn des Kampfes am 2. Mai gelang es den Versaillern, in Paris von verschiedenen Seiten einzudringen. Nunmehr galt es, Alles aufzubieten, um dieselben zurückzuschlagen. Die Vertheidigung nahm die Kräfte Aller in Anspruch. Am Nachmittag des 21. Mai löste der Kommunerath sich auf. Von jetzt ab gab es keine Regierung mehr in Paris; wer jetzt handelte, handelte auf eigene Faust. Ich stelle dies ausdrücklich fest. Und nun gingen die Ereignisse rasch ihren Gang. Am 21. erfolgte die Auflösung des Kommunaths, am 22. früh erschien die letzte Nummer des „Journal Officiel", und damit hörte das einzige Organ der Regierung auf zu erscheinen. Am 23. Vormittags ging das Hotel de Ville in Flammen auf, am 23. Nachmittags hatte die Kommune nur noch das 11., 12., 19. und 20. Arrondissement und Theile des 13., 14. und 15. Arrondissements in ihrer Gewalt;

Digitized by Google

das übrige Paris war in den Händen der Versailler. Und wie hausten sie! Alles, was in ihre Hände fiel, Männer, Frauen, Kinder wurden rücksichtslos niedergeschossen. Die Soldaten wateten im Blut bis ans Knie. (Bewegung.) Empört über die Schlächtereien, die die Versailler ausübten, wurde am 24. Mai Vormittags in einer Mairie, also nicht im Stadthause, nicht vom Kommunerath, sondern auf Befehl eines früheren Kommunerathsmitglieds, Ferré, der Befehl gegeben, einen Theil der Geiseln zu erschießen. An diesem Tage wurden sechs Geiseln, darunter der Erzbischof von Paris und eine Anzahl Priester erschossen. Am 26. Mai folgten die übrigen 48, die man noch hatte. Am Sonntag, den 28. Mai, war die Kommune im Blut erstickt. So haben die Dinge sich vollzogen.

Meine Herren, über jede niedergeworfene revolutionäre Bewegung haben die Sieger ihre Verleumdungen ergossen (sehr gut! bei den Sozialdemokraten); es sind immer die Sieger, die die Besiegten am meisten schmähten. So haben auch die Besieger der Kommunards die Kommunards geschmäht, und bis heute sind diese Verleumdungen festgewachsen auch in Ihrem Gehirn. Ich bitte Sie, wenn Sie Zeit haben, einmal ein Buch zu lesen — ich habe es hier in der Hand —, die Geschichte der Kommune von Lissagarei, also einem Kommunard. Das Buch ist kein sogenanntes unparteiisches Buch, aber das Buch hat die Anerkennung gefunden in der Kritik aller Parteien auch in Deutschland, daß es das einzige klassische Werk über die Kommune sei, ein Werk, in dem der Kommunard Lissagarei schonungslos die Fehler des Kommunerathes kritisirt, sowie Unterlassungen tadelt und seine Handlungen kritisirt.

Es kam also zur Erschießung der Geiseln. Der Offizier, der das Peleton kommandiren sollte, rief: weil man die Unserigen füsilirt, wollen wir die Geiseln hinrichten, wer will das Peleton bilden? Ich, ich, rief es von verschiedenen Seiten. Ich räche meinen Vater, sagte Einer; ich räche meinen Bruder, ein Anderer; mir haben sie meine Frau erschossen! rief der Dritte. So traten 30 Mann zusammrn. Die Geiseln traten darauf an die Mauer, und nun erklärte der Offizier, bevor er das Kommando zum Feuern gab: nicht uns dürfen Sie den Vorwurf der Ermordung machen, sondern den Versaillern, die unsere Soldaten erschießen. Darauf folgte der tödtliche Schuß. So hat sich die Erschießung zugetragen. Es war ein Vergeltungsakt für die unzähligen Gräuelthaten, die in diesen Tagen gegenüber der Kommune von den Versaillern begangen wurden. Wenn Sie die Ereignisse so in ihrem Zusammenhange betrachten, werden Sie zu einem anderen Urtheil kommen als bisher. Als ich, ich glaube es war am 2. Mai 1871, meine erste Rede im Reichstag zur Vertheidigung der Kommune hielt, äußerte Fürst Bismarck in seiner Antwort auf meine Rede: in der Kommunebewegung von Paris stecke, wie er zugebe, ein gesunder Kern; die Kommune kämpfte um etwas Aehnliches, wie unsere preußische Städteverfassung. (Heiterkeit links.) Das war die Auffassung, die Fürst Bismarck damals aussprach; ob es ihm ernst damit war, weiß ich nicht.

Damit habe ich gesagt, was ich über die Kommune zu sagen hatte. Ich wiederhole noch einmal: ich habe heute, nach fast 30 Jahren, von dem, was ich damals über die Kommune geurtheilt habe, nicht das Geringste zurückzunehmen. (Zwischenruf rechts.) — Nichts gelernt? — Gelernt sehr viel, im Gegensatz zu Ihnen, die Sie garnichts gelernt haben. (Lebhafte Heiterkeit. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben die Kommune nie gepriesen. Das war ein Wort des Abgeordneten Stöcker, das weit über das Ziel hinausschoß. Wir haben sie aber vertheidigt und gegen die Verleumdungen in Schutz genommen. Damit bin ich doch entfernt davon, jede That der Kommune zu rechtfertigen, wie ich das schon in meiner Rede im Jahre 1871 erwähnte, und Herr Stöcker gestern selbst zitirte. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Jetzt könnten wir wohl die Kommune verlassen. (Heiterkeit.)

Bebel: Herr Präsident, ich bin ganz mit Ihnen einverstanden; auch ich glaube, über die Kommune genug gesagt zu haben. (Heiterkeit.) Ich komme nun zu Herrn Bassermann. (Zwischenrufe.) — Ja, Sie kommen Alle an die Reihe. (Heiterkeit.) Auch Herr Bassermann hat von dem räuberischen und mörderischen Gesindel der Boxer gesprochen; er hat sich nur darin von Anderen unterschieden, daß er auf die Boxerlieder hinwies, die sehr blutdürstig seien. Das kann sein. Ich begreife das. Die Körner-Lieder von 1813 waren das auch. Auch kenne ich ein Liedchen, daß erst nach dem deutsch-französischen Kriege in

Digitized by Google

Deutschland komponirt wurde und das anfängt: „König Wilhelm saß ganz heiter". In dem heißt ein Vers:

Haut sie, daß die Lappen fliegen,
Daß sie all' die Kränke kriegen
In das klappernde Gebein!

(Heiterkeit links.)

Darin ist doch wahrhaftig auch genug gesagt. Ich erinnere ferner daran, wie heute noch der Dresch-Graf Pückler gegen die Juden hetzt. (Sehr gut! links.) Als der Graf vor Gericht unter Anklage stand, der nach meiner Ueberzeugung viel eher in das Irrenhaus als in das Gefängniß gehörte (Heiterkeit), kam er nur dadurch frei, daß der überwachende Polizeileutnant erklärte: es sei eine sehr feine Gesellschaft, eine Gesellschaft aus den besten Kreisen anwesend gewesen, die dem Grafen großen Beifall gezollt, und diese habe er nicht aufreizen können. (Heiterkeit. Zwischenruf links.) — Gewiß, „Harmlose", aber der Vorgang ist wieder ein Beweis, wo die Rohheit eigentlich sitzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Bassermann hat dann eine Blüthenlese vorgelesen aus dem „Vorwärts", um zu beweisen, in welcher Weise der „Vorwärts" die Boxer verherrliche.

Herr Bassermann sagte weiter, die Chinapolitik entspreche auch den Interessen der deutschen Arbeiter. Obgleich mein Freund Singer darauf schon geantwortet hat, muß ich doch auch noch ein Hühnchen mit ihm pflücken. Was haben Sie denn bis jetzt mit Ihrer Chinapolitik erreicht? Lesen Sie doch die Denkschrift! Sie haben erreicht, daß das bischen deutscher Chinahandel so gut wie völlig aufgehört hat; Sie haben bis jetzt eine Kriegsschuldenforderung von 153 Millionen zu bewilligen, ohne daß Sie wissen, ob ein Pfennig davon herauskommt. Wie viel Handel müssen Sie treiben, bis die 153 Millionen wieder hereinkommen. (Sehr richtig! links.) Sie betreiben in China eine Politik, die nur erreichen wird, daß der deutsche Handel gänzlich aufhört. (Sehr richtig! links.) Ein Mitglied einer chinesischen Gesandtschaft wurde vor einigen Wochen von einem Berliner Journalisten befragt, wie wohl die Wirkung dieser Wirren auf das Verhalten der Chinesen zu Deutschland sein werde; darauf antwortete der Chinese: man wird ja China alle möglichen Lasten auferlegen können, aber zur Liebe und zum Handel mit Deutschland wird man es nicht zwingen können; die Folge wird sein, daß die Chinesen künftig mit Deutschland keinen Handel mehr treiben wollen. Und was ist bis jetzt der Handel mit China gewesen? Der ganze deutsche Chinahandel betrug 1899 in Ein- und Ausfuhr 87½ Millionen Mark, also vom Gesammthandel Deutschlands im vorigen Jahre, der sich auf rund 10 000 Millionen Mark belaufen hat, nicht einmal 1 Prozent. (Hört! hört! links.) Und noch ein Anderes, meine Herren! Wir, Herr Bassermann, sind überall, wo deutscher Handel und deutscher Verkehr in ehrenhafter und zivilisatorischer Weise gefördert werden kann, bereit, ihn zu unterstützen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie scheinen vergessen zu haben, daß es die sozialdemokratische Fraktion war, durch deren Zustimmung einzig und allein der russische Handelsvertrag zu Stande kam. (Sehr richtig! links. Lebhafte Zwischenrufe rechts.) Sie scheinen auch nicht zu wissen, daß wir es vielleicht wieder sind, welche die Retter der nächsten Handelsverträge sein dürften. Sie reden ferner von Ihrem Interesse für die deutschen Arbeiter, und doch sind Sie bereit, wie Sie schon angekündigt haben, die Brodsteuer, die Magensteuer, d. h. die Getreide- und Viehzölle, erheblich zu erhöhen. Sie wollen die Getreidezölle z. B. von 3½ auf 5, vielleicht auf 6 Mark steigern. (Hört! hört! links.) Die deutschen Getreidezölle haben vor zwei Jahren 148 Millionen eingebracht, im vorigen Jahre wegen der guten Ernte nur 128; wenn Sie die Getreidezölle von 3½ auf 5 Mark erhöhen, dann wird nach der Einnahme des letzten Jahres eine Steigerung der Einnahmen daraus um 55 Millionen erfolgen (hört! hört! links), d. h. in einem einzigen Jahre werden die deutschen Arbeiter an neuen Lasten unendlich mehr auferlegt bekommen, als der ganze Handel mit China, und wäre er dreimal so stark, wie er ist, ihnen an Arbeitslöhnen einbringt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn es Ihnen gar gelingt, die Getreidezölle auf 6 Mark zu erhöhen, dann beträgt das Mehr aus den Getreidezöllen 91 Millionen. Dazu kommt noch die Steigerung aus der Inlandsernte, die mit der Zollerhöhung erfolgt,

Digitized by Google

also eine Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel um mehrere Hundert Millionen Mark, welche die deutschen Arbeiter trifft. (Hört! hört! links.) Das ist Ihre arbeiterfreundliche Politik! Sie haben das Fleischschaugesetz gutgeheißen, welches eine erhebliche Vertheuerung der Lebensmittel der deutschen Arbeiter mit sich gebracht hat; Sie haben die Liebesgabenpolitik gut geheißen, die Brennereiliebesgaben, die Zuckerliebesgaben u. s. w.; Sie haben also zu Gunsten der reichen Leute die Armen auf das Unerhörteste ausbeuten helfen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Politik, die Sie bisher verfolgt haben, und wenn Sie dazu noch lachen können, dann um so besser, dann werden wir das auch verwerthen. (Lachen und Zurufe. Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ja wohl, meine Herren, das ist die Politik, die von Ihrer Seite getrieben wird. Um so mehr bedauere ich, daß es überhaupt noch deutsche Arbeiter giebt, die Ihnen glauben und Sie wählen. Den deutschen Arbeitern, die Sie wählen, mögen die Götter ihre Dummheit verzeihen, wir verzeihen sie ihnen nicht (große Heiterkeit), diese haben in Ihnen die Böcke zu Gärtnern gewählt. (Große Heiterkeit. Zurufe.) Die Vertretung der Arbeiterinteressen überlassen Sie nur uns! (Lachen. Widerspruch. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, die überlassen Sie nur uns! Wir sind eine aufsteigende und Sie sind eine niedergehende Partei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen und Zwischenrufe.) Unsere Stimmen sind gewachsen und Ihre gesunken. Wir gehen getrost der Zukunft entgegen. Wir gehen eines Tages auch über Sie zur Tagesordnung über. (Erneute Zurufe und Heiterkeit. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es war mir ferner interessant, aus den Ausführungen des Herrn v. Kardorff — um auch ihm ein paar Worte zu gönnen — (Heiterkeit) zu hören, daß wir in China quasi so eine Art Recht besäßen, als die stärkere Nation die dort vorhandenen Naturkräfte und Naturschätze in Anspruch zu nehmen, d. h. Herr v. Kardorff befürwortet in China das Recht der Expropriation. Aus diesem Recht für China nehmen wir eines Tages das Recht für uns in Anspruch, Sie ebenfalls zu expropriiren. (Heiterkeit und Zurufe.) Meine Herren, Sie haben gar kein Recht auf China, weder auf die Naturkräfte noch auf seine Naturschätze noch auf sonst etwas. Es ist der freie Wille der Chinesen, ob man Sie nach China läßt; wenn Sie vernünftig mit ihnen unterhandeln und sich als wirkliche Christen benehmen, läßt man Sie hinein; wenn Sie sich als Barbaren benehmen, wirft man Sie hinaus. (Sehr gut! links.) Meine Herren, Ihr Verfahren in China richtet sich selbst, und es wird sich in der nächsten Zukunft schon zeigen, wer von uns Beiden, Sie oder wir, recht gehabt hat.

Ich hätte keine Vorschläge gemacht, sagt Herr v. Kardorff, wie denn sonst die deutsche Politik in China hätte verfahren sollen. Die Vorschläge habe ich gemacht; diese können Sie in meiner ersten Rede finden. (Zuruf rechts.) Sie sagten aber auch, ich hätte sie motiviren sollen. Das werde ich dann thun, wenn wir einmal das Reichskanzleramt in Händen haben; eher ist es nicht nöthig. (Große Heiterkeit. Zurufe.) Sie wissen ja garnicht, wie lange oder wie kurz es noch dauert, — ich weiß es auch nicht; aber es kann unter Umständen rasch gehen. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls habe ich klar und deutlich ausgesprochen, was wir in Bezug auf die deutsche Politik für eine Richtung eingeschlagen haben wollen.

Endlich hat auch Herr v. Wangenheim sich ein wenig an uns gerieben. Er sagte, wenn deutsche Soldaten in China Roheiten und Barbareien begangen hätten, dann wären wir, die Sozialdemokraten, Schuld daran. Ja, erziehen wir denn die Armee, oder sind Sozialdemokraten drüben in China? (Zurufe rechts.) Wir verhetzen die Armee, ruft der Graf v. Klinkowström. Herr Graf, das ist eine schwere Beleidigung, die Sie gegen den Kriegsminister aussprechen; denn wenn wir die Armee verhetzen, warum macht alsdann der Kriegsminister nicht von dem Strafgesetzbuch Gebrauch? Das kann er. Sie klagen mit Ihrer Bemerkung den Kriegsminister an, daß er nicht sein Amt mit der entsprechenden Energie verfolgt. (Sehr gut! Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jeder Versuch, der auf Verhetzung der Armee ausgeht, würde uns mit dem Strafgesetzbuch in Berührung bringen. Wir wollen die Soldaten auch nicht verhetzen, wir rathen immer: laßt die Armee in Ruhe, bringt die Soldaten nicht in Verlegenheit! Wir haben aber auch der Armee nicht die Parole gegeben: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Sie rührt nicht von

Digitized by Google

Sozialdemokraten her, sie rührt von ganz anderer Stelle her. Was daraus folgt, mag der verantworten, der das gesagt hat, und nicht wir, die wir in dieser Sache nichts zu sagen hatten. (Sehr wahr! Sehr gut! links.) Dagegen erkläre ich mich sehr einverstanden mit einem anderen Satz, den Herr v. Wangenheim gestern aussprach. Er sagte, daß es Kreise giebt, welche grundsätzlich Se. Majestät mit gefälschten Berichten versehen. Er berief sich dabei auf seine eigenen persönlichen Erfahrungen. Nun, meine Herren, wir haben auch solche Erfahrungen gemacht, wir haben lange den Verdacht gehegt, daß da irgend welche Hetzer seien, oder, wie ich sie neulich schon nannte, elende Menschen, die dem Kaiser falsch berichten, der sich doch unmöglich um Alles bekümmern kann und auf solche Unterweisungen angewiesen ist, und daß dieses Verleumden und Verhetzen mit die Hauptschuld trägt an gewissen Reden, die im Laufe der letzten Jahre gegen uns gehalten worden sind. Ich hoffe, weil es gerade Herr v. Wangenheim gesagt hat, wird sein Wort dort gehört werden, wo meine Worte nicht gehört werden, und sie werden vielleicht ihre Folgen haben. Haben sie aber keine Folgen, und geht das so weiter wie bisher, dann ist die Wirkung, daß alle kaiserliche Autorität und alle monarchische Autorität vollständig untergraben wird, und daß Sie das Wasser auf unsere sozialdemokratischen Mühlen leiten. Das ist unser Gewinn! (Sehr richtig! und lebhaftes Bravo links.)

Sprech-Register.

Bebel 17 57 62 74
v. Bülow 9 45
v. Goßler 41 42 43
Singer 46 47 52 55

Digitized by Google

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Digitized by Google

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen ordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

THE UNIVERSITY LIBRARIES OF GEORGIA
Digitized by Google

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Druck von Max Bading, Berlin S.W.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

DATE DUE

DEMCO 38-297

HX279.A42
3 2108 00207 9062
REPOSITORY
UNIVERSITY OF GEORGIA LIBRARIES
Digitized by Google

Digitized by Google